

孫子兵法

Sūnzǐ Bīngfǎ Nr. #21

03. Mai 2021

Sūnzǐ Bīngfǎ



Sūnzǐ Bīngfǎ Nr. #21 - 03. Mai 2021. Themen in dieser Ausgabe:

Thesen zur sudanesischen Commune - Kein Ankommen, kein Zurück. (Karl-

Heinz Dellwo) - Von der „Mitterand-Doktrin“ zum „neuen Europa“ - Züri

brennt - Der Kampf um das AJZ [Häuserkampf und Klassenkampf Part 10] -

**Ausschreitungen gegen die Ausgangssperre in Montreal - Das nackte Leben und
der Impfstoff (Giorgio Agamben)**

Thesen zur sudanesischen Commune

*Eine wirklich kluge strategische Analyse, die weit über den Sudan hinaus auf die gegenwärtige Bedingungen und Möglichkeiten eines revolutionären Bruches eingeht. Sie erschien anonym bei den Gefährt*innen von [Ill Will Editions](#). Sunzi Bingfa*



Proletarische Revolutionen ... spotten erbarmungslos über das Zögern, die Schwächen und Unzulänglichkeiten ihrer ersten Bemühungen, scheinen ihren Gegner niederzuwerfen, nur um zu sehen, wie er neue Kraft aus der Erde schöpft und sich wieder gewaltig vor ihnen erhebt, schrecken immer wieder vor der Unermesslichkeit ihrer Aufgaben zurück, bis schließlich eine Situation geschaffen ist, die jedes Zurückweichen unmöglich macht, und die Bedingungen selbst schreien: "hic Rhodus, hic salta!"

Karl Marx

Ende 2018 befand sich der Sudan mitten in einer Wirtschaftskrise. Die Regierung begann, Sparmaßnahmen zu ergreifen. Dazu gehörte die Kürzung von Subventionen für Treibstoff und Weizen. Als Reaktion darauf brachen in Atbar, einer Stadt im Norden, Unruhen aus. Die Proteste breiteten sich schnell auf ein halbes Dutzend Städte aus, und schließlich auf fast das gesamte Land. Innerhalb kürzester Zeit forderten die Demonstranten nicht nur ein Ende der Sparmaßnahmen, sondern den Sturz des Regimes.

Die Proteste vererbten zuerst über den Verlauf von Monate, bis Anfang April eine Massenbesetzung vor dem Militärhauptquartier in Khartum begann. Diese Besetzung wurde schnell zum Schauplatz von Zusammenstößen mit der Polizei, und dann zwischen verschiedenen Fraktionen der Streitkräfte. Soldaten begannen zu desertieren. Innerhalb einer Woche wurde bekannt gegeben, dass Präsident *al-Bashir* verhaftet worden war und dass ein Militärischer Übergangsrat (*Transitional Military Council, TMC*) die Macht übernehmen würde, um den "Übergang zur Demokratie" zu überwachen.

Die Revolution in Ägypten, die 2011 begann, fand ein jähes Ende, als das Militär durch einen Putsch die Macht übernahm. Entschlossen, nicht denselben Weg einzuschlagen, zielte die Bewegung im Sudan darauf ab, auch dieses neue Militärregime zu stürzen. "Sieg oder Ägypten" wurde die neue Parole der Revolution. Es folgten monatelange Streiks, Demonstrationen und Blockaden. Das Protestlager in Khartum dehnte sich auf eine Länge von fast einer Meile aus, in dem sich abends bis zu hunderttausend Menschen aufhielten. Sie gipfelte in einem Generalstreik Ende Mai.

Am 3. Juni massakrierte das Militärregime die protestierenden Besetzer und brannte das Lager in Khartum bis auf die Grundmauern nieder. Die Bewegung reagierte mit einer weiteren Welle von Streiks und koordinierten Massenprotesten. Doch bald darauf traten Vertreter der Bewegung in Verhandlungen mit dem Regime ein, da sie befürchteten, dass eine Fortsetzung des Konflikts das Risiko eines Bürgerkriegs bedeuten würde. Das Ergebnis war ein Abkommen zur Teilung der Macht, in dem eine provisorische Regierung aus militärischen und zivilen Vertretern den Übergang verwalten sollte.

Im Folgenden werden einige Überlegungen zum Aufstand im Sudan und seiner globalen Bedeutung angestellt.

I. Die Revolution im Sudan gibt uns den deutlichsten Einblick in die Form der kommenden sozialen Revolution. Sie stellt auch in höchstem Maße die Grenzen und Potentiale des gegenwärtigen Kampfes dar.

II. Der Arabische Frühling warf zum ersten Mal seit einer Generation die Frage der Revolution auf und eröffnete eine neue globale Abfolge von Kämpfen. Doch fast überall endeten diese Revolutionen in einem Militärputsch oder Bürgerkrieg. Wenn die Revolutionen in Tunesien und Ägypten das Gefühl erweckten, dass alles möglich sei, so zeigte die lange Konterrevolution, die folgte, dass jeder Versuch, die Ordnung der Dinge zu ändern, in eine Katastrophe führen würde. Diese Niederlage warf einen langen Schatten über den Erdball.

III. Die Revolutionen im Sudan und in Algerien waren die ersten bewussten Versuche, über das in Ägypten erreichte (was letztendlich eine Sackgasse darstellte) hinauszugelangen. Sie waren zwar nicht in der Lage, über diese Grenzen real hinauszugelangen. Aber in ihren Versuchen zeigten sie dennoch, dass revolutionäre Versuche die Region nicht zwangsläufig ins Chaos stürzen müssen. Historiker werden rückblickend wahrscheinlich zu dem Schluss kommen, dass dies notwendig war, damit sich eine neue Welle von Kämpfen auftun konnte, wie es dann 2019 der Fall war.

IV. Die intensivsten Kämpfe unserer Zeit stehen an einem Abgrund und kehren dann um. Weiter zu gehen würde bedeuten, ins Unbekannte zu springen. Niemand will der erste sein, der springt, um zu sehen, ob er Neuland entdeckt oder sich einfach im freien Fall wiederfindet. Wir wissen noch nicht, wie schließlich eine Situation geschaffen wird, die jedes Umkehren unmöglich macht und in der die Bedingungen selbst schreien: "hic Rhodus, hic salta!"

V. Anti-Austeritätskämpfe neigen dazu, sich als Kritik an der staatlichen Korruption zu verstehen. Aber innerhalb der Langzeit Krise hat der Staat tatsächlich wenig Handlungsspielraum. Er kann kaum etwas anderes tun, als die Austerität umzusetzen, unabhängig davon, ob er von den Fesseln der Korruption befreit ist oder nicht. Politiker, die auf diesen Wellen der Unruhe ins Amt reiten, stellen oft fest, dass sie eine bemerkenswert ähnliche Politik umsetzen wie die Regierungen, die sie verdrängt haben.

VI. Revolutionen unseres Jahrhunderts verstricken sich sofort in ein Netz der Geopolitik. Syrien wurde zum Schauplatz eines Stellvertreterkonflikts zwischen globalen Mächten. Der Verlauf der sudanesischen Revolution wurde von regionaleren Mächten dominiert, woraus wir zwei Schlussfolgerungen ziehen können. Erstens: Die Revolution muss sich schnell ausbreiten und ihren richtigen Maßstab finden. Es gibt keine soziale Revolution in einem einzigen Land. Zweitens: Eine

revolutionäre Welle wird sich wahrscheinlich über die kapitalistischen Metropolen ausbreiten und dort Widerhall finden müssen. Die Kämpfe dort sind vorerst weniger von geopolitischen Manövern dominiert und könnten die Fähigkeit haben, die geopolitische Architektur völlig zu zerstören.

VII. Eine revolutionäre Situation entsteht in dem Moment, in dem die Streitkräfte sich weigern, auf die Menge zu schießen. Die sozialen Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts wurden dadurch ermöglicht, dass die Streitkräfte tatsächlich zusammenbrachen, oft als Folge der Niederlage in einem innerimperialistischen Krieg. In dem darauffolgenden Chaos schien es möglich, die Regierung nicht nur zu ersetzen, sondern den Staat zu zerstören.

Im Gegensatz dazu haben die Revolutionen unseres Jahrhunderts in Ländern stattgefunden, in denen das Militär als dualer Staat funktioniert. In Ägypten, Algerien und dem Sudan hat dies zu einer wesentlichen Kontinuität zwischen dem gestürzten Regime und demjenigen, der es ersetzt, geführt. Anderswo, wie in Syrien, hat sich das Militär im Laufe der Revolution gespalten und eine Periode des Bürgerkriegs eingeleitet.



VIII. Eine wesentliche Grenze der gegenwärtigen Kämpfe ist ihre Unfähigkeit, die vorherrschenden Gegensätze in den Gesellschaften zu überwinden, aus denen sie hervorgegangen sind. Der Sudan, ein überwiegend arabisch-muslimisches Land mit großen ethnisch-afrikanischen und religiösen Minderheiten, ist auf einem Fundament von ethnischen Spaltungen aufgebaut. Das Land ist durch jahrzehntelange Bürgerkriege und ethnische Säuberungen immer weiter gespalten worden. Die Gräueltaten in Darfur sind nur das berüchtigtste Beispiel.

Die Demonstranten sind stolz darauf, diese Spaltungen im Laufe des Aufstandes überwunden zu haben. Die afrikanischen Ursprünge des 'alten Sudan' waren ein Hauptthema der Teach-ins und Diskussionen im Lager von Khartum. Als das Regime schon früh versuchte, die Unruhen in Khartum den Studenten aus Darfur in die Schuhe zu schieben, antwortete die Bewegung mit der Parole: Wir sind alle Darfuri. Es ist noch nicht klar, inwieweit diese Spaltungen jetzt, wo die revolutionäre Welle abebbt, wieder auftauchen werden.

IX. Andere Spaltungen, wie die der Klasse und der Generationen, sind innerhalb der Bewegung wieder aufgetaucht. Der 'Militärische Übergangsrat' war in der Lage, diese Spannungen auszunutzen, um Keile zwischen der Revolution und ihrer Unterstützung in der Bevölkerung, zwischen dem Zeltlager und den umliegenden Slums und zwischen der Bewegung auf der Straße

und den Organisationen, die sie repräsentierten, zu treiben. Diese Trennungen und Verleumdungen bereiteten die Bühne für das Massaker von Khartum.

X. Revolten durchlaufen oft eine Reihe von "rhythmischen Markierungen", die als Dreh- oder Wendepunkte dienen und neue Energien katalysieren. Der Aufstand im Sudan durchlief mindestens vier: Aufruhr, massenhafte 'Gewaltlosigkeit' (im Sinne von nicht bewaffnet, d.Ü.), Besetzung des öffentlichen Raums und einen Generalstreik. Der Zündfunke für den Aufstand war eine Welle von spontanen Unruhen. Aber damit er sich verallgemeinern konnte, musste er den Charakter einer koordinierten 'Massengewaltlosigkeit' annehmen. Die Besetzung, die Barrikaden und ihre Verteidigung boten einen Kontext, um sich mit Soldaten zu verbrüdern, um zu desertieren und um Spaltungen innerhalb des Militärs zu erzeugen. Der Generalstreik konnte verdeutlichen, inwieweit die Bewegung die Unterstützung des Volkes mobilisieren konnte, war aber selbst nicht ausreichend, um die Regierung oder die Wirtschaft zum Stillstand zu bringen.

XI. Militante Formationen, die in früheren Wellen des Kampfes geschmiedet wurden, können als Vektoren der Intensivierung dienen. Anti-Austeritäts-Unruhen sind in der Vergangenheit gekommen und gegangen. Ein wesentlicher Unterschied im Jahr 2018 war die Präsenz von Organisationen, die sich nach der Unterdrückung einer Anti-Austeritätsbewegung im Jahr 2013 gebildet hatten. Dazu gehören die nachbarschaftsbasierten 'Widerstandskomitees' und die '*Sudan Professional Association*' (SPA). Indem sie eine gewisse Infrastruktur, Koordination und Entschlossenheit bereitstellen konnten, waren diese Gruppen in der Lage, zum Sprung vom Riot zum Aufstand beizutragen.

XII. Allerdings können diese Formationen auch zu einer Begrenzung werden, die es zu überwinden gilt. Die Organisationen, die gekommen waren, um die Revolution zu repräsentieren, waren viel eifriger darin, in Verhandlungen mit der Regierung einzutreten, als viele von denen auf der Straße. Die SPA zum Beispiel hatte sich gebildet, um sich für eine Erhöhung des Mindestlohns einzusetzen, nicht um eine Revolution anzuführen, in die sie sich von der Jugend hineingezogen fühlte. Sie waren bestrebt, zur Normalität zurückzukehren.

XIII. Die Prominenz der SPA verdeutlicht die führende Rolle des 'Berufs-Bürgertums' innerhalb der Revolution. Sudanesen fast aller Klassen und sozialen Gruppen beteiligten sich an der Revolution. An vorderster Front aber standen Studenten und Werktätige. Diese Gruppen waren sowohl durch ihre Sorge um die entsetzlichen Bedingungen der Armen als auch durch ihre eigenen frustrierten Erwartungen motiviert. Unter den besonderen repressiven Bedingungen war das 'Berufs-Bürgertum' am besten in der Lage, sich zu organisieren, eine gewisse Koordination für eine nationale Bewegung zu schaffen und das zu artikulieren, was als allgemeines Interesse erschien. Paul Mason bemerkt irgendwo, dass die Französische Revolution von 1789 "nicht das Produkt armer Leute, sondern armer Anwälte war." Die Revolution könnte also weniger mit zunehmender Verelendung zu tun haben, sondern eher mit wachsenden Erwartungen, die von der gegenwärtigen Situation nicht erfüllt werden können.

XIV. Nichtsdestotrotz deutet der Verlauf des Aufstandes auf die Möglichkeit der Entstehung einer autonomen proletarischen Politik hin. Die Unruhen, die die Revolution auslösten, begannen wegen des Brotpreises. Die Protestlager wurden größtenteils von den städtischen Armen bewohnt. Viele von ihnen versuchten, die Vertreter der Bewegung, die in Verhandlungen eintraten, zu verdrängen. In jedem Schritt der Revolution spielten die Proletarier eine wichtige praktische Rolle. Aber sie waren nicht in der Lage, eine Basis zu finden, um ihre eigene Aktivität prägnanter zu koordinieren und zu artikulieren. Es ist möglich, wenn auch nicht sicher, dass in zukünftigen Aufständen ein deutlich proletarischer Pol auftauchen wird, der sich seiner eigenen Initiative sicher ist.

XV. Es sei daran erinnert, dass es einen ganzen Zyklus von Unruhen, Aufständen und Revolutionen brauchte - von 1830 bis 1848 -, bevor das Pariser Proletariat begann, die rote Fahne über seinen Barrikaden zu hissen. Erst 1871 wurde die Wahl klar zwischen einer bürgerlichen Republik und einer proletarischen Kommune gestellt. Die Ereignisse unseres jungen Jahrhunderts mögen

beschleunigt werden, aber diese Dinge brauchen Zeit.

XVI. In den Protestlagern im ganzen Land, besonders aber in Khartum, sehen wir die sich abzeichnenden Konturen der Kommune. Wie ein Beobachter es ausdrückte, stellen diese Lager

"unbeabsichtigt ... eine grundlegende politische und soziale Herausforderung für den Staat dar."

Er führt weiter aus:

"Die Organisation und die Aktivitäten des Sit-Ins boten ein egalitäres und demokratisches Modell, auf dem ein radikal anderes Modell von Regierung und Gesellschaft hätte aufgebaut werden können. Es bildete somit das Fundament der sozialen Revolution, aber nur wenige Teilnehmer verstanden es als solches, und die SPA- und FFC-Führung betrachtete die Sit-ins rein instrumentell."

XVII. Diese Kommune scheint nichts von dem demokratischen Formalismus zu haben, der den Kommunen und Räten der Arbeiterbewegung die Qualität von 'Arbeiterparlamenten im Wartestand' gab. Das erlaubt uns vielleicht, die kommende destituierende Kommune von den konstituierenden Kommunen der Vergangenheit zu unterscheiden.

XVIII. Beobachter bemerkten oft, dass das Lager in Khartum mehr den Spirit eines Festivals als einer politischen Demonstration hatte. Bühnen für Musik-, Theater- und Literaturoaufführungen und Zelte für Kunst waren über das ganze Lager verstreut. Es war ein Ort, an dem experimentiert wurde, wie man leben kann. Das hat in einem Land, das von einem islamistischen Regime beherrscht wird, einen besonders nachdrücklichen und subversiven Charakter. Die Bemerkung der Situationistischen Internationale über die Pariser Kommune hätte genauso gut auf Khartum zutreffen können:

"Die Commune war das größte Fest des neunzehnten Jahrhunderts. Unter den Ereignissen jenes Frühjahrs 1871 kann man das Gefühl der Aufständischen erkennen, dass sie die Herren ihrer eigenen Geschichte geworden waren, nicht so sehr auf der Ebene der 'staatlichen' Politik, sondern auf der Ebene ihres Alltagslebens."



XIX. Niemand hatte den Mut oder die Weitsicht, diese Entwicklung als das anzuerkennen, was sie war. Für *CLR James* bestand die Rolle der Pro-Revolutionäre darin, die spontanen Erneuerungen, die im Laufe des Kampfes auftauchen, aufzuzeichnen und zu reflektieren. Dies war für ihn das Geniale an Lenins Aprilthesen, die einen Sprung nach vorn erkannten, den die Klasse in ihren eigenen Aktionen noch nicht sah, und die notwendigen Schlussfolgerungen zogen: *Alle Macht den Sowjets*.

XX. Das Militärregime nahm die Bedrohung durch das Camp eindeutig wahr, was die Intensität erklärt, mit der es unterdrückt wurde. Die entstehende Kommune ist der Hauptfeind des Staates. Wo immer sich die Kommune versammelt, wird es ein Tiananmen geben und früher oder später werden die Panzer erscheinen.

XXI. Wenn die Kommune entsteht, sind ihre unmittelbaren Aufgaben klar: Ausdehnung des Bereichs der Autonomie, Blockade der Wirtschaft und Verteidigung gegen ihre Feinde. Auf jeden neuen Angriff der Polizei antwortet die Bewegung mit der Ausweitung des Lagers und der Verbarrikadierung neuer Straßen und Brücken. Diese Strategie wird fast intuitiv, sobald ein Lager wie dieses existiert.

XXII. Die Entstehung der Kommune lässt sofort das Gespenst des Aufstandes und damit des Bürgerkrieges aufkommen. Die grundlegende Dynamik ist folgende: Das Auftauchen solcher Camps weist auf die Möglichkeit einer sozialen Revolution hin. Dies wird vom Staat klar erkannt und er versucht, sie zu unterdrücken. Als Reaktion darauf versuchen die Lager intuitiv, sich auszuweiten. Damit stellt sich die Frage des Aufstandes. Die Kommune muss den Staat unterdrücken, um nicht von ihm unterdrückt zu werden. Aber ein Aufstand birgt immer das Risiko eines Bürgerkriegs.

XXIII. Ein, zwei, viele Sudans. Der soziale Krieg, von dem die sudanesishe Revolution eine Episode war, wird auch heute noch ausgetragen. Wir werden wahrscheinlich neue Versuche sehen, die Begrenzungen des gegenwärtigen Kampfes zu überwinden. Mit jedem neuen Versuch werden wir vielleicht die Konturen der Kommune und der proletarischen Autonomie deutlicher hervortreten sehen. Irgendwo mag es einen Durchbruch geben, bei dem die politische Revolution einer sozialen Revolution weicht. Dann, wenn dieser Durchbruch nach außen dringt, könnten wir die Ausbreitung einer revolutionären Welle sehen.

Alle Macht den Kommunen.

April 2021

*Anmerkung Sunzi Bingfa: Im deutschsprachigen Raum gibt es praktisch nichts zur Entwicklung im Sudan, eine absolut lesenswerte Ausnahme stellt das Buch 'Sudan - Unvollendete Revolutionen in einem brüchigen Land' von Thomas Schmidinger dar, das bei den Genoss*innen von [bahoe books](#) [erschienen](#) ist.*



Kein Ankommen, kein Zurück.

Karl-Heinz Dellwo



*Eine wirkliche kollektive Aufarbeitung der Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD fehlt bis heute. Etliche ehemalige Angehörige der RAF und der Bewegung 2. Juni haben Interviews gegeben, Bücher geschrieben, haben auf Veranstaltungen geredet, einige haben es sogar bis ins Fernsehen geschafft. Die Texte und Aktionserklärungen der RAF sind ebenso wie die der Bewegung 2. Juni vollständig dokumentiert, auch die Texte der Revolutionären Zellen sind in Buchform erschienen, all dies liegt auch online vor. Trotzdem bleiben so viele Fragen offen, denn die Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD ist, ebenso wie die Geschichte der gesamten radikalen Linken, auch eine Geschichte des Scheiterns. Der vielleicht spannendste Versuch einer Aufarbeitung in nicht nur individueller Form, oder in Kleingruppen, waren die Gesprächsrunden, die seit 1996 über sieben Jahren in Hamburg stattfanden, und an der mehrere Psychotherapeut*innen, Ehemalige aus der RAF und der Bewegung 2. Juni, sowie Frauen aus der "Unterstützer*innenszene" der RAF teilnahmen. Es war ein schwieriger, brüchiger Prozeß, Ansprüche und Bedürfnisse prallten aufeinander, die meisten Ehemaligen hatten unglaublich lange Zeit im Knast verbracht, hatten Isolationsfolter und Hungerstreiks hinter sich. Die Zusammensetzung der Gesprächsrunden änderte sich wiederholt, auch einige Psychotherapeut*innen warfen zwischendurch das Handbuch. Jenseits der individuellen und gemeinsamen Erfahrungen der Teilnehmer*innen der Gesprächsrunden resultierte aus diesem einmaligen und ungewöhnlichen Projekt auch ein Buchprojekt, in dem die Teilnehmer*innen, die Ehemaligen, aber auch einige der Psychotherapeut*innen zu Wort kommen. Das Buch erschien unter dem Titel "Nach dem Bewaffneten Kampf" im Psychosozial Verlag, Gießen. Der folgende Beitrag von Karl-Heinz Dellwo, der 2004 entstand und Teil des Buchprojekts ist, wurde uns vom Autor für diese Ausgabe der Sunzi Bingfa zur Verfügung gestellt. Wir danken dafür aufs Herzlichste und setzen damit unseren Reihe zur Geschichte des bewaffneten Antagonismus in der BRD fort.*

Im Gefängnis schien mir meine Situation mit der eines Astronauten vergleichbar zu sein. Der

Hochsicherheitstrakt eine Raumstation, die um die Erde kreist, technische Verbindungen zur Außenwelt und Kontakt wie hin und wieder Funkverkehr. Vom gesellschaftlichen Alltag abgelöst ein Blick aufs Ganze und oft nur Unverständnis über das Konkrete, was als Wahn und Irrwitz erscheint.

So war die RAF auch: Sicht aus weiter Ferne. Sie verwarf die Veränderung des Unmittelbaren und suchte nach etwas völlig Neuem. „Sprung“ war damals eine oft genutzte Metapher. Schon im Gefängnis dachte ich irgendwann: Wir sind gesprungen und nirgendwo angekommen. Die in Stammheim hatten am Ende für sich eine Lösung: Sprung in den Tod.

Wir sind gescheitert. Heute sage ich auch: „Zu recht!“. Wir waren offenkundig nicht in der Lage, gegengesellschaftliche soziale Strukturen zu setzen und zu halten. Und doch –! Jeder Neuansatz von Befreiung wird die Trennung von der bürgerlichen Gesellschaft zur Bedingung haben und damit an einem ähnlichen Ausgangspunkt stehen wie wir.

Wir hatten uns 1996 bei einer Veranstaltung von David Becker getroffen im Uni-Hauptgebäude in Hamburg. „Wir“ ist dabei schon nur noch ein Vergangenheitsbezug. 1993 war die RAF zerbrochen, „der Monolith RAF“, wie Rebmann es ausdrückte, hatte sich selbst gespalten und darin die fehlende politische Perspektive unüberwindbar gemacht. Das „Wir“ meint also: Ehemalige Mitglieder aus bewaffneten Gruppen aus der Nach-68er-Zeit. Ein aktuelles „Wir“ gab es 1996 nicht mehr.

Im Gefängnis hatte wohl jeder von uns das Buch von David Becker, „Ohne Hass keine Versöhnung“, gelesen. Auf der Veranstaltung tauchten dann auch andere Ex-Gefangene auf. Diejenigen, die die Straßenseite gewechselt und den Kopf gesenkt haben, wenn sie mir begegnet sind, besuchten ebenso seinen Vortrag. Es scheint, als ob Gemeinsames beibehalten wird, das den subjektiven Dissens überdauert. Wir saßen verstreut in der Menge und hörten den Vortrag von David Becker über Folter und Traumatisierung in Chile, nicht nur der politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen. Becker sprach ebenso über die Traumatisierung der Gesellschaft, die aus dem Schweigen und der Verdrängung resultiert. Am Ende dieser Tagung wurde ein nächstes Treffen zum Thema Folter angekündigt. Es fand Wochen später im Balint-Institut in Hamburg statt und war mehr als Fachtreffen der verschiedenen Therapieansätze gedacht. Aber auch dort erschienen mehr als ein Dutzend ehemalige Angehörige bewaffneter Gruppen aus der BRD, teilweise von weit angereist. Meinem Eindruck nach war das „Fachpublikum“, sofern es vorher aus den Anmeldungen nicht etwas erahnte, auch überwältigt von dem, was ihnen da gerade begegnete.

Die Situation im Hochsicherheitstrakt, die jahrelangen unterschiedlichen Isolationsvarianten waren zwar bekannt aber ferngehalten. Schon David Becker schien nicht begeistert, als er auf die Situation in der BRD angesprochen wurde und bezog sich lieber auf Chile. Volker Friedrich aber sprach in einem Beitrag an, dass gesellschaftlich die Situation in den Hochsicherheitstrakten nicht wahrgenommen wurde, Folter nicht das schwarze Privileg der Dritten Welt ist und auch hier Traumatisierungen vorliegen aus politischen Kämpfen, die unabhängig von den Handlungen der Einzelnen oder politischen Gruppe gesehen werden müssen.

Während seiner Rede hörte man hin und wieder ein leise gestöhntes „ja“ aus dem Kreis der Ehemaligen. Hier wurde uns angesichts des Zerstörungsversuchs gegen das eigene Ich und Wir, Respekt gezollt. Von den stattfindenden sechs Arbeitsgruppen war in fünf die Rede von Gefängnis, Isolation und genötigtem Überlebenskampf. Ergebnis dieser Tagung war, ein Extra-Treffen zu den Ex-Mitgliedern bewaffneter Gruppen zu machen.

Beim nächsten Treffen waren wir vielleicht 25 Leute. Ich hatte gehofft, dass wir über uns reden, über die Haft, die Politik, die Gruppenmoral, die Spaltung, über die Selbstzerstörung unseres Kollektiv, die falsche Erfüllung unserer Hoffnungen, auch, dass wir eine neue Ebene finden, um das Private zwischen uns zu klären und vieles andere mehr. Sicher hatte jede/r ein solches Interesse, sonst wären die meisten nicht gekommen. Gewonnen aber hat das Misstrauen und das Bedürfnis, sich zu verbergen. Am Anfang stand das Eingrenzungsbemühen: „Wir wollen nur über die

Haftbedingungen reden', kam von denen, die sich als andere Fraktion definierten. Über die Aktion des Feindes sollte gesprochen werden, nicht über das Eigene. Die anwesenden Therapeuten wurden in dieser Bestimmung verortet. Sie sollten in Fachbegriffen untermauern, dass die Haft eine Vernichtungshaft war, also Folter. Alles andere war Politik und dazu aber braucht man keine Therapeuten. Noch Jahre später hatte mir Brigitte (Mohnhaupt, *Anmerkung Sunzi Bingfa*) bei einem Knastbesuch an den Kopf geworfen, dass sie solche Leute nicht braucht, um zur Politik zu kommen. Das war früher auch meine Haltung: „Arzt, heile Dich selber!“ Im Gefängnis kann man etwas anderes auch nicht zulassen. Aber inzwischen war die große Mehrheit der ehemaligen Mitglieder bewaffneter Gruppen draußen und von keiner staatlichen Macht mehr an der Diskussion gehindert. Die Geschichte der RAF war zu Ende (auch wenn die Auflösungserklärung nach einigem Fordern erst zwei Jahre später kam, so war es doch allen klar) – und trotzdem: Wir waren selber nicht fähig, untereinander zu kommunizieren. Wir brauchten einen geschützten Raum, und wir brauchten einen begleitenden Blick von außen.

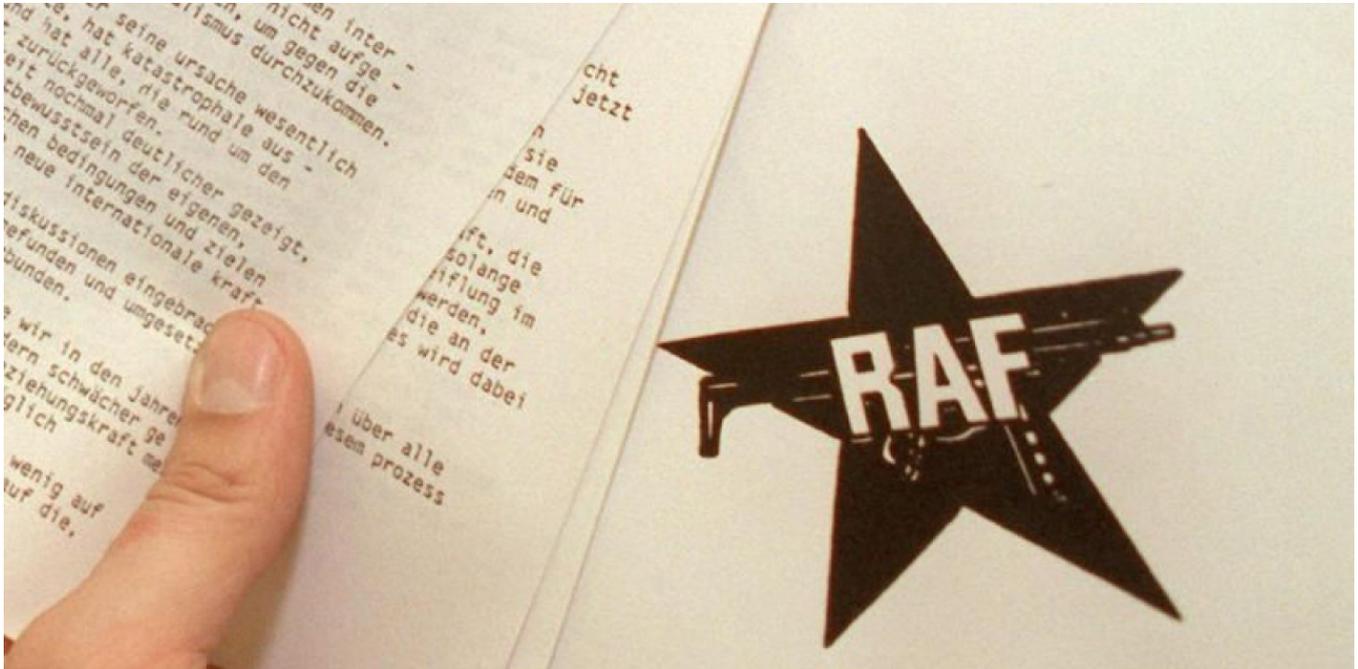
Bei einigen aber schien es so, als wären wir noch im Knast und jede Außenwelt sei feindlich. An dem Eingrenzungsversuch, nur über das zu reden wo wir auch Opfer waren, brach es dann. Als würde jedes Ansprechen von eigener Verantwortung bei uns und eine Kritik unserer politischen wie sozialen Praxis den Aufbruch als solchen verwerfen. Andere wollten nicht hören, dass wir auch mit uns etwas gemacht haben. Für sie mussten wir ein Kollektiv sein, das eine positive soziale Eigenstruktur hatte. Alles andere gehörte hier nicht hin, als sei das nicht das Wirkliche, sondern das Wirkliche sei der Wunsch und der Anspruch, dass wir andere Menschen sein wollten. Ich erinnerte damals als Beispiel nur an Lutz (Tauer, *Anmerkung Sunzi Bingfa*), der 1977 von der Liste der zu befreienden Gefangenen gestrichen wurde, weil er nach schweren körperlichen Quälereien durch Wärter in der JVA Bochum einen Hungerstreik abgebrochen hatte. Wer nicht alles durchhält, kann nicht kämpfen! Das war auch unsere Moral. In ihr gibt es auch die kalte Seite, alles auf Funktionalität für den Kampf zu reduzieren.

Mit diesem Hinweis hatte ich jedoch schon den Generalverdacht gegen mich bestätigt, Grundsicherheiten in Frage zu stellen. Die ganze Zusammenkunft hatte etwas Fragiles. Es schien, als könne alles jeden Augenblick wieder zerbrechen.

Im nächsten Treffen wurde erneut von einigen aufgeworfen, dass nur die Haftbedingungen Thema sein dürften. Und die Machtfrage wurde gestellt. Matthias S., einer der Psychoanalytiker, der zu diesem Treffen nicht kommen konnte, hatte in einem Brief an einen Kollegen sich für die Fortsetzung der Treffen ausgesprochen, dabei auch einen Blick aufgemacht. Er selbst war bestimmt von einer Erfahrung aus seiner K-Gruppen-Zeit, wo er nach jahrelanger Gruppentätigkeit wegen eines Widerspruchs ausgegrenzt wurde. Sein bester Freund von frühester Jugend an hatte sich hier auf die Parteilinie gestellt und mit ihm gebrochen. Der Freundesverrat scheint eine Konstante beim „Dienst an der Sache“ zu sein. Auch nachdem für diesen und seine K-Gruppenführung die Politik verraucht war, kam es nie zu einer Auseinandersetzung über den persönlichen Bruch, also den Verrat. M. zog also Parallelen zur RAF. Das führte bei einem RAF-Mitglied dazu, den Ausschluß von M. zu verlangen mit der Begründung, dass sie sich nicht vorstellen könne, mit einer Person weiter in einer Gruppe zu sein, welche die Strukturen der RAF mit denen anderer Gruppen für vergleichbar hielt. Das wollte sie dann so auch durchsetzen, was aber nicht gelang. Ich hatte damals dabei die Frage der Selbstverdinglichung angesprochen, ohne die dieser Kampf gar nicht geht. Damit hatte ich mich in den Augen von anderen wieder mal entlarvt. Sie suchten lieben den Unterschied und daraus den Gegensatz, um abwehren zu können. Endlich schien eine begründbare Linie für die Spaltung zwischen uns gefunden zu sein. „Das ist der rote Faden bei Dir“, erklärte Irmgard (Möller, *Anmerkung Sunzi Bingfa*), um dann den großen Unterschied deutlich zu machen, dass bei ihr und anderen eine andere – gemeint war natürliche eine revolutionäre - Subjektivität vorhanden sei, nämlich die mit dem Ziel, „sich selbst, den Körper, die Politik und die Moral funktional zu machen für den Kampf.“ Gegen das Ansprechen der Selbstverdinglichung hielt sie als

großen Unterschied die Selbstfunktionalisierung hoch. Gewonnen hatte schon wieder das Abgrenzungsbedürfnis.

Zum dritten Treffen schickten Sie dann nur noch zwei Abgesandte, Adjutanten Charaktere ohne verlässliche eigene Position, mit denen man dann auch nichts diskutieren kann. Sie erklärten nun, dass ihre Fraktion nicht mehr in die Gruppe käme und eine eigene organisieren werde, die nur die Haftbedingungen zum Thema mache. Organisiert haben sie nie eine.



Der Zusammenhang der blieb, war eine völlig andere Gruppe, eine, die ich mitunter selber als sehr seltsam empfand, nicht nur wegen der Zusammensetzung aus ehemaligen Mitgliedern der RAF und der Bewegung 2. Juni, Mitglieder „Kämpfender Einheiten“ oder legal gebliebenen Unterstützern, sondern auch wegen der Begleitung durch mehrere PsychotherapeutInnen aus unterschiedlichen Therapieschulen. Alles war ohne längerfristiges Konzept und Absprache. Lange Zeit wusste man nie beim nächsten Treffen, ob es nicht das letzte ist. Sowohl von Gefangenenseite als auch von Therapeutenseite wurde das immer wieder neu in Frage gestellt. Von den ca. acht bis zehn Therapeuten blieben in den letzten Jahren zwei, Volker Friedrich und Angelika Holderberg. Auch von „unserer“ Seite, also der der ehemaligen Militanten und ihrer Unterstützer blieben welche weg und andere kamen neu.

Einschub Eins: Ich treffe Moishe., den ich 32 Jahre nicht gesehen habe. Wir waren nicht befreundet, wir kannten uns nur wie man sich damals oft nur kannte. Er war mit Ullrich Wessel befreundet, einem unserer Toten in Stockholm. Ihn hatte ich als ersten von der Gruppe, die dann als „Kommando Holger Meins“ auftrat, getroffen. Er war mir neben meiner Gefährtin der nächste von der Gruppe. M. erzählt von U. und ich höre zum ersten Mal: U. war homosexuell. Ich höre weiter etwas Unglaubliches und doch, weil es zu unserem Lebensgefühl damals passte, gleichzeitig auch Vertrautes: Mit dem Freund trampete U. zuerst durch Europa, dann durch Afrika. Sie kamen bis in den Kongo. Ohne Geld und Mittel, selbst das Wasser war zu Ende, hingen sie dort auf einer Straße und kamen nicht mehr weiter. Die Triebkraft war: Strecke hinter sich und die Vergangenheit, Gesellschaft, Familie, Land und Leute zu bringen. Sie wurden aufgegebelt von einem LKW-Fahrer, der für den Vater von U. arbeitete, für dessen Edelholzgeschäft. In Afrika von der Vergangenheit eingeholt und ins Falsche gerettet. Wenn es keine Flucht gibt, was gibt es zu verlieren?

Wir wären füreinander gestorben. Manche sind es. Aber wir wussten damals voneinander aus der Vergangenheit nichts. So war es für mich im Kommando Holger Meins gegenüber den meisten, so

galt aber auch für die Jahre vor der Illegalität. Den Real-Namen meiner Freundin hatte ich erst nach unserer Verhaftung erfahren. Ich hatte auch nie danach gefragt und sie auch nicht nach meinem. Wir lebten und kämpften zusammen, Gespräche über unsere Vergangenheit fanden so gut wie gar nicht statt. Sie war verloren und abgehakt. Voneinander wussten wir nur, was wir über uns beim anderen erkannten. Und dass wir raus wollten aus der Gesellschaft, nicht in permanenter Verdrängung als Flucht, sondern als Konfrontation im Wissen, dass uns unser Leben gestohlen wird und wir uns das zurückerobert müssen. Aus meiner Sicht, was für andere ganz anders sein mag, waren wir auch deshalb von vorneherein so nahe untereinander, weil wir eh verloren waren. Ich bin immer überrascht, wenn andere aus unserem Zusammenhang sagen, für sie sei die Revolution etwas konkret Mögliches gewesen. Diese Sicht hatte ich nie. Als ich zur RAF ging, war die emotionale Phase aus 1968, nach der wir auch der eigenen Befreiung alle Türen öffnen können, schon vorbei. Wir zehrten noch von der alten sozialen Kraftquelle, die aber mehr und mehr versiegte. Mir schien es wahrscheinlich, dass wir persönlich einen hohen Preis zahlen würden. Mich schreckte das nicht. Das Einpassen in diese Gesellschaft empfand ich als die größere Bedrohung. So gab es nichts zu verlieren. Wichtig war nur, im Widerstand einen eigenen sozialen und politischen Prozess zu haben. Ich hatte schon 1972 meine Papiere an die RAF abgeben. Was mich selber hielt, war nur die Unsicherheit, ob ich für diesen Kampf reif genug bin.

Irgendwann mit 19 oder 20 Jahren war ich über den Begriff „Antagonismus“ gestolpert. Auf meine Frage an jemanden nach dem Bedeutungskern, bekam ich als Antwort: „Antagonistische Konflikte sind solche, die nur bewaffnet gelöst werden können.“ Diese Antwort war damals überzeugend und von vornherein plausibel. Sie traf auf eine Stimmung: Trennungsstrich ziehen, bloß weg zur Gegenposition! Das Leben beginnt mit dem Angriff auf die Verhältnisse. Dass wir den Angriff wagen und uns und die gemeinsame Sache nicht verraten wollten setzten wir als Gewissheit voraus. Das war viel und es hat lange getragen. Das darin enthaltene Versprechen aber, den Kampf um Befreiung nach Kriterien zu bestimmen, die politisch und sozial Bestand haben, haben wir nicht eingelöst.

Wir Ex-Gefangene und Ex-Militante, die wir bei diesen Treffen blieben, haben miteinander geredet. Das war im Vergleich zu den Jahren vorher viel. In allen Herzen war die Mördergrube. Immer ausgerichtet auf den ‚Feind‘, das Äußere, den- Blick-nach-vorne-richten‘, ist uns im Laufe der Zeit die ursprüngliche Besonderheit der RAF, in sich selbst die gesellschaftliche Prägung aus Gegenwart wie Vergangenheit, den Zustand des vom Kapital *Kolonialisierten* und das Trennende zum anderen aufzuspüren und aufzulösen, verloren gegangen. Unseren eigenen Ansprüchen gegenüber sind wir gescheitert. In ihnen galt zu Anfang kein *privates* Interesse.

Aus der Sicht im Nachhinein gab es eine RAF bis 77 und eine andere danach. Ich hatte zu jener der ersten Jahre hingewollt, bei der ich an erster Stelle eine Radikalität sich selbst gegenüber vorausgesetzt hatte. Bei der nach 1977 entschwand dies. Sie klärte über sich und ihre Emanzipationsbezüge nichts mehr auf. Zuerst dachte ich, die, die draußen sind brauchen Zeit dafür und unsere Solidarität ist es, ihnen diese Zeit zu geben. Niemand aber war offenkundig in der Lage, die eigene Praxis radikal zu reflektieren. Nüchtern muß ich sehen, dass schon meine eigene Gruppe sich mit der eigenen Handlung in Stockholm nur rechtfertigend auseinandersetzen konnte. Nach dem Tod der Stammheimer mussten wir neu einen kollektiven Sinn in der Bestimmung der politischen Grundlage und dem, was gegengesellschaftliche Radikalität ist, für uns finden.

Ohne das verlor die Politik der RAF ihre unmittelbare Anbindung an die eigene Emanzipation und wurde zu einem *äußerlichen* Systemverhältnis, gegenüber dem der Einzelne unerkannt bleiben konnte. Hier liegt für mich einer der Gründe, warum z.B. eine Gestalt wie Peter-Jürgen Boock seinen Lügen- und Betrugsmarathon jahrelang durchhalten und immer wieder erneuern konnte. Das Auftauchen von Boock war es auch, was uns gefängnisbedingte Illusionen über den sozialen Zustand der Gruppe draussen zerstörte. Mit der Nach-77er-Zeit ist zwar ein fahnenschwingendes Reden von Kollektivität verbunden – aber ohne jeden Bezug in den konkreten Beziehungen. In dieser RAF haben wir immer mehr *zurückgestellt*: Die Selbstkritik, die Kritik der eigenen Politik,

die Kommunikation über den Sinn der Gruppe, die kollektive Suche nach der konkreten Begrifflichkeit von Befreiung, also alles das, was die *innere Achse* von Befreiung ist. Die RAF nach 77 ist zu einer Politikgruppe geworden wie es viele andere gab. Allerdings mit dem Unterschied: bewaffnet. Das machte ihre Folgen gegenüber denen der anderen politischen Gruppen besonders fatal.

Einschub Zwei: Zu Anfang, im Kontext der weltweit sich formierenden Befreiungsbewegungen hatte die RAF die politische Vermittlung, Korrespondenzgruppe für die antiimperialistischen Kämpfe aus den Randzonen des imperialistischen Systems in dessen Zentrum zu sein. Ebenso konnte sie sich zeitweilig als eine mögliche Antwort auf den damaligen US-geführten Kriegsimperialismus in Vietnam vermitteln. Mit vielen teilte sie die schon existenzialistische Ablehnung einer Nachkriegsgesellschaft, die antikommunistisch und nazistisch geprägt war. Dagegen schien der Bruch mit allem Befreiung und Bedingung für ein anderes Leben zu sein. Später, aus meiner Sicht ab 1972, lösten sich diese Vermittlungen auf. Die gegenkulturellen Positionen von 1968 bildeten noch keine Basis für eine Gegengesellschaft. Die damalige bewaffnete Kampfstruktur der RAF wurde polizeilich zerschlagen. Nach der abzusehenden Niederlage der USA in Vietnam, der Rückführung der antiimperialistischen Kämpfe in der Peripherie des Metropolitensystems auf ihren nationalen Kern (Staatenbildung) und der „Normalisierung“ der Mehrwertaneignung im (sich modernisierenden) gewöhnlichen bürgerlich-kapitalistischen Betrieb, der jenseits von immanenten Verteilungsstreitereien auf einen grundsätzlichen gesellschaftlichen Konsens zwischen den einzelnen Klassen zurückgreifen konnte, stand die RAF sozusagen immer deutlicher als unzeitgemäße Kriegsformation da, als Methode, die ihren Ort, eigentlich ihre internationalen Bezugspunkte, verloren hatte und deshalb ihr Ziel nicht erreichen konnte.

Zu den Triebkräften der 68-Bewegung gehörte die Einsicht, dass man den Boden der bürgerlichen Gesellschaft verlassen muss, damit ein revolutionärer, auch unkorrupter Lebens- und Gesellschaftsprozess möglich wird. Dies speiste sich nicht aus einer vagen Hoffnung, sondern aus der Realität des Gegenkulturellen. Die Revolte hatte längst ihr Eigengewicht. Wir konnten uns auf eine Normalisierung der kapitalistischen Verhältnisse nicht einlassen, denn wir konnten dem Nach-Nazi-Staat in seiner Selbstversöhnung mit den nationalsozialistischen Eliten und den bürgerlichen Strukturelementen des Faschismus nicht abnehmen, demokratisch zu sein, ohne uns selber aufzugeben. Ebenso unmöglich war es, die Selbstlüge der Masse zu akzeptieren, „missbraucht und getäuscht“ worden zu sein. Wir mussten diesen Boden verlassen. Das war ‚sicher‘ nur im Angriff auf das System möglich. Mit der 68er-Bewegung und deren antiimperialistischer Politisierung hatte die RAF die unversöhnliche Haltung gegenüber den Systemverbrechen der Vergangenheit und dem neuen imperialistischen Kapitalismus geteilt und durch den bewaffneten Kampf diese Haltung fraglos auch eskaliert. In der Eskalation ist sie dann zunehmend alleine geblieben. Mit dem „Konzept Stadtguerilla“ fand im Innern der Linken eine besondere Fraktionierung statt: Die zwischen taktisch behaupteter Zurückstellung des bewaffneten Kampfes und der Erklärung seiner notwendigen unmittelbaren Umsetzung. Aus der Position des gemeinsamen Aufbruchs, in dem allerdings damals auch die Frage der revolutionären Gewalt grundsätzlich positiv beantwortet war, wurde die RAF zum Gegenspieler auch gegenüber einer systemoppositionellen Linken, die auf die Massen warten wollte. Andererseits war sie aber auch – wenn auch ungewollt, aber von der Rolle her – deren Stellvertreter, da sie die allgemeinen Revolutionsfantasien tatsächlich werden lies.[1] Mir sind nach meiner Entlassung so viele Akteure begegnet aus linken politischen Zusammenhängen, mit denen wir damals gar nichts zu tun hatten, mit der Erklärung, sie wären fast auch beim bewaffneten Kampf gelandet, dass ich mir manchmal vor Überraschung fast die Augen rieb. Stellvertretend für sie haben wir nach dem allgemeinen Aufbruch das Festhalten am revolutionären Kampf und sein Scheitern durchlebt und zur konkreten Erfahrung für den eigenen, weiteren Lebensweg gemacht. Wenn man sich die Prozesse der Gruppen anschaut, die nach 1977/78 anfangen parlamentarisch zu werden, dann sieht man erhebliche Friktionen und Schwierigkeiten in diesem Wandlungsprozess. Diese Schwierigkeiten im Lebensbruch durch Anpassung verweisen darauf, wie selbstverständlich vielen aus der Revolte heraus die

systemoppositionelle Grundlage geworden war. Als Gegenspieler und in der Stellvertretersituation drückt der Kampf nicht mehr die Tendenz aus sondern wird primär zum Beweis dafür, dass er möglich ist und dass die anderen ihn ebenso führen können. Nach dem Auflösen der bisher politisch noch tragenden Vermittlungen wurde der Kampf immer mehr zum Kampf darum, sich selbst als Notwendigkeit und Möglichkeit zu retten. Die Avantgarde als Rechtfertigung für sich selbst.

Stockholm

Wir waren eine Gruppe in der RAF. Unsere Aktion war mit einigen drinnen abgesprochen. Ich war für sie gar nicht vorgesehen. Sie war bereits geplant und ich wusste zwar, dass eine Befreiungsaktion stattfinden wird, war aber über nichts Konkretes unterrichtet. Ulrich Wessel, dem ich gesagt hatte, dass ich, wenn eine Befreiungsaktion durchgeführt wird, dabei sein will, lehnte meine Beteiligung mit der Begründung ab, dass fünf Akteure schon fast zu viel sind, dass wir wenige in der Illegalität sind, und es wichtiger sei bei einem möglichen Scheitern der Aktion, dass andere da sind, die den nächsten Versuch organisieren. Die Begründung war an der Sache und dem Fortbestand der Organisation orientiert und dadurch vernünftig. Das ganze Konzept Stadtguerilla sollte bei einer gelungenen Befreiung neu überdacht werden. Ich bin dann über eine Intervention von Andreas Baader in das Kommando Holger Meins hineingekommen, nachdem ich seine Frage, ob ich schon mal überlegt hätte an der Aktion teilzunehmen, mit einem klaren „Ja“ beantwortet habe. Andreas war unzufrieden damit, dass die Vorbereitungen so lange brauchten. Ich hatte vorher einige Sachen gemacht und offensichtlich einen guten Namen bei ihm. In Stammheim gab es die Befürchtung, dass dann, wenn das Gerichtsverfahren dort schon begonnen hätte, es noch schwieriger sei, die Gefangenen zu befreien. Vielleicht ein oder zwei Wochen vor dieser Frage hatte ich eine Legale getroffen, die, wie ich später erfuhr, einen Unterstützungsjob umgesetzt hatte, aus dem sie auf Stockholm schließen konnte. Als ich sie fragte, was sie denke, wie wir die Gefangenen rausholen könnten, schlug sie mir die Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm vor. Ich hatte sie spontan kritisiert mit der Bemerkung, dass die schwedische Sozialdemokratie sich doch der deutschen unterordnen werde. Das schien mir offenkundig. Auch hatte ich andere Vorstellungen für eine Befreiungsaktion im Kopf. Als dann die Frage von Andreas kam, habe ich meine Kritik weggewischt. Es gab keine Chance mehr, die Befreiungsaktion neu zu bestimmen. Stockholm war im Detail durchorganisiert, wir hatten inzwischen die Waffen über die Grenze gebracht und alle meinten, dass die Zeit drängt. Ich hätte nur „nein“ sagen und zuschauen können bei etwas, was intern nicht mehr zu ändern war. Das wollte ich nicht, zumal mir diejenigen, die ich aus der Gruppe kennen gelernt hatte, sehr nahe waren oder geworden sind.



Analysiert man die Entwicklung des Konzepts Stadtguerilla, dann sieht man, dass in der

Stockholm-Gruppe schon die Militarisierung der Politik und ihr Selbstzweck in der Politik der Gruppe dominiert. Gegengesellschaftlichkeit war hier substituiert durch die Moral von Eindeutigkeit, Konsequenz und Kompromisslosigkeit. Sie ist die primäre Sprache des Krieges, des Freund-Feind-Verhältnisses, des Trennungsstrichs, ein Verhältnis, welches einmal eingenommen, sich zur Gegenseite nicht mehr reflektieren muß, sich selber aber auch keine Rechtfertigung mehr über das Ziel und seinen Weg geben muß. Stockholm zeigt vor dem Hintergrund des politischen Ortverlustes, dass die RAF versuchte, den schwindenden Legitimationszusammenhang für den revolutionären Kampf subjektivistisch zu überspringen. Wir hatten die Vorstellung, mit einer für uns entschiedenen Machtfrage mit dem Staat, sozusagen im ‚letzten Augenblick‘, die Zerfallstendenz innerhalb der radikalen Linken umkehren zu können. Wir dachten, wenn wir dem Staat eine Niederlage beibringen, macht es vielen anderen Mut. Im Umkehrschluss hätte das aber auch bedeutet, dass wir keine Aktion durchführen, deren Erfolg nicht sicher ist. Das war bei uns nicht aufgetaucht, weil wir uns entschieden hatten, dass wir bei einer Ablehnung der Forderung dann unser Leben verlieren und damit ein Verhältnis manifestieren, dass keine Umkehr zulässt. Der Tod in Stammheim später lag uns deshalb alles andere als fern. Das Gegengesellschaftliche aber, das konkret benennbare, andere Soziale, ist hier schon auf später verschoben und vom Militärischen dominiert. Wir wurden Stellvertreter für die Linke, der Staat wurde Stellvertreter für das kapitalistische System. Bis in die sogenannte „Offensive“ 1977 hinein zeigt sich dann eine wachsende Fähigkeit zur militärischen Umsetzung des bewaffneten Kampfes mit abnehmender politischer Qualität.

Den Tod von Holger Meins habe ich als bewussten Akt einer Staatspolitik interpretiert, die uns, also jene nicht-integrationswilligen Linke mit mehr oder weniger fast jedem Mittel zur Systemakzeptanz und zum Abschwören zwingen wollte. Wir standen unter dem summarischen Blick von Leuten aus der letzten Kriegsgeneration, welche die Zurichtung unserer Generation auf Anpassung ans System als Schlachtbild vor sich hatten. Der Tod von Holger Meins deckte sich mit meinen Erfahrungen.[2] Ich hatte überhaupt keine Illusionen über unsere Zukunft. Mir schien damals zwingend, dass wir selber zum gleichen summarischen Verhältnis den Staats- und Systemvertretern gegenüber kommen müssen. Mit dem Tod von Holger Meins war für mich die „Stunde der Wahrheit“ gekommen. Im Gefängnis, während meiner Hausbesetzerhaft, hatte ich die Prozessrede von Max Hölz[3] gelesen aus den 20er Jahren, der selbstkritisch in der Niederlage bemerkte, dass die Linken nie konsequent genug sind und deshalb immer verlieren. Im Sieg des Nationalsozialismus und in der Vernichtung der KPD sah ich das bestätigt. Wir hatten die Erfahrung mit Vietnam, mit Chile, dem Schah von Persien, der Obristendiktatur im Nato-Staat Griechenland und vieles mehr. Die aus Frankreich kommende Analyse vom „Neuen Faschismus“ hatte mir einen Erklärungsrahmen gegeben für das, was von der deutschen Sozialdemokratie gegen die 68er-Bewegung umgesetzt wurde mit ihrer Mischung aus Repression und Integrationsangebote in einen modernisierten Kapitalismus, bei dem heute offenkundig ist, an wessen Interesse hier Modernisierungsreformen ausgerichtet und wer die Sieger und Verlierer sind. Uns hat damals nichts mehr überrascht. Wir hatten angefangen, kühl die Gegenseite zu sehen und ohne Emotionen zu bedenken.

Ich bin mitverantwortlich für den Tod von zwei Botschaftsangehörigen. Hieran trägt jeder aus unserem Kommando die gleiche und ungeteilte Schuld. Im Gefängnis war mir irgendwann klar geworden, dass wir von keiner Gegengesellschaft oder Gegenmoral reden können, wenn dies die Möglichkeit von Geiseler-schießungen und damit die vollständige Verdinglichung von Menschen beinhaltet. Es wäre nur eine barbarische Gesellschaft. Heute akzeptiere ich, dass unsere Handlungen verurteilt worden sind und Folgen für uns haben mußten. Es wird keine Legitimität konstruiert, wenn das eine Unrecht mit dem anderen aufgerechnet wird. Es zeigt nur zwei Situationen, die abzulehnen sind.

Nach 1977 gab es eine schleichende Anpassung in der RAF an ein Politikverständnis, dass nicht

mehr so radikal auf die Subjektkonstitution der Akteure zurückwirkte. Das scheint mir offenkundig. Zeigte sich vorher immer wieder auch die Anstrengung, Politik nach Innen und Außen in Übereinstimmung zu bringen und gleich zu bemessen, also den Anspruch gegenüber anderen mit dem an sich selbst zu koppeln, so schien jetzt immer mehr die Trennung zwischen „Innerem“ und „Äußerem“, zwischen „Ich“ und „Du“, zwischen „an sich“ und „für sich“, zwischen „Subjekt“ und „Objekt“ die Politik und die Struktur zu bestimmen. Befreiung wurde zur Befreiung in der 3. Person. Symbolisch dafür habe ich die Briefe von einem Gefangenen empfunden, der über Jahre hinweg wie kein anderer in jedem Brief den Duktus hatte: „Es ist zu tun...Es muß gemacht werden“ usw. – eine Radikalität im Antreiben der Aktion, jedoch eine auf die Gruppe, Ihren Zustand, eine auf das Selbst bezogene Reflektion fand nicht statt. Handlungen und Erklärungen der RAF nach 1977 sind eine über *die Mittel* dementierte, *vom Inhalt her* aber vollzogene *Rückkehr* zu einem politischen Verhältnis zum System, in dem die Infragestellung der eigenen Person ausgeklammert sein konnte. Die Revolution verlor sozusagen ihr erstes Objekt: Den Revolutionär, der sich als Widerstandsakteur in der gesellschaftlichen Realität erkennbar macht, also zeigt, wie er oder sie mit realen Widersprüchen umgeht. Ein Prozeß, der sowohl drinnen als auch draußen stattfand. Mit Folgen auch für die eigene Einsatzbereitschaft: Der Abbruch des Hungerstreiks 1981 vom größten Teil der Gefangenen nach dem Tod von Sigurd Debus signalisierte schon, dass der eigene Einsatz beschränkt wurde, es nicht mehr selbstverständlich war, dem Kampfprozess größere Bedeutung als dem des eigene Lebens zu geben. Das wurde von der Mehrheit der Gefangenen im Hungerstreik 1985 bekräftigt.^[4] Das Aussteigen von Siegfried Haag aus der RAF mit einem simplen, halbseitigen Brief an die Gefangenen, zeigte, dass die Selbstverständlichkeit von früher, nach der es kein Zurück geben wird, auch bei denen erodiert war, die das in klaren Sätzen früher an andere herangetragen hatten. Als wäre eine Illusion zerplatzt.^[5] Von draußen sah es ähnlich aus und 1985 waren diejenigen, die nach 1977 die Illegalität bestimmt hatten, zwischenzeitlich auch im Gefängnis und haben ebenso entschieden.

Der Tod in Stammheim

Der Mordselbstmord. „Das Projekt sind wir!“, schrieb Andreas Baader an die Gruppe und artikulierte damit eine Moral, in der das Subjekt und sein Zweck in eins gesetzt sind. Es bedeutet aber auch: Wenn zwischen „Subjekt“ und „Objekt“ keine Trennung mehr gemacht wird, endet es so: also im Tod. (In der Selbstentlebung auch der genötigte Beweis der Selbstlosigkeit als letzte, den Einzelnen in seinen Taten legitimierende, scheinbar freisprechende Beurteilungsinstanz.) Statt einer Antwort Reflex darauf: Das Subjektive und das Politische wieder zu trennen. Da, wo vorher das kollektive Individuum und Identität im Kollektiv gesucht worden war, welches den Tod überwindet (indem es axiomatisch den Sinn des Lebens unterstellt und davon, dass es Aufgabe der Menschheit ist, Sinn zu bilden), trat in der Praxis nun die alte Spaltung von „für sich“ und „für andere“ (kompensiert wurde das durch Beschwörungen von ‚Authentizität‘ im Kampf). Die RAF wurde immer mehr zur Form, bestimmt von einer Radikalität, die sich an erster Stelle durch Bewaffnung ausdrückte.

In unseren politischen Zusammenhängen galt, dass wir keine Ansprüche an andere Stellen, die wir nicht zuerst gegenüber uns selbst erheben. Diese Radikalität, die ich auch mit der RAF identifiziert hatte, ging weiter: Der Lernprozess war etwas, was im Kampf gesucht wird; seine scheinbar zwangsläufigen Schlussfolgerungen etwas, an deren Annahme eine revolutionäre Subjektivität sich entwickeln lässt. Ohne auf eine tragfähige Basis für den revolutionären Kampf zu stoßen, führte das Beibehalten der Absicht, ein neues Konzept des Revolutionsprozesses in den Metropolen geschichtlich zu verankern, zur ständige Zuspitzung der Konfrontation, zur, wie es 1977 dann geschah, rasenden Beschleunigung. Die Botschaft von 1977 ist, dass das permanente Zuspitzen gegen eine gesellschaftliche Gegenwart, die zu entmachten nicht die Kraft da ist, in gerade Linie zum eigenen Tod führt.

Es scheint die doppelte Tragik jeder avantgardistischen Revolte zu sein: Sie muss so lange unweigerlich scheitern, als wie die gesellschaftlichen Kräfte sich hinter dem Rücken der Subjekte eigengesetzlich zur unsichtbaren Macht formieren. Und: *Sie erträgt keine Normalität*, auch nicht die eigene. Sie *muss* weiter. Die Illegalen nach 77 haben erahnt oder gewusst, dass die Revolution nicht kommt. Deswegen gab es von ihnen nie eine radikale Reflexion ihres Angriffs auf den Staat, der organisatorisch der Höhepunkt der RAF war, in der Selbstwahrnehmung aber der wirklichen Bedeutung weit hinterherhinkte. Deswegen haben sie auf jeden Versuch zur Reflektion auch nur schweigend oder ablehnend reagiert. „*Keine Angst vor der Ungeheuerlichkeit der eigenen Zwecke haben.*“

Was aber, wenn man sie selbst noch nicht erfasst? Dann wird man überrollt – und sei es nur vom Tod der eigenen Genossen, die in ihrem Tod darstellten, dass ihnen die Ungeheuerlichkeit der eigenen Zwecke allerdings bewusst war. Die draußen, die weitergemacht haben, schienen erkannt oder erahnt zu haben, dass die permanente Revolution in der Selbstaflösung endet. Mir scheint das deshalb klar, weil sie sich im bewaffneten Kampf *ingerichtet* und ihn am Ende nur noch in der Form fortgeführt haben. Statt Inhalt die Handhabung der Mittel. Später, in den 80er Jahren, hatten die nächsten Akteure der RAF die Revolution nur als eine bewaffnete Form, nicht mehr als soziale Möglichkeit im Kopf. Von der Form bestimmt, war ihnen im Selbstbild das Erschießungskommando zum höchsten Ausdruck von Radikalität, in der richtigen Wahrnehmung von außen aber nur zur schlimmsten Bloßstellung geworden.



Die Zeit im Gefängnis war für mich wie vielleicht auch für die meisten anderen gezeichnet von Härte und Durchhalten. Ich hielt mich damals der Hoffnung fest, dass irgendwann wieder da angeknüpft werden kann, wo meine Politisierung begann und was ich mit der RAF verbunden hatte: Dem Widerspruch im Sozialen überall auf der Spur zu sein und lösen zu wollen, Geschichte, soziale Prozesse in der Hand zu bekommen und Befreiung als etwas zu sehen, was für sich selbst da und dem Menschen vorgesetzt ist, ein dauerndes Suchen nach der Emanzipation von Zwängen und Unwissenheit gegen das bestehende gesellschaftliche und damit auch individuell verankerte Falsche, also permanente Revolution. Das war das Geheimnis in der falschen Begrifflichkeit: „Dem Volke dienen“, was primär ja nur der Bekräftigungsversuch ist, dass es gewichtigere Orientierungen

als die des eigenen Lebens gibt, auch gewichtigeres als die eigene Gruppe. Es gab in der RAF zu Anfang das Bewusstsein, dass sie nur dann eine revolutionäre Gruppe ist, wenn sie darum kämpft, sich in der Mobilisierung für den revolutionären Prozeß selbst zu negieren. Das allerdings wurde auch von den Gründern der RAF im Festlegen des revolutionären Kampfes auf den Machtkampf um die Befreiung der Gefangenen schon gebrochen.

Ich bezweifle, dass das Durchhalten, das Hoffen auf ein neues Aufbruchsklima in der Gesellschaft für die draussen grundsätzlich anders war. In der Nachsicht ist das ein bewaffnetes Warten auf eine Reife der Zeit, von der man nicht mehr glaubt, dass man sie selbst erzwingen kann. So waren dann auch die Aktionen und die innere Struktur. Jahre-, jahrzehntelang war unsere Gruppenhaltung, alle wichtigen inneren Fragen nach hinten zu verschieben. Im ersten Zettel von außen, den ich in Köln erhielt nach dem „Herbst 77“, stand: „Zusammenhalten, immerhin wissen wir jetzt, wer noch zu uns steht und die unsicheren Kantonisten sind weg.“ Das war ein dummer Trost für unsere politische, soziale und moralische Niederlage. Ich hatte damit nichts anfangen können. Was wollte der bewaffnete Kampf dann noch, wenn er sich nicht an dem Kriterium misst, die Reife der Verhältnisse zum Umsturz zu erzwingen, wenigstens zu beschleunigen?

Als ich 1995 aus dem Gefängnis kam, hatte ich meine Katastrophen hinter mir. Die größte waren die Flugzeugentführung nach Mogadischu, also die Zerstörung der Gewissheit, dass wir eine Grenze haben, Ausweis von Gegenmoral und Selbstverpflichtung; damals ist mit der Entführung zufällig und wahllos vorgefundener Menschen der Aufbruch zum ersten Mal grundsätzlich, also im Namen der gesamten RAF, verraten worden. Fehler und Verwerfungen gab es vorher schon, aber das waren für mich bis dahin die von Einzelnen oder einzelner Gruppen. Die Flugzeugentführung im Herbst 1977 basierte auf einer gemeinsamen Akzeptanz zwischen den Gründern und denen draußen und artikulierte eine Änderung in einer zentralen politischen Bestimmung. [6]

Einschub Drei: Im Stammheimer Prozeß hatten die Gefangenen öffentlich die Aktion gegen das Springer-Hochhaus 1972 kritisiert, weil dort Arbeiter verletzt worden waren. Das war gewiß nicht die einzige Aktion der RAF, die hätte kritisiert werden müssen. Aber es war eine Aktion, die auf ursprünglichen Linien der RAF agierte und die Verbindung zu Inhalten der 68er-Bewegung suchte. Für diese Anti-Springer-Aktion war Ulrike Meinhof verantwortlich. Diese Kritik hat m.M.n. eine weitreichende Bedeutung, denn in ihr zeigt sich eine über die Manöverkritik hinausgehende Absage an Mobilisierungslinien, welche auf alte klassenkämpferische Positionen beruhten. In diesem Fall die des manipulierten Bewusstseins durch Systemmedien, während die RAF im Gefängnis dabei war, einen Entfremdungsbegriff zu entwickeln, nach dem die Entfremdung durch die Selbstlogik der Verhältnisse umfassend gegeben war und deren Aufhebung den Bruch mit allem Alten bedingte. Dies bedeutete dann aber auch den Bruch mit den alten Intellektuellen da diese in Verbindung mit den alten Verhältnissen blieben, wozu ich als Beispiel nur die völlige, auch ins persönliche gehende Denunziation von Peter Brückner durch die Stammheimer Gefangenen anführen will. Die politische Rolle von Ulrike Meinhof war aber in der RAF zu Anfang: Die Verbindung zu den alten antifaschistischen Positionen, Verbindungslinien zu früheren antifaschistischen und Klassenkämpfen und die Kommunikation mit den von links erfassten Intellektuellen herzustellen. Mit der Durchsetzung der Kritik an dieser Position im öffentlichen Prozeß ist eine frühere politische Linie der RAF, aber auch die damit verbundene politische Rolle von Ulrike Meinhof verworfen worden. Die RAF war dabei, sich von ihren 1970 noch vorhandenen Vorstellungen vollends zu verabschieden, nach der gemeinsame Entwicklungen von legalen und illegalen politischen Kräften möglich sind. Aus der Sicht von 1974 bis 1977 gab es nichts, was aus der linken Bewegung revolutionär transformierbar war. Das bedeutete auch einen Bruch in der Kommunikation mit denen, die an die alten Verhältnisse gebunden blieben. Der Avantgarde bleibt in der Konsequenz nur, dass sie ihrer eigenen Notwendigkeit folgt, also ihren eigenen Inhalt vorantreibt – oder sie zerfällt. Die RAF wurde völlig zur Organisation dessen, was aus ihrer Sicht für die Entwicklung der

weltweiten Revolutionären Kämpfe notwendig schien. Bruch mit den Verhältnissen bedeutete Machtfrage mit dem System und darin Entwicklungslinien zu anderen sozial-revolutionären Kämpfen in der Welt, die antiimperialistisch waren, zur deren politischer Identität die Erkenntnis gehörte, dass es nur eine globale Revolution geben kann.[7] Das machte zum einen die besondere Nähe zu den Palästinensern aus, zum anderen verlor der Bezugspunkt zu den Bewusstseinszuständen im Innern seine Bedeutung. Dass dieses Verhältnis, sich selbst zum Projektil der Revolution zu machen, also vom Prinzip her immer über sich hinaus zu denken auch gebrochen war, also Aktionen doch an dem unmittelbaren eigenen Interesse entlang gebogen wurden, spricht davon, dass die Subjekte nicht völlig von sich abstrahieren können. Das Angebot der Stammheimer Gefangenen gegenüber der Regierung im Oktober, dass die freigelassenen Gefangenen nicht mehr zum bewaffneten Kampf zurückzukehren, stellte den gesamten bewaffneten Kampf in Frage. Es wäre für uns unmöglich gewesen, dass die einen nicht mehr bewaffnet kämpfen und die anderen sterben oder gehen im Gefängnis unter. Nur stieß dieses Angebot auf eine Regierung, die selber Krieg und Niederlage ihres Gegners wollte. Die Flucht nach vorne hatte kein erreichbares Ziel mehr. Deswegen endet sie für drei Stammheimer Gefangene im Tod. Deutschland unter Führung der Leutnantsgeneration des Zweiten Weltkrieges fühlte sich endlich als Sieger.

Zum Tod der Stammheimer hatte ich zuerst innerlich die Beschwerde, dass sie sich aus dem Staube gemacht haben und uns die Suppe auslöffeln lassen. Nachdem erst die Nachricht: „Baader ist tot“, dann: „Ensslin ist tot“ am 19.10.78 in einer Zeitdifferenz von 30 Sekunden von einem sozialen Gefangenen so laut über den Knasthof gebrüllt worden war, dass ich diese auch in der Kontaktsperre hören konnte, war mein unmittelbarer Gedanke, dass die Regierung sie offiziell als „Gegengeisel“ hat umbringen lassen. Während der Kontaktsperre hatte ich mit ähnlichem auch in Köln-Ossendorf gerechnet, wo ich damals isoliert war. Der Hass der Wärter um uns herum war greifbar. Dann, nach Aufhebung der Kontaktsperre und den ersten Informationen schien mir der Selbstmord das Wahrscheinliche zu sein. Hanna, die ich Tage später sah und der ich meine Meinung mitteilte, meinte nur: „Du bist verhetzt“. Eine Zeitlang war ich unsicher, später dachte ich, es ist Sache der Schmidt-Regierung, zu beweisen, dass es keine staatliche Mord-Aktion war. Jahrelang habe ich versucht, das Thema zu meiden. Ich fand keine loyale Möglichkeit, meine Zweifel zu artikulieren ohne Irmgard Möller auch noch aus der eigenen Gruppe heraus in Frage zu stellen. Jahre später haben wir in Celle vorsichtig hin und wieder über diese Frage gesprochen. Für mich stand sie als erste der zu diskutierenden Fragen auf der Liste, falls wir unsere Zusammenlegung durchsetzen würden. Aber dazu kam es nie.



Heute sehe ich auch anderes im Tod der drei Stammheimer Gefangene: Sie haben denen draußen den politischen, aber auch persönlichen Zwang der permanenten Eskalation an der Gefangenenfrage abgenommen. Nach ihrem Tod war die RAF *draußen* und von der Verpflichtung für das Leben der Gründergeneration *befreit*, also auch frei, alles neu zu entscheiden. Auch von drinnen ins kalte Wasser der Verantwortung für den sozialen Inhalt der Revolution gestoßen. Der Machtkampf im Gefängnis war derart entschieden, dass der Staat über die Gefangenen in Stammheim *nicht mehr verfügen*, an ihnen also auch *nichts mehr abstrafen* und an ihnen auch *nicht mehr siegen* konnte. Sie haben sich mit ihrem Tod der unausweichlich kommenden Rache entzogen, der des Staates, aber auch der konkurrierender politischer Positionen. Es gibt ein Urteil gegen sie, das nie rechtskräftig geworden ist. Es gibt eine Niederlage, *die* sie nicht mehr leben mussten und in der sie das letzte Mal sich zum Subjekt erhoben. Und es gibt eine Selbstbesinnung: Vom Aufbruch bleibt nach dem Scheitern des politischen Kampfs die existenzielle Seite. Das konnte man auch mit sich selber ausmachen.

Einschub vier: Sommer 1977. Die Kommunikation zwischen Stammheim und den Illegalen wurde von mehrere Personen organisiert, Volker Speitel, meinem Bruder Hans-Joachim Dellwo und seiner damaligen Freundin Elisabeth von Dyck. Sowohl Speitel als ebenso mein Bruder waren mit dem Transport der Waffen in den 7. Stock befasst. Mein Bruder wurde vor der Schleyer-Entführung und der Kontaktsperre verhaftet. Nach seinen Angaben hat er wegen der Beziehung zu seiner in die Illegalität gewechselten Freundin, die er dort auch immer wieder getroffen hatte und der er nachfolgen wollte, während der Kontaktsperre jede Aussage verweigert und erst nach dem Tod der Stammheimer seine Aussagen gemacht. Das ist plausibel und kann wahr sein bezogen auf die Frage, wer zuerst Aussagen gemacht hatte und seit wann Dienste Bescheid darüber wussten, dass Waffen im 7. Stock sind. Speitel war in dieser Zeit in Dänemark. Anfang Oktober 1977 entschied er sich gegen den beschwörenden Rat seiner Begleiter, nach Deutschland zurückzukehren. Er wusste, dass er nach unmittelbarem Grenzübertritt verhaftet wird. Das politische Klima damals war so aufgereizt, dass Speitel mit mindestens 15 Jahren Gefängnis rechnen musste. Seine Rückkehr ist nur plausibel, wenn er, die kommende Niederlage vor Augen, einen Deal machen wollte. In diesem Deal war das Wichtigste, was er einzubringen hatte, der Tatbestand der Waffen im 7. Stock. Speitel gehörte vor mir zur ursprünglichen Stockholm-Gruppe. Nach der Stockholm-Aktion hat er sich monatelang im Ausland versteckt, um zu sehen, ob er überhaupt zurückkehren kann. Auch das bestätigt mich in der Annahme, dass er 1977 offiziell nach Deutschland einreisend nur zurückkehren konnte im Wissen, dass er verhaftet wird. Die Bundesanwaltschaft hat immer behauptet, dass Speitel erst nach dem 19. Oktober 1977, also dem Tod der Gefangenen, offizielle Aussagen gemacht hat. Formal mag das stimmen, sagt aber nichts über Gespräche mit anderen Gesprächspartnern vorher aus. Seine Gesprächsebene wäre sowieso vorher die der Nachrichtendienst gewesen. Aus einem späteren Fall wissen wir, dass der Verfassungsschutz eine kooperierende Gefangene für Tage nach Köln in eine VS-Wohnung geholt hat, um ihre Aussagen aufzunehmen und Konditionen auszuhandeln. Auch diese Aussagen tauchten nirgendwo offiziell auf.

Am Ende wird es so ausgesehen haben: Einige Leute im Staatsapparat wussten spätestens seit den Aussagen Speitels von den deponierten Waffen und den Absichten der Gefangenen, diese einzusetzen, entweder für ihre Beteiligung an der aktuell laufenden Machtfrage mit dem Staat oder für den eigenen Tod. Das mag erklären, warum die Regierung ablehnte, höherrangigen Politiker zu den Gefangenen gehen zu lassen, obwohl diese um Gesprächsebene gebeten hatten und klar war, dass ein mit den Gefangenen gefundener Konsens von den Illegalen auch akzeptiert wird. Die Gespräche unter den Gefangenen wurden mit Sicherheit von einem der Dienste mitgehört. Abhöraktionen waren schon vorher bekannt geworden. Die Gefangenen entschieden sich nach dem Bekanntwerden des Sturms auf die Lufthansa-Maschine in Mogadischu für ihren Tod. Der Selbstmord der Gefangenen geschah unter Aufsicht und Zustimmung zumindest eines Teils des

Staatsapparates. Das Warten nach den Speitel-Informationen durch diesen Teil des Staatsapparates auf entweder eine bewaffnete Aktion im Gefängnis, um diese gewaltsam niederzuschlagen oder auf den Selbstmord, artikuliert den Wunsch, dass die Gefangenen tot sein sollen. Ob Mord oder Selbstmord wird zur Diskussion, die am Umstand vorbeigehen will, dass der Tod der Gefangenen von vielen gewollt war.

Die Frage Mord oder Selbstmord ist nach dem Tod der Gefangenen von unserer Seite zur Opferfrage gemacht worden, wahrscheinlich aus unterschiedlichen Gründen, gewiß auch aus Überforderungen gegenüber der gesamten politischen Situation. Sicher aber auch deshalb, um die Diskussion über das eigene Falsche nicht aufkommen zu lassen. Niemand aus unserem Zusammenhang hat dabei so sehr wie sie auf ein Leben mit eigenen Entscheidungen bestanden. Eine Tabuisierung der Frage der Selbsttötung wird diesen Gefangenen überhaupt nicht gerecht, die damals an dem Punkt waren, dass Freiheit damit verbunden ist alles tun zu können, wozu einem die eigene Erkenntnis rät. Folge dieser Opferfrage ist, dass diese Gefangenen im nachhinein entradikalisiert werden. Von ihnen aber ging am eindeutigsten die Haltung aus, dass es keine Situation gibt, in der man die Waffen der Gegenseite nicht umdrehen und in der man nicht Subjekt sein oder werden könnte. Sie wollten 1977 mit dem bewaffneten Kampf eine politische Eskalation, die dazu führt, dass der Staat außer Tritt gerät und sich damit nicht nur für die RAF sondern für den Aufbruch der Nachkriegsgeneration eine andere Möglichkeit ergibt als jene des ansonsten unvermeidbare vollständige Scheitern.[8] Diese Eskalation sollte nach ihren Vorstellungen 1977 weiter gehen und teilweise anders verlaufen als das, was real passierte bis zur Schleyer-Entführung. Staatlicherseits wird das Abstreiten des Wissens über die Bewaffnung der Gefangenen und das Behaupten eines unerwarteten Selbstmordes zum Ausweis für eine nachträgliche Verharmlosung der eigenen Bereitschaft, gegen einen nicht-integrationswilligen Teil der Nachkriegsgeneration einen Machtkampf zu führen, in dem von der Erschießung Benno Ohnesorgs bis zum Tod von Holger Meins mehr oder weniger alles legal war. Diese Eskalation sollte nach ihren Vorstellungen 1977 weiter gehen und teilweise anders verlaufen als das, was real passierte bis zur Schleyer-Entführung. Staatlicherseits wird das Abstreiten des Wissens über die Bewaffnung der Gefangenen und das Behaupten eines unerwarteten Selbstmordes zum Ausweis für eine nachträgliche Verharmlosung der eigenen Bereitschaft, gegen einen nicht-integrationswilligen Teil der Nachkriegsgeneration einen Machtkampf zu führen, in dem von der Erschießung Benno Ohnesorgs bis zum Tod von Holger Meins mehr oder weniger alles legal war.

Gudrun Ensslin (aus meinem Gedächtnis zitiert): „Ich kann Dir nicht sagen, was Du tun sollst. Ich kann Dir nur sagen, wie ich einen Widerspruch löse“ – vor diesem Hintergrund ist der als Mord getarnte Selbstmord denen gegenüber, die nicht eingeweiht waren, auch das Ablegen der Orientierungsfunktion, die sie, also die Stammheimer, vorher auch ausfüllen wollten. Sie wollten am 18. Oktober 1977 nicht mehr zeigen, wie sie den Widerspruch, dass der bewaffnete Kampf ans Ende gekommen ist und es kein Zurück mehr geben kann, für sich lösen. Die Verantwortung, dass andere ihnen im Selbstmord folgen, ist in der Morddarstellung abgelehnt.[9] Sie wird damit aber zur Aufforderung zum Weiterkämpfen gegen die eigene Einsicht und enthält die Absage daran, dass es immer eine befreiende Lösung gibt. Eine Absage auch an uns, mit welchen emotionalen Vorzeichen auch immer. Ingrid Schubert hat sie ebensowenig hinnehmen können wie die Aufforderung zum Weiterkämpfen gegen die eigene Einsicht.



Spaltung

Die letzte Katastrophe war die „Spaltung,“ ein Irrwitz in einer Gruppe, in welcher der rasende Subjektivismus derjenigen, die mit ihrer Mitverantwortung für den „Herbst 1977“ offenkundig nur verdrängend umgehen konnten, vollends das Kommando führte. 1993 hatten wir in Celle in Absprache mit den Illegalen RAF-Mitgliedern einen Versuch unternommen, über eine Intervention politischen Druck zu mobilisieren und doch noch die Zusammenlegung der Gefangenen zu erreichen. Die Zusammenlegung war damals der Schlüssel für eine politische Lösung, die alle Gefangenen wollten. Wir hatten 1989 einen Hungerstreik ohne Eskalation geführt und denen draußen vermittelt, dass wir auch von ihnen keine Eskalation wünschen. Wir hatten soviel bei uns offen gemacht mit diesem Hungerstreik, dass es eine politische Lösung hätte geben können. Die Bundesregierung unter Helmut Kohl wollte keine. Das mussten wir Ende 1989 desillusioniert feststellen. Damit blieb uns scheinbar nur das alte Bewegungsmuster: wieder irgendwann einen Hungerstreik zu machen oder auf Anschläge von draußen zu warten, die politisch etwas aufbrechen. Für Gefangene, mich eingeschlossen, hatte Helmut Pohl im Herbst 1989 öffentlich erklärt, dass es offensichtlich keinen anderen Weg gibt, als den Preis für die andere Seite so hoch zu treiben, dass ihnen eine politische Lösung als kleinerer Verlust erscheint. Die draußen haben es so verstanden, dass es keinen Sinn mehr macht, weiter auf politische Reaktionen zu warten. Das stumpfe Aussitzen von Helmut Kohl und die damit verbundene Sackgassen Situation für uns führten zu den Anschlägen auf Herrhausen und Rohwedder. Ich habe 1993 unter uns in Celle dann den Versuch vorgeschlagen, dass eine von uns unabhängige Kraft im eigenen Namen und ohne jeden Bezug auf uns sich an Edzard Reuter wendet, damals Chef von Daimler-Benz, damit die Wirtschaft bei Kohl interveniert, doch als Ausweg eine politische Lösung zuzulassen. Gleichzeitig sollte der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Deutschland, Ignaz Bubis, angesprochen werden, damit er eine Rundreise durch alle Gefängnisse macht, sich von den Positionen der Gefangenen überzeugt und öffentlich für eine politische Lösung Stellung nimmt. So wäre jeder Gefangene als Subjekt der Gruppe angesprochen worden und in einem gemeinsamen Entscheidungsprozeß integriert gewesen. Dafür hatte ich Christian Ströbele gewonnen. Mit der RAF-Politik hatte er nichts zu tun, wusste aber ebenso, dass Nichtstun nur zu Wiederholungen führt. Ich vermag auch heute nichts Verwerfliches darin sehen, denn im schlimmsten Fall konnte diese Angelegenheit nur der erfolglose

Versuch eines Externen sein. Richtig ist, dass diese Initiative mit den anderen Gefangenen außerhalb von Celle nicht abgesprochen war. Wir hatten die illegalen unterrichtet, die völlig desillusioniert sich aus der Kommunikation mit anderen Gefangenen zurückgezogen hatten, da ihnen von dort in manchmal eitlen, teils 20-seitigen Papieren nur noch ihre angeblichen Fehler an den Kopf geworfen worden waren. Als wollte man sich von ihnen absetzen und als sei man nicht selber an dem stumpfsinnigen Militarismus in den 80er Jahren mitbeteiligt gewesen. Das Nichtabsprechen unserer Initiative in Celle kam aus der erfahrenen Tristesse unter uns, dass eine offene Diskussion nicht mehr möglich war und wir nicht zusehends in die nächsten Wiederholungen rennen wollten. Über die Empörung des Nichtabsprechens war ich etwas überrascht, weil andere oft ohne Absprache mit uns Fakten gesetzt hatten.[10] Der Gesprächsfaden war vorher schon an anderen Fragen mehr als gestört. Nachdem Ströbele seine Gespräche angefangen hatte, war er auf Wunsch von mir zu Brigitte (Mohnhaupt, Anmerkung *Sunzi Bingfa*) gefahren, um sie von seinen Gesprächen zu unterrichten. Dort ist die Information zur Farce einer internen „Machtfrage“ geworden und daraus wurde der „Bruch“ mit uns öffentlich erklärt.

Wir in Celle waren keine eigene politische Gruppe, nur weil wir dort zusammen im Gefängnis waren. Keiner wollte interne Fraktion sein, und wir waren auch alles andere als eine politische Einheit. Aber als solche sollten wir nun niedergeschlagen werden. Noch heute empfinde ich das als einzige Niedertracht. Wir haben alles zusammenkratzen müssen, um das zu überleben. Ohne die Unterstützung von ein paar FreundInnen, die uns besucht und geschrieben haben, wäre das vielleicht auch anders ausgegangen. Ich glaube, es hat sich jeder von uns überlegt, ob er das noch durchstehen will. Aus der Gruppe der RAF-Gefangenen hat keiner zu uns gehalten. Selbst die Gefährtin von damals hat die öffentliche Denunziation mit dem Versuch, uns in die Ecke des Verrats zu drängen, unterschrieben. Ich war, wie sicher jede/r andere/r auch, während der Haft immer wieder auch in einem tiefen Loch, darin auch depressiv und ohne Hoffnung für mich. Ich hatte für mich immer als Hintertür, dass ich mir dann, wenn gar nichts mehr geht, das Leben nehme, das gab mir eine Sicherheit (auch deswegen fand ich die Tabuisierung, dass die Stammheimer ähnliches gedacht haben, verrückt und jenseits von jeder eigenen Realität). Nie habe ich in dieser Zeit auch nur einmal ernsthaft daran gedacht, mich individuell zu retten. Den beiden anderen in Celle ging es ähnlich. Nun wiederholten Andere gegen uns als Farce den krankmachenden Zustand der Säuberungsprozesse der 30er Jahre in der Sowjetunion. Im Freund-Feind-Verhältnis liegen die Emotionen klar getrennt nebeneinander. In der Unterordnung unter die „Gruppe“ bzw. das „Kollektiv“, was immer es noch ausmachte, den „Dienst an der Sache“, was immer diese Sache auch beinhaltet (und keiner von ihnen hatte sie formulieren können), zählt das Individuum nichts. Die, die 1977 nicht reflektieren wollten, haben noch einmal, diesmal nur noch als Negation, ein Gruppenerlebnis inszeniert. Der gescheiterte politische Machtkampf war vollends nach innen gedreht in einem reaktionären Regelkreis, mit Wiederholungscharakter aus Stammheim: Selbstzerstörung mit nach außen abgeschobener Schuld.

In de Jahren später war ich nicht sicher, ob ich entlassen werde. Der Gerichtsgutachter, zu dem ich formal höflich aber bestimmt den Kontakt abgelehnt hatte, hatte sich ausdrücklich in seinem Gutachten gegen meine Entlassung ausgesprochen. Als mich dann Wochen danach morgens gegen 9:15 Uhr meine Anwältin anrief und mitteilte, dass der Entlassungsbeschluss gerade eintickerte, war ich genauso gut auf das Gegenteil eingestellt. Egal, welche Entscheidung kam, man hatte sie sich eh erst einmal fernhalten müssen. Fernhalten ist eine Verarbeitungstechnik.

Ich hatte am gleichen Vormittag noch einen Besuch. Ich hatte mich entschieden, erst den Besuch zu machen. Am Ende sagte ich meiner Besucherin, dass, wenn sie Zeit habe, mich nachher noch abholen könne. Damals hatte ich das Gefühl, gewonnen zu haben. Das bezog sich auf das Gefängnis, die jahrelange Isolation und das Überleben nach der Spaltung. Ich fand mich, trotz dem Bemühen von Freunden, meistens aber sehr alleine. Der Knast hatte uns seit Jahren nichts mehr anhaben können. Die entscheidenden Kämpfe waren die Jahre vorher geführt worden. Irgendwann wussten die, die uns klein machen wollten: Es macht ihnen nur Mühe, aber erzwingen werden sie auch nichts mehr. Je mehr die Zeit verstrich, umso sicherer waren wir, war ich, dass wir das

Schlimmste hinter uns hatten. Im Überlebenskampf im Gefängnis hatten wir uns in der Konfrontation durchgesetzt. Auf der anderen Seite war die Niederlage offenkundig. Wir hatten mit unserem Kampf keine emanzipatorische Bewegung in der Gesellschaft in Gang gesetzt. Das konnte man, wie ich fand, noch am ehesten verkraften. Ich ohnehin. Hanna (Krabbe, *Anmerkung Sunzi Bingfa*) hatte mir 1977 gesagt, dass (mir) „die Gewissheit des Sieges fehlt“. Das war wohl wahr. Ich wusste schon früher, dass schon einige größere und bedeutsamere Gruppen vor uns in der Geschichte verloren hatten und die Niederlage das Wahrscheinlichere ist. Unendlich und wirklich schmerzhaft schien mir die Niederlage darin, dass die RAF sich selbst zerstört hat. Denn die in der Spaltung offen gewordene Selbstzerstörung der RAF war gleichbedeutend in unserem Zusammenhang mit der Selbstzerstörung des anderen, des gegengesellschaftlichen Ortes, von dem wir dachten, etwas erkämpft zu haben und darüber legitimiert zu sein. Das war das, was mich am Kampf und an der RAF interessiert hatte: Eine andere Lebensgrundlage für mich und für die Menschheit. Danach gab es kein „außen“ mehr, denn der Einzelne oder das Gruppenfragment bildet kein „außen“ zur Gesellschaft mehr. Er ist im Leben und in der Gesellschaft alleine immer nur entwurzelt. Ich war aufgewachsen in einer entwurzelten Familie. Am Ende stand ich wieder entwurzelt da.

Reden untereinander über all das findet bis heute nicht. Nur Schweigen. Hin und wieder trifft man auf das Gemunkel aus zusammengekniffenen Lippen, dass „das wohl so nicht richtig war“. Ich hatte von der „Balint-Gruppe“, wie wir sie fortan nach dem Ort des ersten Treffens nannten, erhofft, dass hier eine Sprache zwischen uns gefunden wird, mit der wir zu Subjekten werden, die sich gegenüber treten können. Niemand war mir so nahe wie andere aus unserer Gruppe. Ich hatte Mühe zu verstehen und zu akzeptieren, dass die anderen das einfach so stehen lassen können. Es gibt nur wenige Menschen, die vergleichbare Erfahrungen haben wie wir und deshalb gibt es für uns in vielen Bereichen untereinander keinen Ersatz. Aber meine Hoffnung war vergebens. Abstrus, dass die Beziehungen in der völligen Entfremdung enden. Entweder Kollektiv ohne Selbstschutz oder Fremdheit zum anderen.

Balint

Sechs Jahre Treffen, oft mit langen Abständen, sind auch sechs Jahre Nicht-Treffen mit denen, die sich dem entzogen haben. Ich hatte oft das Gefühl, wir sind nicht komplett, wir reden in einem Saal, aus dessen anderer Hälfte unbesetzte Stühle uns angähnen. Die, die blieben, haben über sich und zu anderen geredet, manchmal so hart und schonungslos und voller Wut und Enttäuschung über andere, dass uns bald die Erkenntnis kam, dass wir nicht alleine mit uns sein können, dass wir Externe brauchen, die vermitteln, gerade rücken, die Sicht auf eine andere Ebene heben; aber: wir haben geredet – und doch, es ist wie beim Einarmigen oder Einbeinigen: die verlorene Extremität taucht im Phantomschmerz immer wieder auf. Es bleibt eine Grenze und es bleibt eine Kränkung. Die verweigerte Diskussion in unserem ganzen Zusammenhang erscheint als Rache, aber auch als Selbsthass. Der verlorene Kampf muß durch die Selbstbestrafung komplettiert werden, dass es heute nichts geben kann was wie früher wäre. Die RAF war da Avantgarde und als solche schrittsetzend. Nach der Niederlage soll keiner den Versuch machen, als könne man mit weniger leben. Das ist die begriffslose, in der Vergangenheit angesiedelte Moral. Das begründet das Schweigen. Die RAF muß im heutigen Leben abwesend sein. Es gibt sie nur noch als Vergangenheit und diese Vergangenheit wird repräsentiert. Sie verfügt aber über keine heutige Sprache mehr. Da, wo früher Suchen und Selbsterforschung bis zum Exzess war, nach außen gekehrt und sichtbar gemacht, ist heute die Gegenreaktion die Lösung: Ein verstecktes Leben mit zusammengebissenen Zähnen oder vom konkreten Leben abgelöste Attitüde, welche nichts an sich ranlassen will und sich von der Hoffnung speist, dass irgendwann eine Lösung erscheint, eine Reife der Zeit auftritt, die alles auflöst und dem Aufbruch und dem Kampf im Generellen Recht gibt, der subjektiven Absicht zu einer Begrifflichkeit verhilft, die die heutige Entfremdung behebt und gegen alle unsere Fehler darauf hinweist, dass wir von der Zukunft etwas in der Hand hatten und der Kampf deswegen

gerechtfertigt ist. Insoweit ist das Schweigen über die Vergangenheit Ausdruck der Verweigerung, die Niederlage zur Kenntnis nehmen zu müssen

Aufgebrochen gegen eine Generation, die über ihre Vergangenheit nur schweigen konnte, weil die Last so groß war, dass Verdrängung und konstruierte Begriffslosigkeit Lösung simulieren konnte, sind wir selber heute Teil eines Zusammenhangs, der als solcher sprachlos ist. 100 Jahre Kampf um Zusammenlegung im Gefängnis, weil das angeblich erst die Voraussetzung für kollektive Verantwortung und Diskussion schafft, herrscht unter den 99 Prozent entlassener RAF-Mitglieder eisiges Schweigen nach außen. Auch fast 30 Jahre nach der Stockholm-Aktion haben die Überlebenden nicht ein einziges Mal zusammen unter sich und über sich darüber gesprochen. Als würde mit dem Ansprechen sich die eigene Welt auflösen. Als wären wir endlos in diesem Käfig einer Zwischenzeit gefangen, in der wir etwas anderes gesehen, aber nichts anderes gesetzt haben.

Die Gruppe danach war also eine andere Gruppe. Wir haben in erheblichen Dramen viel untereinander geklärt. Nicht alles und manchmal auch nur, dass man den anderen/die andere ziehen lässt. Manche waren nur ein oder zwei Jahre dabei. Andere sind neu dazu gekommen und geblieben. Alle, die nach dem Ausscheiden der Anderen schon von Anfang an dabei waren, sind es auch bis zum Ende geblieben. Aus meiner Sicht war ich eigentlich immer dabei. Während eines Termins war ich in Italien, für ein paar Monate, endlich weg aus diesem Land und wieder in einer Situation, wo ich weit von draußen schauen konnte und wieder meinen eigenen Zeitrhythmus fand. Die Gruppe hat mich aber in Form eines Anrufes von Volker Friedrich erreicht mit seiner Anforderung, dass ich dann anders zugegen sein müsse. Ich hatte mich darauf hin ans Meer gesetzt und meinen Blick auf uns als Gruppe und auf Einzelne von uns niedergeschrieben, auch zur Freiheit meiner Abwesenheit. Es scheint auch angenommen worden zu sein, wie mir danach gesagt wurde. Ansonsten war ich drei Mal nur am ersten Tag da, da am anderen Tag jeweils ein Termin lag, den ich nicht aufgeben wollte. Ich muß vielleicht aber auch in jeder Gruppe deutlich machen, dass ich immer wieder auch draußen stehen will oder muß. Das kann die andere Seite dessen sein, dass ich auch viel einzubringen bereit bin.

Ich glaube nicht, dass die Einzelnen sich geändert haben, außer dass jeder mehr zu sich gefunden hat. Ich glaube auch, dass das Verhältnis zwischen denen, die in einer bewaffneten Gruppe waren und denen, die es nicht waren, gespalten bleibt. Zumindest drängt sich aus meiner Erfahrung dieser Schluß auf. Aber mir scheint, dass jeder die Sicht auf den anderen geändert hat und nach dem Aussprechen dessen, was in ihm/ihr rumorte, gelassener mit sich und den anderen werden konnte. Wir haben so gut wie gar nicht über uns als Opfer des Staates, des Systems und was auch sonst immer gesprochen. Das tauchte manchmal auf, hat aber nicht die Sitzungen bestimmt. Es ging dabei dann meistens um das Verhältnis, das wir in dieser Situation unter uns hatten. Wir haben also viel über die Verhältnisse untereinander, die Erwartungen und Enttäuschungen gesprochen. Ohne die uns begleitenden Therapeuten, die manchmal auch ganz schön ins Schwimmen kamen, hätte es diese Gruppe, diese Auseinandersetzung, ihr Fortbestehen durch Öffnen anderer Sichtweisen und Setzen anderer Prioritäten nicht gegeben. Allerdings: von ca. acht bis zehn Therapeuten sind zwei übrig geblieben. Die anderen blieben auf der Strecke. Bei einigen war ich über ihr Fernbleiben erleichtert. Bei einer, weil sie in einer völligen Überidentifikation mit den Gefangenen sich so distanzlos auf unsere als einheitlich gewünschten Seite schlug, dass Widerspiegelung überhaupt nicht möglich war. Bei anderen wegen dauerhaften Schweigen oder rustikaler bis einfach nur platter Vorgehensweisen. Einen anderen habe ich noch lange Zeit vermisst, da er aus seiner eigenen Biografie Erfahrungen mit dem Scheitern eines neuen kollektiven Lebensversuches mit in die Gruppe brachte. Die beiden Gebliebenen zusammen waren für diese Gruppe unerlässlich, auch darin, was ihre Geschlechterrolle betraf. Ich erinnere einen Termin, wo einer der Therapeuten alleine mit uns war und die Gruppendynamik fast entglitt, insofern, als eine Frau, die aus dem Unterstützungsbereich des bewaffneten Kampfes kam, aus der für jeden bis dahin aufgebauten

Sicherheit in der Gruppe herausgefallen ist. Danach hatte ich die andere Therapeutin angerufen um darauf zu drängen, dass beide immer anwesend sind. Ich hatte die Befürchtung, dass Einzelne wegbleiben werden und dass der Zweck der externen Begleitung, andere Blicke untereinander und auf die Geschichte aufzumachen, auch: *erträglich zu machen*, nur mit beiden Therapeuten garantiert ist.

Es sind ca. sieben Jahre Treffen – ich möchte sie nicht missen. Bei einem der letzten Treffen hatte ich desillusioniert das Résumé gezogen, dass sich in manchem nur oberflächlich etwas ändert und eine grundsätzliche Sicherheit in den Verhältnissen untereinander fraglich bleibt. Es betraf ein Gruppenmitglied aus dem Umfeld, das sich nach der Spaltung der RAF wie manche andere, die dachten sich positionieren zu müssen, mit zur Schau getragener Ablehnung und Abfälligkeit gegen „uns“, also die als Einheitsperson projizierten „Celler Gefangenen“ gestellt hatte, womit am Ende vor allem immer ich mit gemeint war. Unser Verhältnis in der Gruppe war zuerst so, dass man froh war, nicht irgendwo alleine zusammen stehen zu müssen, da dann die gegenseitige Abstoßung offenkundig wurde und allenfalls bemühter Smalltalk möglich war. In der Gruppe hatten wir dann nach Jahren vorsichtig so etwas wie Vertrautheit und gegenseitige Sympathie entwickeln können. Ich jedenfalls hatte angefangen, mich auf sie einzulassen. Dann traf sie einen gerade entlassenen Gefangenen aus der anderen Fraktion und war danach von einem vehementen Abgrenzungsbedürfnis bestimmt, als hätte sie sich in unserer Gruppe auf einen unklaren Weg führen lassen, von dem sie sich nun retten müsse. Für mich war das eine tiefgehende desillusionierende Sitzung, da ich doch noch die Hoffnung nach Rekonstruktion einer verlorenen Intensität in mir herum schleppe, die eines zur Gewissheit hat: Nicht verraten zu werden. Deren Zerstörung bleibt deprimierend. Denn der Wunsch nach Kollektivität und besitzloser und solidarischer Vertrautheit war tief in uns verankert. Was sich heute ändert, ist der Umgang diesem Verlust. Vor allem hatte die Gruppe ihren Anteil daran, dass ich meinen alten Zusammenhang, auch was die emotionalen Beziehungen betrifft, in die Geschichte gehen lassen kann und meine Rolle annehme, immer wieder auch alleine zu stehen. Das ist viel. Zweifellos war und ist für mein heutiges Gleichgewicht auch von großer Bedeutung, dass ich mich meistens den Diskussionen über unsere Geschichte, auch den Konfrontationen stelle, die an mich herangetragen werden. Auseinandersetzungen führen weiter.

Haftbedingungen

Beim Lesen dieses Textes frage ich mich, ob es richtig war, dass wir kaum über die Haftbedingungen gesprochen haben. Von meinem Interesse her war es eindeutig richtig. Ich hatte von der „anderen Seite“, dem Staat, den wir auch monolithisch gesetzt hatten, alles erwartet. Ich wusste nicht, ob ich es überstehe, aber es hat mich nicht überrascht oder moralisch empört. Wir waren in einer klaren Feindschaft. Ich glaube, für das Überleben in Extremsituation ist wichtig, nicht von dem überwältigt zu sein, was kommen kann. Ich wollte in der von Externen begleiteten Ex-Gefangengruppe unsere internen Konflikte besprechen und kollektiv das finden, was trotz Niederlage und Fehler wenigstens unseren Gründen und Absichten gerecht wird. Keiner von uns hat diesen Kampf aus reaktionären oder individuell-bereicherungssüchtigen Gründen geführt. Andererseits ärgert es mich heute immer mehr, wenn ich sehe, wie hemmungslos im öffentlichen Bild über die stille und offene Gewalt, über Schikane, Sadismus und konzeptionelle Zerstörungsstrategie, auch über eine an politischen Zwecken ausgerichtete Justiz gegen uns herum gelogen wird. Im Nachhinein wird alles von der eigenen Feindschaft, dem Hass und dem Vernichtungswillen, vielleicht auch von der Angst und Hysterie entkleidet und besonders die Haft zum „Hotelvöllzug“ und zu einer mit maßlosen Privilegien gemacht. Das Entschuldungsbedürfnis auf Seiten der staatlich Verantwortlichen scheint phänomenal zu sein. Aber auch das von anderen. In der taz z.B. wurde das Buch des ideellen Gesamtgefängniswärters Kurt Österle, gegen dessen belegfreie und aus genehmen Ausschnitten aus der Geschichte der Isolationshaft konstruierte Darstellungen andere inzwischen sich erfolgreich juristisch zur Wehr gesetzt haben, mit der

Vorbemerkung ausgeführt, dass „*endlich mit der Lüge der Isolationshaft*“ aufgeräumt werde.

Bei dem Gedanken, die Haft anzusprechen, weiß ich gar nicht, was ich auswählen soll. Es würde leicht ein ganzes Buch füllen. Trennen müsste man nach Zeit und Methode. Nach Zeit meint z.B.: Vor einem Gerichtsverfahren und nach einem Prozeß, also vor und nach dem Moment von Öffentlichkeit. Nach Zeit meint auch: Vor Herbst 1977 und nach Herbst 1977. Ich war damals, nach Herbst 1977, der festen Überzeugung, dass den Gefängnis Administrationen von der politischen Ebene her, also von den Landesjustizministern, signalisiert worden war, dass sie eine Zeit lang uns gegenüber fast freie Hand haben. Draußen wurden in dieser Zeit polizeilich gestellte RAF-Mitglieder gleich erschossen, drinnen konnten „Herr-und-Hund-Konzeptionen“ sich erst einmal richtig austoben. In Köln-Ossendorf haben sich Schikane und offene Gewalt fast täglich die Hand gegeben. Fast ein Jahr lang wurde dort z.B. neben allem anderen mit Schlafentzug gearbeitet, d.h. ständiges, oft halbstündiges Wecken durch Einschaltung greller Beleuchtung und an die Türe hämmern bis man aufschreckt unter dem Vorwand, dass nachgesehen werden müsse, ob wir noch leben würden. Nacht für Nacht und Monat für Monat. Lagen dann irgendwann die Nerven blank und wurde von mir die Beleuchtung einfach von der Wand abgeschlagen, endete das wieder damit, dass ich unter Schlägen und Tritten in die unterirdische kalte Bunkerzelle geschleppt und auf das dortige Holzbrett gefesselt wurde. Diese Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen.

Trennen nach Methode meint: Die Zeit vor und nach dem Neubau der Hochsicherheitstrakte. Isoliert im Gefängnis war ich von Anfang an. Aber der Hochsicherheitstrakt war etwas neues. Ich war 1978 von Köln-Ossendorf nach dem wohl auch physisch gewalttätigsten Jahr meiner Haft, nach sechs langen Hungerstreiks in anderthalb Jahren und emotional und körperlich völlig ausgezehrt nach Celle gebracht worden in den neuen Hochsicherheitstrakt und dort in eine sozial vollständig leeren Situation gesetzt worden. Ich war in einer Zelle mit Fenstern aus zentimeterdicken Panzerglasscheiben, die fest verschlossen waren und nicht mehr geöffnet wurden. Davor stand ein Bretterzaun, um die Sicht nach außen zu verhindern. Geräusche kamen in diese Zelle nicht mehr rein. Im Innern standen weiße Schleiflack Möbel (Tisch und Schrank), der Heizkörper war weiß, Waschbecken und Toilette waren aus Nirosta-Stahl, die Wände waren pastellgelb, die Decke weiß, die Türen grau. Drei grelle, für mich nicht zu betätigende weiße Neonleuchten brannten von morgens bis abends. Später wurde bekannt, dass die Stahlbetten von unten mit einer millimeterdicken Schallschluckfarbe bestrichen waren. Der Einzelhofgang fand in einem kleinen Trakthof statt, in dem man wenige Schritte zur Seite und Quer gehen konnte. Über den Hof war ein Tarnnetz der Bundeswehr gezogen. Als ich nach Ankunft meinen bisherigen Besuchern meine neue Adresse mitteilte, wurde gegen jeden von ihnen ein dauerhaftes Besuchsverbot verhängt. Ich bin, außer meinem Anwaltskontakt, vollständig alleine gewesen.



Der Zustand der weitgehenden Geräuschisolation hat zweieinhalb Jahre gedauert, bis er mit einem 72-tägigen Hungerstreik, der mit sehr harten Zwangsernährungen zum Abbruch gebracht werden sollte, durchbrochen wurde. In dieser Zeit hatte ich u.a. meine Sprache verloren und fand beim stattfindenden monatlichen Besuch hinter Trennscheibe die Worte nicht mehr. In der Stille stand manchmal das Gefühl des Erstickens vor einem und man musste eine große Selbst Kondition entwickeln, um von solchen Gefühlen nicht überrannt zu werden. Ich war einmal mehrere Tage nicht in der Lage, den Sauerstoff tief einzuzatmen. Ich weiß bis heute nicht, was das war. Ich hatte tagelang dann nichts anderes gemacht, als mich auf das Atmen zu konzentrieren. Niemand stellt eine solch perfekte Situation der Sinneszerstörung ohne eine damit verbundene Absicht her. Vom Anstaltsleiter, der, wie später bekannt wurde, kurz vorher das „Celler Loch“, also den fingierten Anschlag des BGS auf die Außenmauer in Celle mit diversen öffentlichen Lügen gedeckt hatte, war ich mit den Worten begrüßt worden: „*Hier werden Sie nicht mehr rauskommen*“. Er hatte dabei, wahrscheinlich um auf die hoheitliche Würde dieser seiner Aufgabe hinzuweisen, einen Schlips mit Deutschlandflagge umgebunden. Der BGS-Anschlag auf die Außenmauer der JVA-Celle war dann die Begründung, um die Haftbedingungen von Sigurd Debus zu verschärfen, der drei Jahre später während eines erneuten kollektiven Hungerstreiks gegen diese Haftbedingungen an den Folgen der gewaltsamen Zwangsernährung starb.

Was ich anführe, wirft ein Blitzlicht und gibt nur ein unzureichendes Bild. Es betrifft nichts, was eine Besonderheit bei mir gewesen wäre, sondern es wirft nur ein Licht auf den jahrelangen Alltag für alle. Ich möchte das hier auch nicht ausführlicher darstellen; es war nicht das entscheidende in unserer Gruppe. Ich habe es durchgestanden. Andere nicht, das darf man auch nicht vergessen. Daß ich es konnte, hat mir während der Haft geholfen, nie grundsätzlich zu verzweifeln. Ich füge es zum Schluß an, um einen Bogen herzustellen zum Beginn der „Balint-Gruppe“ und der Rede von Volker Friedrich über die verdrängte Isolationshaft, die auch dann für niemand anders wird, wenn sie medial nachträglich schöngeredet oder gleich geleugnet wird.

Zum Schluß

Nach Marx ist die Revolution, der Bruch mit der bisherigen Geschichte, notwendig, damit sich die Subjekte in der alten Gesellschaft von den bisherigen Verinnerlichungen befreien können. Dazu muß sie allgemein sein. Das wussten wir. Wir waren – dabei mehr Franz Fanon und Sartre nah – aber auch davon ausgegangen, dass der Einzelne sich kämpfend aus dem aktuellen historischen Zustand, den die bestehende Gesellschaft darstellt, befreien und grundsätzlich verändern kann. Macht und Zwang ist etwas, was individuell abgeworfen und Befreiung etwas, was im Machtkampf mit der Herrschaftsstruktur der alten Verhältnisse verallgemeinert werden kann. Die RAF ging davon aus, dass der Prozess in Gang zu setzen ist, aus dem der Minderheitenwille nach Befreiung gesellschaftlich allgemein werden kann. Der Tod in Stammheim kam aus der Erkenntnis, dass es nicht reicht, dass unsere Anstrengung unzureichend, vielleicht im Meisten auch falsch war, die Reife der Zeit fehlt und was immer auch sonst noch. Er gesteht das Scheitern ein und lehnt trotzdem im Tritt gegen die Macht, die das Mordszenario bedeutet, die Unterwerfung und jede Rückkehr ab. Der Tod in Stammheim bekräftigt aber auch, dass selbst die Niederlage im Befreiungsversuch nicht dazu führen darf, sich preiszugeben, also sich kaufen zu lassen. Das bleibt eine Besonderheit der RAF: Sie war in ihrer ganzen Geschichte nie bereit, vom Grundsätzlichen abzugehen, also käuflich zu werden. Das legte das Verhältnis „Sieg oder Tod“ nah, das noch lange nachwirkte. Das Ahistorisch-Werden dieses Verhältnisses anhand des unzureichend gewordenen Inhaltes ist formal erst 1998 mit der Selbstauflösung, längst verspätet, eingestanden worden. Eine Rückkehr in alte Zustände war von den meisten Akteuren nie eingeplant.

Mit der RAF haben wir die fehlende Reife der Zeit nicht sehen wollen, weil uns aus den Aufbruchserfahrungen der Nachkriegsrevolte kollektive oder individuelle Befreiung zu verlockend

und das Leben in der Gesellschaft zu unerträglich war. Es gibt also ein Bewusstsein, das gegen die Wand rennen muß und deswegen als unglücklich zu bezeichnen ist. Unschuldig ist es deswegen nicht. Es ist aber auch nicht einfach als nur verwerflich zu bezeichnen, wie der Versuch der Revolte oder Revolution nie verwerflich sein kann. Sie spricht an, dass etwas überkommen ist. So auch die RAF, egal ob zu früh und oft falsch. Die Behauptung, dass es den Bruch nicht geben kann, halte ich für den Sprung in eine rechte Lebensbestimmung, der ich mich verweigern will. Das polternde Echauffieren Ex-68er und Nach-68er über die Verwerflichkeit der systemoppositionellen Linken will überspielen, dass das bürgerliche System im Grundsatz als etwas gesetzt wird, was nicht in Frage gestellt werden kann. Eine solche Zukunft wäre ohne jede Hoffnung.

Die RAF war 1977 gescheitert. Unterwerfung war das einzige, was uns von staatlicher Seite als Bewegungsrahmen offen gelassen werden sollte aus dessen Erkenntnis, dass nichts von der RAF integrierbar ist. Man kann das auch als negative Anerkennung dafür sehen, dass mit der RAF vom Ansatz her eine Fundamentalopposition auftrat. Sinn der Haft war, dass wir alle nach und nach auf Stein beißen und als Subjekte erstarrend verhungern. „*Weiß werden.*“^[11] Nie wieder sollten wir zusammen kommen. Heute, scheint es, verbieten es sich viele selber. Und doch: Ich finde, dass alle Gefangenen, die gegen die Niederlage der RAF oder die ihrer eigenen Gruppe die Unterwerfung für sich trotzend abgelehnt haben, richtig handelten und handeln. Das wiederum vereint uns.

Unser Aufbruch war richtig. Es war ein Versuch, „das Kontinuum des Bestehenden“ aufzusprengen.^[12]

Fußnoten

[1] Für J. Ph. Reemtsma, der sich als nachholender Kritiker in Rage redet, existieren diese Zusammenhänge nicht oder sind für die Analyse unbedeutend. Die Kulmination des Generationsbruchs in der Nachkriegszeit im bewaffneten Kampf anhand der aus der Vergangenheit und Gegenwart nahe liegenden Frage von „Sozialismus oder Barbarei“, wird bei ihm zum Ausdruck eines unpolitischen Machtrausches letztlich kranker Individuen bzw. „stammelnder Idioten“ mit nihilistischer Subjektgrundlage. Mir scheint allerdings, dass über die Geste der verächtlichen Negation der RAF eines als Selbstverständlichkeit transportiert werden soll: Dass es außerhalb des bürgerlichen Rahmens keine Lebensgrundlage geben kann, auf der sich die Menschheit entwickeln könnte. So landet man bei der FDP.

[2] Ich war 1973 als Hausbesetzer für ein Jahr ins Gefängnis gesteckt worden. Im Prozess bin ich aufgrund einer klar belegbaren Falschaussage eines Polizisten zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, welches ich als U-Gefangener bis auf drei oder fünf Tage vollständig abgesessen hatte. Während dieser Haft war ich über elf Monate in Total Isolation. Meine Weigerung, mich der Gefängnislogik unterzuordnen, führte zu vielen „Rollkommandos“, die mich mit brachialer Gewalt von hier nach dort im Gefängnis schlepten. Ich habe meine Haft durchgestanden, tatsächlich auf Biegen und Brechen. 1975 entschied der BGH auf Revision der Staatsanwaltschaft, dass die Hausbesetzer auch noch wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung verurteilt werden müssten. Wichtig zu erwähnen ist mir, dass in der Zeit meiner Hausbesetzerhaft, 1973, Salvador Allende ermordet wurde, was von vielen Trägern aus der politischen Klasse gutgeheissen worden war. Die politische und ökonomische Klasse machte immer deutlich, wie weit sie gehen würde.

[3] Hölz, Max (1969): Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne. Frankfurt/M. (Verlag neue Kritik), Paperback.

[4] Ich hatte sowohl 1981 als auch 1985 zu denen gehört, die damals den Hungerstreik nicht abbrechen wollten. 1981 war Sigurd Debus an den Folgen der Zwangsernährung gestorben. Es hatte sich hier einfach verboten mit dem Hungerstreik aufzuhören, nur weil der Staat zum politischen Abwickeln dieses Todes ein paar vage Zugeständnisse machte. 1985 wurde in der internen Diskussion der Hungerstreikverlauf so festgelegt, dass es keinen Abbruch geben darf, egal wie

bedrohlich die Situation für Einzelne ist. Wir hatten das in Celle akzeptiert und hatten beinahe zwei Tote in unserer vierköpfigen Gruppe. Abgebrochen wurde dann, nachdem woanders die Situation ähnlich eskalierte. Von heute aus gesehen bin ich über die Inkonsequenz froh und es ist anderen zu verdanken, dass es nicht noch mehr Tote gab. Für mich war es damals aber ein zentrales Problem: Wenn man verantwortlich ist für einen Kampf, in dem es Tote gibt, selbst aber nicht jede Konsequenz für sich akzeptiert, ist oder wird der Kampf korrupt. In unserer Vorstellung vom revolutionären Kampf, wie in der von wohl fast allen revolutionären Gruppen in der Welt, war das Leben nicht das höchste Gut des Revolutionärs.

[5] Man könnte hier jetzt noch Wackernagel und Schneider anführen. Ich muss aber einen Unterschied machen. Siegfried Haag hat einfach einen Schnitt gemacht. Begründen oder intern diskutieren wollte er ihn nicht. Später hat er, aus taktischen Gründen, zur Beschleunigung seiner Freilassung eine öffentliche Distanzierung gebracht. Wackernagel und Schneider waren außerstande, für sich zu erklären, dass die RAF und deren bewaffnetes Verhältnis zum System nicht mehr zu ihnen passt. Sie haben in endlosen Erklärungen den Marxismus und eine oft nur noch überschülerhafte Ethik-Diskussion bemüht, um zu einer Absage an die RAF zu kommen. Andreas Baader hatte dazu einmal den Satz formuliert, dass niemand geht, ohne den Versuch, die Moral mitzunehmen. Haag hat hier erst einmal anders gehandelt, aus meiner Sicht jedoch aus anderen Gründen damals unentschuldigbar.

[6] Nach der Entführung des Flugzeuges nach Entebbe durch den Internationalen Flügel der RZ, schrieb Gudrun Ensslin, dass sich die Stammheimer Gefangenen beinahe öffentlich distanziert hätten. Ich habe zu denen gehört, die das mit unendlicher Erleichterung aufgenommen hatten.

[7] Machtfrage in diesem Sinn, die also die Aufhebung der Entfremdung als Bestandteil der Politik beinhalten musste, musste auch die Befreiung der Gefangenen beinhalten. Deswegen war die Schmähung von Fritz Teufel über die „Befreit-die Guerilla-Guerilla“ nur Ausdruck des Nichtbegreifens dessen, was für die RAF befreiende Politik war. Die Frage der Auseinandersetzung mit der Entfremdung ging meiner Meinung nach völlig an der Bewegung 2. Juni vorbei. Sie war eine linksradikale Politikgruppe, die sich an den Bewusstseinszuständen ihrer Basis und im Machtkampf an den Lücken im System orientierte, populär-radikal, aber eben auch gefällig sein wollte. Sie musste mit ihrer Szene zerfallen. Möglicherweise war sie auf Basis ihres Konzeptes erfolgreicher als die RAF auf ihrem. Aber mehr als einen diffusen, von Anekdoten gespeisten klassenkämpferischen Mythos des „wir unten“ und „ihr oben“ scheint sie nicht zu hinterlassen.

[8] Die Tatsache, dass – Welch großer Anteil auch immer – Alt-Linke aus der linksradikal bestimmten 68er-Bewegung nach 1977 zum Bestandteil der herrschenden Elite wurden, also individuell und gruppenmäßig eine Alternative zur Revolution fanden, sollte man im Nachhinein nicht so deuten, dass sie Anfangs der 70er Jahre nicht auch eine Niederlage des Staates wollten und dass der Sieg des Staates nicht seine Wunden und Deformationen hinterließ.

[9] Weshalb Wolfgang Ports Versuch Ende der 70er Jahre, ein Verbindungslinie von den Toten in Stammheim zu Jim Jones und dem Massenselbstmord von People's Temple zu ziehen, leider nur im Demagogischen hängen bleibt.

[10] Nach dem Tod der Stammheimer konnte eigentlich niemand mehr akzeptieren, dass andere in einer ähnlichen Rolle zur Gruppen stehen wie sie damals. Nach ihrem Tod hätten wir den Inhalt von Kollektivität, überhaupt die Frage unserer inneren Struktur, neu entwickeln müssen.

[11] Eine Begrifflichkeit über das Ziel der Isolation von Christian Geissler

[12] Vgl. Benjamin, Walter (1965): Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze, hier: Geschichtsphilosophische Thesen, 15. U. 16. These, S. 90ff., Frankfurt/M. (Edition Suhrkamp), 1. Aufl.

Von der „Mitterand-Doktrin“ zum „Neuen Europa“

*Am Mittwoch vergangener Woche wurden in Frankreich sieben italienische Genoss*innen festgenommen, die in den 70iger in den antagonistischen Gruppen in Italien aktiv waren und seit längerem in Frankreich leben. Sie alle wurden in Italien in Abwesenheit zu hohen Haftstrafen verurteilt, vier von ihnen zu lebenslänglich. Es handelt sich um Giovanni Alimonti, 65 Jahre alt, Enzo Calvitti, 66 Jahre alt, Roberta Cappelli, 65 Jahre alt, Marina Petrella, 66 Jahre alt, Giorgio Pietrostefani, 77 Jahre alt, Sergio Tornaghi, 63 Jahre alt und Narciso Manenti, 63 Jahre alt. Fünf von ihnen wird die Mitgliedschaft in den Roten Brigaden vorgeworfen, einer soll bei Lotta Continua gekämpft haben, einer den Nuclei Armati Contropotere Territoriale angehört haben. Sie leben wie viel hundert andere ehemalige italienische Militante in Frankreich im Exil. Während der heftigen Repression Ende der 70iger in Italien, die tausende von Genoss*innen in den Knast brachte, waren tausende rechtzeitig aus Italien geflohen. Viele wurden in Frankreich ganz offiziell geduldet, der sogenannten „Mitterand Doktrin“ folgend, gegen die auch Italien keinen öffentlichen Einspruch erhob. Aus naheliegenden Gründen, auf die auch der folgende Artikel eingeht.*

Die jüngsten Festnahmen erfolgten in enger Abstimmung zwischen italienischen und französischen Justizministerium, Macron selber hat die Festsetzung dann angeordnet. In Frankreich gibt es erste Solidaritätserklärungen, so wurde in der [Liberation eine Erklärung von prominenten Linken](#) veröffentlicht. Die Sieben wurden am Donnerstag gegen Auflagen auf „freien Fuß“ gesetzt. Eine Einordnung der repressiven Aktion erfolgte von Dante Barontini in 'Contrapiano', sie erschien auch auf französisch in [acta zone](#), wir haben aus der französischsprachigen Version übersetzt. Sunzi Bingfa



Während die ehemaligen italienischen revolutionären Aktivisten, die diese Woche in Frankreich verhaftet wurden, bis zur Prüfung ihres Auslieferungsantrags unter richterlicher Aufsicht freigelassen wurden, ist es wichtig, die politischen Beweggründe der Razzia zu ergründen, die von

Macron unter Ermutigung der italienischen politischen Klasse beschlossen wurde. Im folgenden Artikel blickt Dante Barontini zunächst auf die berühmte "Miterrand-Doktrin" zurück, dank der Hunderte von transalpinen Aktivisten in den 1980er Jahren in Frankreich Zuflucht finden konnten, obwohl sie in ihrem eigenen Land unter dem Regime der Notstandsgesetze Opfer von Schnellverfahren geworden waren. Dann zeigt er, wie die Verhaftungen vom Mittwoch als Symptom der autoritären Umstrukturierung einer Europäischen Union in der Krise gelesen werden können, deren herrschende Klassen versuchen, sich um das Projekt von gemeinsamen Feinde zu vereinen, sowohl innerhalb als auch außerhalb ihrer Grenzen. (**Vorwort acta zone**)

Glaubt wirklich jemand, dass die Forderung nach Auslieferung und Tod im Gefängnis von Siebzigjährigen, die vor über 40 Jahren gegen den Staat gekämpft haben, etwas anderes ist als reine Rache?

Die Absurdität ist so, dass sie nicht als Absurdität betrachtet werden kann. Wir können uns die Machthaber - die herrschende Klasse dieses unglücklichen Landes - nicht als eine Gruppe von Idioten vorstellen, die einfach nur davon besessen sind, dass einige (wenige, in Prozenten ausgedrückt) ihrer damaligen Feinde aus dem Gefängnis entkommen sind.

Vierzig Jahre und "zwei Republiken" später (wir sind in der dritten, nicht wahr?), sollte selbst die schlimmste Obsession unter der Dringlichkeit weitaus aktuellerer Probleme verblassen.

Der tiefe Grund für die Verhaftungen, die am Mittwoch in Frankreich stattfanden, kann also nicht der sein, der offiziell verkündet wurde. Nicht wegen einer "Verschwörung", sondern weil wir denken, dass zumindest ein Teil dieser herrschenden Klasse durchaus in der Lage ist, einen Metzgerjob zu machen, aber mit einer gewissen "Kreativität" und einer guten Portion Gerissenheit, wenn nicht gar Intelligenz.

Wenn sie uns also eine dumme Erklärung liefern, sollten wir ihnen nicht glauben.

Mario Draghi und Marta Cartabia waren persönlich an diesen Verhaftungen beteiligt, nicht zwei Hinterwäldler auf halbem Weg zwischen der Liga und den Fratelli d'Italia. Sie waren erfolgreich, wo Salvini und Bonafede scheiterten, als sie sich mit genau demselben Problem beschäftigten.

Und obwohl Macron seine Linie von vor zwei Jahren geändert hat, ist es klar, dass ein anderes Verhältnis zwischen den verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten heranreift.

Deshalb lohnt es sich, die Dinge jenseits der reinen Chronologie, die stets abweichende "psychologische Interpretationen" anregt, zu analysieren und zu verstehen, was in den Tiefen der durch die Pandemie vervielfachten Krise - die im gesamten Westen verbrecherisch gemanagt wird - und unter den Versuchen, auf den offensichtlichen Niedergang des Alten Kontinents zu reagieren, heranreift.

Frankreich und die "Miterrand-Doktrin"

Die italienischen Genossen, die fast 40 Jahre lang jenseits der Alpen im Exil lebten - insgesamt etwas mehr als 200 -, befanden sich dort aufgrund eines "informellen Paktes" zwischen Italien und Frankreich, das damals von Bettino Craxi und François Mitterrand geführt wurde. Es war 1985, als die "Doktrin", die den Namen des französischen Präsidenten trug, formalisiert wurde, aber die Vorbereitungs- und "Konsolidierungs"-Arbeiten dauerten etwas länger, sowohl davor als auch danach.

In Italien dachten die Behörden in jenen Jahren über eine politische Lösung nach, die es

ermöglichen würde, den bewaffneten Kampf zu einem Ende zu bringen. Militärisch war die meiste Arbeit getan, die noch aktiven Kämpfer waren an den Fingern einiger weniger Hände abzuzählen, während die Gefängnisse voll mit politischen Gefangenen waren. Kämpferisch, gewiss, aber ungefährlich aus politischer Perspektive betrachtet.



Schon damals herrschte Heuchelei. Wir wussten also, dass dies der Fall war, aber sie konnten es nicht schwarz auf weiß in einem Gesetz niederschreiben. Die "politische Lösung" hätte also nicht die posthume "politische Anerkennung" eines bewaffneten Aufstandes beinhalten dürfen. Es gab auch einen Prozess aufgrund dieser Anschuldigung, der mit dem durchschlagenden Freispruch von Hunderten von Angeklagten endete. Sie wegen Aufruhrs zu verurteilen, hätte bedeutet, die politische Natur ihrer Aktion anzuerkennen.

Aber es war nicht möglich, sie alle im Gefängnis - oft in speziellen Gefängnissen - zu halten, denn auch das war in Wirklichkeit eine Anerkennung des politischen Charakters eines Kampfes.

Eine frühe und berüchtigte Lösung war das in jenen Monaten entstandene "Distanzierungsgesetz". Aber es war nur eine verwässerte Version des "Reue"-Gesetzes (es gab nicht mehr viel zu erfahren über die Fakten und Motivationen des Kampfes), und infolgedessen war es nicht in der Lage, das Problem zu lösen - und hat es auch nicht getan.

Kurz darauf, in den späten 1980er Jahren, begannen die gewöhnlichen Gefängnisvorschriften - bekannt als das Gozzini-Gesetz - auch auf "widerspenstige" politische Gefangene angewendet zu werden. Es war ein sehr langsamer Mechanismus zur Entleerung der Gefängnisse, der ständig durch lokale Probleme behindert wurde (das Justizsystem ist nicht überall gleich, und die Mailänder Staatsanwaltschaft - zum Beispiel - schien damals ein anderes Gesetzbuch anzuwenden), der in der Praxis die gesamten 1990er Jahre hindurch andauerte.

Dann war da noch das Problem der "Exilanten". Und Mitterrands Frankreich erklärte sich bereit, sie

aufzunehmen und in das zivile Leben zu integrieren, jene die sonst "Flüchtlinge" und damit "problematisch" gewesen wären. Die einzige Einschränkung: "keine Bluttaten begangen zu haben".

Das ist eine weitere scheinheilige Formel, an die sich Macron nicht zufällig klammert, um zu behaupten, er habe nur die sogenannte Mitterrand-Doktrin rigoros angewendet.

Tatsächlich waren fast alle Exilanten in Italien wegen "Bluttaten" verurteilt worden, allerdings unter einem Tatbestand, den das französische Strafgesetzbuch nicht vorsah: "moralische Mittäterschaft".

Was bedeutet das? Dass ein Gefangener wegen einer "Bluttat" verurteilt werden kann, auch wenn er nicht direkt daran teilgenommen hat. Diejenigen, die das zweifelhafte Glück hatten, die Urteile der Prozesse gegen den bewaffneten Kampf lesen zu können - sie sind auch heute noch nachzulesen - sahen 20 oder 30 Angeklagte für eine Aktion verurteilt, die physisch von 4 oder 5 Personen ausgeführt wurde.

In der Praxis konnte ein Mitglied einer "bewaffneten Bande" für jede Handlung verurteilt werden, die von dieser Gruppe durchgeführt wurde, während er auf freiem Fuß war (manchmal sogar für Taten, die sich ereigneten, während er bereits im Gefängnis war).

Frankreich erkannte solche Schnellverurteilungen nicht an, so dass Exilanten als "nicht direkt schuldig" gelten konnten, auch wenn sie in Italien endgültig verurteilt wurden.

Die "Mitterrand-Doktrin" war, kurz gesagt, kein Akt "gegen Italien", sondern ein Weg, mit diesem Land zusammenzuarbeiten, um ein Problem zu lösen, zu dem die damalige politische Klasse nicht in der Lage war (die Verantwortung der PCI und Andreotti ist in dieser Hinsicht unendlich groß).

Bewaffnete Politik oder "gemeinsames Verbrechen"

In diesem Punkt überlässt man das Wort vielleicht am besten dem härtesten und fiesesten Innenminister der damaligen Zeit, später auch Präsident der Republik:

"Ich glaube, dass der Linksextremismus, der kein Terrorismus im wörtlichen Sinne war (er glaubte ja auch nicht, dass man nur mit terroristischen Akten die politische Situation verändern könne), sondern eine 'linke Subversion' wie der russische Bolschewismus es in seinen Anfängen war, also eine politische Bewegung, die sich im Kampf gegen einen Staatsapparat befand, bediente sich terroristischer Methoden, wie es alle Befreiungsbewegungen, auch die Resistenza, immer getan haben (die Ermordung eines großen Philosophen, sogar eines Faschisten, der ruhig auf der Straße spazieren ging, Giovanni Gentile, durch die florentinische Gap, kann man positiv oder negativ beurteilen, aber vom theoretischen Standpunkt aus war es immer ein Akt des Terrorismus), in dem Glauben, dass sie - und das ist der Irrtum, auch ein formaler - eine echte revolutionäre Bewegung entfesseln würde. Sie sind an der politischen Einheit zwischen der Christdemokratie und der Kommunistischen Partei Italiens gescheitert und an der Tatsache, dass Sie nicht in der Lage waren, die Massen in eine echte Revolution zu führen. Aber all das gehört zu einer historischen Periode Italiens, die vorbei ist; und jetzt ist die sogenannte "Gerechtigkeit", die gegen sie ausgeübt wurde und immer noch ausgeübt wird, selbst wenn sie rechtlich vertretbar ist, politisch entweder von der Ordnung der "Rache" oder der "Angst".

Francesco Cossiga reifte in der Logik des Klassenkampfes und wusste daher besser als jeder andere, dass man in Zeiten des Krieges lügt (und dem Feind die "politische Anerkennung" verweigert), man schießt, man tötet, man sperrt ein, aber dass es dann notwendig ist, Initiativen zu ergreifen, um der Kriegszeit wirklich ein Ende zu setzen. Darunter natürlich auch die Rückführung von Gefangenen.

Togliatti, der viele Fehler machte und zu viele Zugeständnisse machte, hatte das gleiche mit den Faschisten gemacht, kaum ein Jahr nach Kriegsende.

Zu kompliziert zu verstehen für eine politische Klasse von so niedrigem Niveau wie die, die aus der zweiten und dritten Republik hervorging.

Was gibt es Neues unter der Sonne?

Diese Rachegefühle haben jedoch etwas Übertriebenes an sich, und damit ist nicht irgendein "psychologischer" oder "ideologischer" Aspekt gemeint. Keine wirkliche Macht lebt in Gedanken rückwärtsgerichtet.

Ein erstes Eingeständnis kommt von Carlo Bonini, dem stellvertretenden Herausgeber von 'La Repubblica' (der heutigen Zeitung der Familie Agnelli):

"Wenn man es mit einem Wort sagen müsste, geht heute, am 28. April, die Geschichte des italienischen zwanzigsten Jahrhunderts zu Ende, und wahrscheinlich auch eine Phase der europäischen Geschichte".

Ein "Wendepunkt", etwas "Konstitutives", nicht eine Geste um ihrer selbst willen und schon gar nicht im Sinne eines "Wunsches nach Gerechtigkeit". Etwas, das für heute und für die Zukunft dient, kurzum. Damit ist ein wesentliches Merkmal einer "neuen Welt" umrissen.

In der Tat. Von einem "neuen Europa".

Wir nehmen Bonini nicht nur deshalb ernst, weil er eine wichtige Rolle als "Kommunikator" im Dienste der herrschenden Klasse spielt, sondern auch und vor allem deshalb, weil Bonini seit mehr als zwanzig Jahren (vielleicht sogar schon seit seiner Zeit bei Manifesto) beruflich als "sehr aufmerksam" gilt, was 'die Dienste' im engeren Sinne betrifft. Und wenn man bedenkt, wie oft er Franco Gabrielli (neuer Unterstaatssekretär für die Dienste, ehemaliger Chef der Digos, Sisd [Militärischer Nachrichten- und Sicherheitsdienst, d.Ü.] und Polizei) interviewt hat, kann man glauben, dass die Vox populi nicht nur auf leerer Luft beruht.

In Italien erleben wir in diesen Tagen - schweigend und fast wie Idioten - die ersten Schritte eines wirtschaftlichen und sozialen "Wandels", an dessen Ende *"das Land nicht mehr dasselbe sein wird wie vorher"* (so Draghi im Parlament). Es zeichnet sich ein Kurs der "Reformen" ab, dessen Charakteristika alles andere als vorteilhaft für die Arbeiterklasse sind.

Aber die letztendliche Bedeutung des "Projekts" wird in einer klaren und erschöpfenden Weise beschrieben, die im Licht des Tages untersucht werden kann.

In Frankreich - als gute alte Kolonialisten - gibt es etwas weniger Heuchelei und einige explizite Andeutungen, die sehr deutlich sind.

Das "neue Europa" ist etwas viel Definierteres. Der Wirtschaftsminister Bruno Le Maire zum Beispiel begann mit einer (rhetorischen) Frage:

“Wollen Sie, dass Europa ein einheitlicher Markt ist, oder wollen Sie nicht vielmehr, dass es ein politisches, edles und idealistisches Projekt ist? [...] Ich bin nicht daran interessiert, 17 Stunden am Tag zu arbeiten, um einen Markt aufzubauen. Wissen Sie noch, wer Sie sind und woher Sie kommen? Wir stammen aus Nationen und Imperien. Wir sind im Grunde eine politische Idee, die im Laufe der Jahrhunderte das Heilige Römische Reich, das Napoleonische Reich, das Römische Reich aufgebaut hat. [...] Deshalb sage ich den Europäern: Vergesst nicht, woher wir kommen.”

Vor einigen Tagen war dann Françoise Dumas, die Vorsitzende des Ausschusses für Landesverteidigung und Streitkräfte der Nationalversammlung, an der Reihe, einen besonders expliziten Bericht vorzulegen:

“Vor unseren Augen haben der amerikanische Unilateralismus, die russischen Hybridkriege, der türkische Interventionismus und der chinesische Expansionismus eine Ära beendet, die Versprechungen der 1990er Jahre, die bereits durch den islamistischen Terrorismus geschwächt waren, sind nach dreißig Jahren zusammengebrochen, wie es Illusionen oft zu tun pflegen.”

Haben Sie wirklich geglaubt, dass die Europäische Union diese multiethnische Gemeinschaft ist, die den Krieg in ihrem Inneren endgültig beseitigt hat (den Angriff auf Jugoslawien natürlich ausgenommen)? Nun, sagt Dumas,

“Sie haben sich geirrt”.

Und in der Tat, fährt sie fort:

“In diesem Zusammenhang kann die Hypothese einer direkten Konfrontation von hoher Intensität, unterhalb der nuklearen Schwelle, aber hybridisiert durch vielfältige indirekte Ansätze, nicht länger ignoriert werden. Wir müssen vorbereitet sein.”

Natürlich wird die zugrundeliegende Heuchelei nicht vergessen:

“denn der Friede, das Herzstück des europäischen Projekts, kann nur im Schatten einer Macht gedeihen, die sich durchsetzt, und gesichert von Schwertern, die sie stärken”.

Zusammenfassend lässt sich der strategische Rahmen wie folgt beschreiben. Die Pandemie-Krise hat zugespitzt, was wir bereits sehen konnten: Europa ist im Niedergang, die USA sind im Niedergang, reagieren aber, Russland ist ein Beinahe-Feind (muss uns aber mit Gas und Öl versorgen), China ist der unerreichbare Konkurrent, mit dem wir nicht umgehen können, jeder Versuch, sich vom Niedergang zu erholen, erfolgt durch Konflikte (wirtschaftlich, technologisch usw.), die leicht in einem ausgewachsenen Krieg enden können. Vielleicht nicht nuklear, aber auf mehreren Ebenen durchgeführt (Blockieren von Computernetzwerken, strategischen Infrastrukturen usw.).

Dies ist das "neue Europa", das "das zwanzigste Jahrhundert" überwindet. Das Europa, das sich von den politischen, kulturellen und rechtlichen Unterschieden zwischen den verschiedenen Mitgliedsländern befreit und das dafür gerüstet ist, demselben "inneren Feind" (den Arbeiterklassen und denen, die behaupten, sie im Sinne eines anderen Wirtschaftssystems und politischen Regimes zu vertreten) und denselben äußeren Feinden gegenüberzutreten.

Wenn jemand - Draghi - zur Zementierung dieser neuen Beziehung ein Pfund Menschenfleisch in Form von einem Dutzend pensionierter Veteranen verlangt, nun, das ist ein so niedriger Preis, dass ein Banker wie Macron nur zustimmen kann, ihn zu zahlen...

Dante Barontini, 29. April 2021

Züri brennt - Der Kampf um das AJZ [Häuserkampf und Klassenkampf Part 10]

*Ausgerechnet in der im ewigen Biedermeier zu verharrenen Schweiz brachen Anfang der 80er Jugendkrawalle aus, die das Land erschütterten und weit über die Schweiz hinaus ausstrahlten. Überall wurde das Packeis aufgebrochen und mit Bedauern festgestellt, dass Beton nicht brennt. Da wir große Freunde der oral history sind, was geneigten Leser*innen nicht verborgen geblieben ist, folgen an dieser Stelle einige Interviews mit Beteiligten, die wir dem wunderbaren Sammelband "Wir wollen alles und zwar subito" entnommen haben, der 2001 im Limmat Verlag erschienen ist. Leider ist das Buch mittlerweile vergriffen, aber ein umfangreiches [Online Archiv findet sich noch hier](#). Hinzugefügt haben wir noch eine Chronologie, die auch aus der genannten Quelle stammt, das Ganze schließlich etwas aufbereitet und bebildert. Sunzi Bingfa*



Jetzt liegt die Macht auf der Gasse

Markus Kenner, bekannt als Punky, geboren 1956 in Zürich, interviewt von Heinz Nigg

Markus Kenner: Als Lehrling ging ich schon an Vietnam-Demos und 1972/73 erlebte ich den Kampf um ein Jugendhaus im Drahtschmidli. Dann ging es ums Jugendhaus Schindlergut. Das war zwar nicht so eine riesige Sache wie das AJZ 1980. Aber es hatten dort doch ein paar hundert Jugendliche vorübergehend eine Heimat gefunden. Im Schigu habe ich als einer der Ersten Platten aufgelegt. Punk kam gerade auf, und weil ich als DJ Punk aufgelegt habe, erhielt ich den Namen Punky, der mir bis heute geblieben ist. Bei mir war alles immer gekoppelt mit meiner Freizeit: Leute treffen, kulturelle Aktivitäten, Disco machen, Konzerte organisieren, Filme zeigen. Und das alles war verbunden mit politischem Engagement. Als Lehrling begann ich andere Lehrlinge zu organisieren. Zusammen mit Trotzboxen und anderen Grüppchen machte ich im KV-Komitee mit. Jugendrevolte, Jugendhäuser: Das interessierte mich brennend!

Mit einigen meiner politischen Freunde begann ich auch vermehrt ins Ausland zu schauen. Wir lasen alles über Punk und Rock against Racism in England. Wir gingen nach Frankfurt an Konzerte von Rock gegen Rechts und hatten dann die Idee, in Zürich auch so etwas zu gründen: Rock als Revolte. Wir begannen nach der Schließung des Schindlergutes an anderen Orten weiter Konzerte und Discos zu veranstalten, zum Beispiel im Polyfoyer. Dann wurden 1979 alle diese Lokale geschlossen. Und plötzlich kam diese Stimmung auf: Es gibt zu wenig Orte für uns Junge. Wir müssen raus auf die Gasse. Deshalb dieser Name «Rock als Revolte», RAR. Es ging um Musik, aber es ging auch um den Kampf für Freiräume.

Wie habt ihr euch zusammengefunden?

Nach einer Niederlage - nachdem das Schigu geräumt wurde - gibt es immer verschiedene Fraktionen: die Militanten, die Gewaltfreien, die Reformisten und andere. Wir beschimpften uns gegenseitig als Verräter. Plötzlich merkten wir, dass die kleinen Gruppen für sich allein nichts mehr zustande brachten und wir wieder zusammenarbeiten mussten. Wir gründeten mit der RAR also etwas Breiteres, Unabhängigeres und vergaßen den Detailstreit.

Was machte den Power von Rock als Revolte aus?

Das Besondere daran war eben, dass alle wieder zusammenkamen, die sich vorher bekriegt hatten. Ein Höhepunkt war ein Konzert im Herbst 79 mit der Gruppe Schröders Roadshow, einer deutschen Anarcho-Rockband. Das Konzert hat die Leute wie beflügelt. Es genügte also nicht, Flugblätter an Gleichgesinnte zu verteilen. Wir stürmten dann auch Konzerte von Good News: «Wir wollen billige Konzerte, Gratiskonzerte, wir wollen eigene Räume!» Dies interessierte die Leute, weil die Aktionen im Zusammenhang mit Musik standen und weil es keine Treffpunkte gab. Eine grössere Anzahl von Discos und Partys gab es noch nicht. Die Polizeistunde war auf zwölf angesetzt, und die hat gegolten. Du konntest kaum einen Club eröffnen. Es war ein Mangel da, den viele Leute gespürt haben.

Ich machte mit bei den Piratenradios. In einer Wohnung im Kreis 4 sassen wir zusammen. Der eine hat Musik mitgenommen, der andere sprach ein Textli ins Mikrofon. Das nahm man auf, und einer sendete das Ganze. Das war unsere Art des Aufrufs zur Rebellion. Die dazu passende Musik war eindeutig Punk, Rock und Reggae.

Viele Leute sind auf den fahrenden Zug aufgesprungen. Wir wussten auch: Mit der Roten Fabrik muss es vorwärts gehen. Dann kam noch die Geschichte mit dem Umbau des Opernhauses, als wir dachten: für die gibt es wieder so viel Geld und für uns nichts. Vor dem Opernhauskrawall sind wir schon zweimal nach Veranstaltungen in der Roten Fabrik einfach dringeblichen, haben unsere eigenen Konzerte durchgezogen, hatten Mikrofone auf der Bühne und haben diskutiert. Hunderte von Leuten kamen zusammen: solche, die auf Punk standen, andere auf Blues-Rock, Langhaarige, Kurzhaarige, Freaks. Ein paar ältere 68er schauten auch herein - Unzufriedene von früher. Der 30. Mai 1980, der Opernhauskrawall, ist also nicht aus heiterem Himmel gekommen. Wir ahnten aber nicht, welche Ausmaße das Ganze annehmen würde. Dass Bob Marley am gleichen Abend im Hallenstadion spielte, war ein Zufall. Da strömten ja dann tausende von Jungen in die Stadt. Die Stadtbehörden hätten es eigentlich kommen sehen müssen. Wir waren in Briefkontakt mit dem Stadtrat, haben unsere Forderungen deponiert und sind abgewiesen und abgespeist worden. Die merkten nichts. Die dachten: «Was wollen jetzt da die Jungen, und was ist jetzt plötzlich los mit der Roten Fabrik? Nur nöd gsprängt!» Stadtpräsident Sigi Widmer war schon damals nicht mehr auf der Höhe der Zeit.

Wie hast du die erste Nacht erlebt?

Da hatten wir also unsere Demo vor dem Opernhaus, und es knallte wirklich. Ich war überrascht. Aufregung war da. Wir gingen nicht mehr nach Hause. Es war eine ungemeine Wut da, aber auch Stärke. Man spürte, dass die Macht eine Nacht lang auf der Gasse lag. Leute wurden verprügelt und verhaftet, aber die Polizei kam nicht mehr mit. Bei der Polizeiwache neben dem Rathaus wurde das erste Polizeiauto umgekippt. Man rannte im Niederdörfli herum, die einen warfen Scheiben ein, andere schmissen Container um. Am Abend darauf kamen wir wieder vors Opernhaus. Auf der Opernhaus-Wiese hatte es ein Festzelt. Wir gaben durch: «Morgen um 8 Vollversammlung!» Das Medienecho war enorm, und wir merkten: Aha, es bewegt sich etwas. Überall wurde berichtet, im Radio, in der Tagesschau. Der «Sonntagsblick» schrieb: «Toll, wie sie plünderten und prügelten!» Mehr als tausend Jugendliche kamen an die erste VV. Wir forderten: «Gebt uns das AJZ bis in drei Wochen!» Das alles gab uns eine Menge Auftrieb. Diese Aufbruchstimmung hielt den ganzen Sommer über an.



Wie ging es für dich weiter?

Wir diskutierten das im kleinen Kreis, mit den Leuten, die bei den Vorbereitungen der Opernhaus-Demo dabei gewesen waren. Wir hatten an der VV gesehen, dass ganz andere Leute am Mikrofon das Wort ergriffen und dass die Bewegung an Breite zugenommen hatte. Wir beschlossen, unsere Gremien aufzulösen, weil es nun nicht mehr darum gehen konnte, das eigene Zeug durchzupushen. Es gab neue Allianzen, und jeder musste für sich selbst entscheiden, wo und wie er weitermachen wollte. Ich machte in diesem ersten Sommer, als das AJZ aufging, in mehreren Arbeitsgruppen mit. Wir gaben im AJZ die erste Zeitung der Bewegung heraus - das «Subito». Ich blieb auch weiterhin im Kontakt mit der Roten Fabrik.

Gab es auch Enttäuschungen?

Es kam, wie es kommen musste. Man hatte untereinander Probleme. Das AJZ musste eine Menge soziale Aufgaben wahrnehmen, was eigentlich gar nicht vorgesehen war: die ganze Drogengeschichte, der Fixerraum. Zu viele verschiedene Leute wurstelten an den gleichen Sachen

herum. Die zunehmende Repression gab mir schon zu denken, viele in meinem Freundeskreis sind drangekommen - ich auch.

Wie?

Ein Erlebnis vergesse ich nie. Es gab eine Demo gegen die Wohnungsnot. Ich wurde von der Polizei mit hundert anderen in eine Tiefgarage beim Kaufleuten hinabgetrieben. Wir waren in der Falle! Die Schmier kam, völlig aggressiv, die haben gezittert. Es fehlte nicht viel, und die hätten uns alle mit Tränengas eingenebelt und zusammen geknüpelt. Wir wurden alle verhaftet. Ich hatte nachher einen Prozess wegen Landfriedensbruch und wurde zu einer bedingten Gefängnisstrafe verurteilt. Solche Ereignisse, aber auch die Straßenschlachten, das Katz-und-Maus-Spiel mit der Polizei und das Niederknüppeln, beschäftigen mich noch heute manchmal in meinen Angstträumen: ausweglose Situationen, das Gefühl, an die Kasse zu kommen. Dann merkst du im Verlauf der Jahre, du stehst nicht mehr so in dem drin, bist jetzt an einem andern Punkt. Und dann tauchen sie plötzlich doch wieder auf - diese Gewaltszenen, Polizeiszenen. Da merke ich, dass mich das immer noch nicht ganz losgelassen hat.

Wann kam das Ende der Bewegung?

Ich war dabei bis zur zweiten Schliessung des AJZ am 23. März 1982. Dann gab es den Kampf gegen die Wohnungsnot - den Häuserkampf.

Wie ging es für dich beruflich weiter?

Ich arbeitete ein paar Jahre in der Betriebsgruppe der Roten Fabrik, dann im Quartier- und Kulturzentrum Kanzlei. Ich machte auch beim «Lora» mit. Irgendwann kam der Moment, in dem ich genug hatte von den endlosen Diskussionen, vom Immer-wieder-von-vorne-Beginnen und wo niemand dem anderen gute Ideen gönnen mag. Dann stieß ich zu Radio DRS 3, zuerst als Plattenwäscher und später als Musikredaktor. Ich konnte also Musik, die ich mochte, ins Programm einbringen und hatte Breitenwirkung.

Parallel zu meiner beruflichen Tätigkeit habe ich mich bis heute immer wieder für kulturelle Freiräume eingesetzt: zum Beispiel in der Kaserne mit dem Disco-Syndikat und später das Organisieren von Bar- und Partyveranstaltungen. Es interessiert mich weiterhin, was mit dem grossen Kasernenareal geschieht. Für mich bedeutet dieses Areal nach wie vor eine Chance für die Kultur und das soziale Leben mitten in dieser Stadt. Die letzte Entscheidung ist da noch nicht gefallen.

Jetzt, da mein Sohn 19 ist, eine Lehre absolviert hat und ausgezogen ist, suche ich eine Neuorientierung in meinem Beruf. Ein neuer Lebensabschnitt hat begonnen.

Wie war die Zeit mit deinem Sohn?

Als Steff auf die Welt kam, gab es in unserem Umfeld nur wenige Leute mit Kindern. Man wohnte in Kommunen und Wohngemeinschaften und dachte: Was soll das, Kinder? No future! Ein Kind zu haben, angesichts der damaligen Lage der Welt - das war gar nicht angesagt. Ich reduzierte dann meine Arbeit und musste mich in der Roten Fabrik noch für Kindergeld und Teilzeitpensen einsetzen. Da hiess es oft: «Ist ja euer Bier, ein Kind zu machen!» Meine Freundin und ich arbeiteten also beide Teilzeit und teilten uns in die Erziehung und Betreuung von Steff - auch später, als unsere Beziehung auseinander gegangen ist.

Wie beurteilst du rückblickend die Auswirkungen der Jugendunruhen auf die achtziger Jahre?

In Zürich gab es kulturell einen Nachholbedarf. Die Leute sind aktiv und kreativ geworden: im sozialen Bereich, in der Drogenarbeit, in den Schulen, beim Aufbau von sozialen und kulturellen Netzen. Von den Leuten des damaligen Videoladens, die «Züri brännt» gedreht hatten, sind heute viele mit ihren eigenen Projekten beschäftigt oder sind in neuen Zusammenhängen tätig. Ehemalige «Lora»-AktivistInnen sind nun beim Radio, beim Fernsehen und in anderen Medien. In der Kunstszene gab es neben den traditionellen Galerien neue Projekte. Auch in den Quartieren war etwas los. Da und dort wurde ein Haus besetzt: der Häuserkampf in der Schmiede Wiedikon, am Stauffacher. Dann kam der Kampf ums Quartier- und Kulturzentrum Kanzlei und später in den frühen neunziger Jahren die Besetzung der Wohlgroth. Immer wieder sind so neue Freiräume entstanden.

Was erwartest du von einer Aufarbeitung der 80er-Bewegung?

Man vergisst schnell einmal, was diejenigen gedacht haben, die nicht im eigenen Grüppli gewesen sind, und dass es noch ganz andere Ansichten und Analysen gibt. Ich habe diese Bewegung als eine von hunderten, von tausenden erlebt. Man verzieht sich dann wieder und weiss gar nicht, an welchen anderen Projekten gearbeitet wurde oder welche Schlüsse andere aus den damaligen Ereignissen zogen.

Welche Schlüsse ziehst du aus deinen 80er-Erfahrungen?

Dass es sich immer wieder lohnt, sich zu wehren und sich für etwas einzusetzen, ob das nun parlamentarisch, mit Petitionen oder mit Demos sei - ob gewaltfrei oder militant auf der Strasse. Und dass man sich dauernd überlegen soll: Wo kann man etwas erreichen? Ich möchte auch aufzeigen, dass die Tatsache, dass heute einige 68er und 80er an den Schalthebeln der Macht sitzen, mit dem zu tun hat, was sich damals auf der Gasse abgespielt hatte, und dass die heutige kulturelle Vielfalt vor allem auf die achtziger Jahre zurückgeht. Viele, die in den letzten Jahren von auswärts in diese Stadt gezogen sind, wissen davon überhaupt nichts - warum was wie entstanden ist und dass alles erkämpft werden musste, mit Druck und Engagement.



Chronologie: Auseinandersetzungen um die Eröffnung eines Autonomen Jugendzentrums in Zürich

30. Mai 1980 Am Abend des 30. Mai demonstrieren - organisiert durch die ARF - rund 200 Personen vor dem Opernhaus für die Förderung alternativer Kultur in der Stadt Zürich. Sie wollen die OpernhausbesucherInnen im Vorfeld der städtischen Abstimmung über den 60-Millionen-Kredit für den geplanten Opernhausumbau auf die Bedürfnisse eines alternativen Zürcher Kulturbetriebs aufmerksam machen. Die Demonstration beginnt friedlich. 30 Polizisten in Kampfausrüstung fordern die DemonstrantInnen auf, den Platz innert 15 Minuten zu räumen. Der Platz wird jedoch nicht geräumt. Erste Scharmützel. Am späteren Abend entwickeln sich die Scharmützel zu einem eigentlichen Krawall, als die BesucherInnen des Bob Marley-Konzerts in die Innenstadt strömen. Am Bellevue werden Barrikaden errichtet. Die Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstrierenden dauern bis in die frühen Morgenstunden

31. Mai 1980 Die Szenen vom Vorabend wiederholen sich.

1. Juni 1980 Das zu Public Relations-Zwecken für die kommende Abstimmung vor dem Opernhaus aufgestellte Festzelt wird von rund 2000 Personen besetzt. Eine VV wird abgehalten. Die Ereignisse der Vortage werden diskutiert und neue Forderungen an die Stadtregierung gestellt: Rückzug der Strafanträge gegen alle Verhafteten; keine weitere Verwendung von CB-Tränengas und Gummigeschossen; die Teilbetriebnahme der Roten Fabrik als Kultur- und Jugendzentrum ab Herbst 1980, was bedingt, dass dem Opernhaus die Verträge zur Benützung der Roten Fabrik als Lager- und Probelokal gekündigt werden; die leerstehende Fabrikhalle an der Limmatstrasse 18-20 als Autonomes Jugendzentrum ab 8. Juni, 12.00h. Abends setzt sich ein Demonstrationzug in Richtung Bezirksgefängnis in Bewegung, in dem sich die verhafteten Personen befinden.

3. Juni 1980 Nach einer Kundgebung der Jugendlichen auf dem Hirschenplatz Demonstration zur kantonalen Polizeikaserne und zum Bezirksgebäude.

4. Juni 1980 Stadtpräsident Widmer und Stadträtin Lieberherr nehmen - zusammen mit rund 2000 Jugendlichen - an einer VV im Volkshaus teil. Sie hören sich die Forderungen der Jugendlichen an: In Bezug auf das Geschehen in der Roten Fabrik verweisen Widmer und Lieberherr auf die IGRF als Gesprächspartnerin; in Bezug auf das geforderte Jugendzentrum zeigen sie sich gesprächsbereit - unter der Bedingung, dass keine weiteren Ausschreitungen stattfinden. Sie fordern die Versammelten auf, eine Delegation zu bilden, welche die anstehenden Verhandlungen führen soll. Die VV ist nicht bereit, auf diesen Vorschlag einzugehen, sie beharrt auf Verhandlungen mit der VV. Es wird ein Videofilm einer Gruppe von EthnologiestudentInnen über den Opernhauskrawall gezeigt.

6. Juni 1980 Der kantonale Erziehungsdirektor, Regierungsrat Gilgen, lässt den Videofilm über den Opernhauskrawall wegen politischer Agitation mit wissenschaftlichem Material konfiszieren. Eine Untersuchung über die Verantwortlichkeit der Leitung des Ethnologischen Seminars wird eingeleitet.

7. Juni 1980 Auf dem Platzspitz findet eine VV statt die Nutzung der Räumlichkeiten an der Limmatstrasse 18-20 betreffend. Die Jugendlichen sind unschlüssig, wie sie auf die Vorschläge der Stadt reagieren sollen. Man beschliesst, die neuen Lokalitäten zuerst einmal zu besichtigen. Ein Demonstrationzug von mehreren hundert Personen zieht an die Limmatstrasse 18-20 und von dort via Bezirksgebäude und Polizeikaserne zum Bellevue, wo über das weitere Vorgehen beraten wird. Die Mehrheit stimmt dem Vorschlag zu, sich in die Rote Fabrik zu begeben, um dort weiter zu diskutieren.

8. Juni 1980 Die Volksabstimmung zum Opernhaus-Kredit wird knapp angenommen. Eine weitere VV in der Roten Fabrik entscheidet, nicht auf die Bedingungen des Stadtrats einzugehen. Es werden erste Arbeitsgruppen gegründet.

9. Juni 1980 Vor der Universität Zürich findet eine Manifestation statt. Der sofortige Rücktritt von Regierungsrat Gilgen wird gefordert. Demonstration nach der Protestversammlung: Am Central wird der Verkehr blockiert. Man zieht weiter zum Gebäude der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ). Ein Polizeieinsatz setzt der Verhinderung der Auslieferung der NZZ ein Ende. Nach diesem Vorfall kündigt der Stadtrat eine härtere Linie an.

11. Juni 1980 Die VV im Volkshaus erklärt sich bereit, die Verhandlungen mit dem Stadtrat fortzuführen, weigert sich jedoch weiterhin, eine Delegation zu bestimmen.

12. Juni 1980 An der Universität führen 2000 StudentInnen einen Protesttag durch, in dessen Verlauf sich der Rektor an die Versammelten wendet.

14. Juni 1980 In einer auf dem Platzspitz abgehaltenen VV wird beschlossen, am 21. Juni eine Großdemonstration zu veranstalten, um den Forderungen der Bewegten Gehör zu verschaffen. Nacktdemonstration durch die Zürcher Altstadt.



17. Juni 1980 Demonstration nach einer Protestkundgebung an der Universität zum Gebäude der Erziehungsdirektion.

18. Juni 1980 Demonstrierende versammeln sich vor dem Rathaus: Sie fordern den Gemeinderat zu einer Diskussion auf. Der Gemeinderat verweigert das Gespräch. Die Demonstrierenden harren aus, worauf die Polizei eingreift. Sachbeschädigungen in der Innenstadt.

19. Juni 1980 Ausserordentliche Delegiertenversammlung der SP Stadt Zürich. Sie protestiert gegen das Demonstrationsverbot des Stadtrats für den 21. Juni und beauftragt die Geschäftsleitung, mit dem Stadtrat und den Jugendlichen in Kontakt zu treten.

20. Juni 1980 Sogenannte «Rädelsführer» werden in Präventivhaft genommen. Die Geschäftsleitung der SP bietet dem Stadtrat an, die Trägerschaft für ein autonomes Jugendzentrum zu übernehmen. Die Arbeitsgruppen der Bewegung beschließen, die für den 21. Juni geplante Großdemonstration abzusagen und stattdessen auf dem Helvetiaplatz, wo bereits ein Fest der POCH stattfinden darf, eine VV abzuhalten.

21. Juni 1980 Nachdem die rund 5000 bis 6000 auf dem Helvetiaplatz Versammelten von den Präventiv-Verhaftungen vom Freitag erfahren, beschließt eine Mehrheit, die Diskussion um die von der SP unterbreiteten Vorschläge bezüglich Trägerschaft zu vertagen und stattdessen sofort zu demonstrieren. Auf der Quaibrücke treffen die DemonstrantInnen auf die Polizei, die sich dann aber zurückzieht, worauf die Demonstration friedlich zu Ende geht.

26. Juni 1980 Im Volkshaus findet eine VV statt. Sie beschliesst den Vermittlungsvorschlag der SP anzunehmen, unter der Bedingung, dass das Haus autonom geführt und am 28. Juni geöffnet werden kann.

27. Juni 1980 Am späten Freitagabend bereinigt der Stadtrat den Vertrag über die Trägerschaft des Versammlungszentrums an der Limmatstrasse 18-20 mit der SP: Es wird festgehalten, dass das Versammlungszentrum mit möglichst großer Selbstverwaltung betrieben werden soll, dass die Gebrauchsleihe innerhalb einer Frist von vier Tagen gekündigt werden kann, dass die Lokalitäten voraussichtlich ab 1. April 1981 durch die Stadt für eigene Zwecke benötigt werden, dass die Gebäude renoviert werden müssen und dass die Entlehnerin sich für einen ordnungsgemässen Betrieb einsetzen muss.

Wie in Italien, so heiss war die Stimmung

Antonella Martegani, geboren 1955 in Zürich, interviewt von Heinz Nigg

Antonella Martegani: Meine Eltern stammen aus benachbarten Dörfern in Italien und emigrierten nach dem Krieg nach Zürich. Als ich geboren wurde, lebten sie in einem Zimmer in Oerlikon. Toilette und Küche teilten sie mit anderen Mietern. Für Arbeiter war es damals nicht leicht, eine Wohnung zu bekommen. Meine Mutter war Kunststopferin, mein Vater Dreher. Als ich ein Jahr alt war, brachten sie mich nach Italien zu meiner Tante. Sie besaß eine wunderschöne Gärtnerei - ein Familienbetrieb. Für mich war es paradiesisch, es hatte einen Esel, einen Hund, eine Katze und Hühner. Ich konnte frei herumstreichen.

Mit vier Jahren holten mich meine Eltern wieder nach Zürich. Weil sie ganztags arbeiteten, kam ich in eine Pflegefamilie. Die Erziehung in dieser fremden Familie bestand vor allem im Anschreien der Kinder, und alles war durchstrukturiert nach Schema F. Abends und an den Wochenenden lebte ich bei meinen Eltern. Dieser ständige Wechsel war für mich die Schattenseite der Emigration. Ich wuchs in Zürich auf und fühlte mich doch nicht zu Hause.

Welchen Kontakt hattest du zu den Kindern in deiner Umgebung?

Ich lernte schnell Zürichdeutsch und durfte schon als Vierjährige in den Kindergarten. Über viele Jahre hatte ich einen engen Kontakt zu einem Mädchen aus meiner Klasse. Die Stimmung in dieser Familie erinnerte mich an Italien. Das Radio lief, man sang dazu, die Mutter bügelte oder nähte, man war zusammen zu Hause und hat gearbeitet.

Welches Menschenbild vermittelten dir deine Eltern?

Mein Vater ging jeden Samstagnachmittag ins Restaurant «Heimat» in Oerlikon, um Karten zu

spielen. Manchmal nahm er mich mit. Er traf sich dort mit Kollegen einer katholischen Emigrantenvereinigung. Wenn meine Eltern am Sonntag Freunde zum Essen einluden, erzählte er immer wieder von Russland, wohin er im Krieg als 19-Jähriger mit zwei Freunden aus seinem Dorf geschickt wurde. Wichtig war ihm der Mut, den man haben musste, um überleben zu können. Zu dritt waren sie immer zuvorderst an der Front und überlebten. Alle, die hinten blieben, starben.

Die Arbeitsteilung war klassisch, die Männer plauderten im Wohnzimmer, die Frauen räumten die Küche auf. Meine Mutter machte einen mutigen Schritt. Als die Besitzerin der Kunststoppferei alt war, nahm sie einen Kredit auf und kaufte das Geschäft, das sich mitten in der Zürcher City befand - ein für sie rasanter Aufstieg. Während der Sekundarschule ging ich jeweils am Mittwochnachmittag zu ihr in den Laden, um auszuhelfen.

Wie warst du als Jugendliche?

Zusammen mit einer Freundin führte ich in meiner Klasse den Minirock und die angemalten Fingernägel ein, zudem motzte ich dauernd. Manchmal gingen wir ins neu eröffnete Migros-Restaurant. Das war ein typischer Bau aus dieser Zeit, mit orangen Kugellampen, olivgrünen Teppichwänden und -sitzen und dunkelbraunen Tischen. Zu zweit teilten wir uns eine Portion Pommes frites. Dafür reichte das Sackgeld gerade. Als Kind habe ich italienische Schlager wie Muttermilch aufgesogen. Das Radio lief den ganzen Tag. Eine Cousine war Elvis-Presley-Fan und hatte eine große Plattensammlung. Wann immer ich bei ihr in Italien weilte, hörte ich Elvis. Dann kamen Cliff Richard, die Shocking Blues mit «Venus», später Jimi Hendrix, Janis Joplin, die Stones und die Beatles. Ich hatte ein kleines Transistorradio, mit dem ich nachts unter dem Kissen Radio Luxemburg hörte. Das war damals der Sender mit anderer Musik. Ich mag mich noch gut an das Jahr 1968 erinnern, wie wir Tagesschau schauten und mein Vater entsetzt war, dass die Schweizer Polizei mit Wasserwerfern gegen Demonstranten vorging. Das erinnerte ihn an den Krieg. Er konnte auch die demonstrierenden Jugendlichen nicht verstehen, die hatten doch alles.

Wie ging es für dich nach der Schule weiter?

Ich besuchte die Handelsschule, arbeitete zwei Jahre als Sekretärin in Genf und wurde dann an der Schule für Soziale Arbeit in Zürich aufgenommen. Ich genoss diese drei Jahre sehr. Mir Zeit nehmen zu können, um mit anderen Leuten über ein Thema zu reflektieren, war für mich Luxus. Das hatte ich weder zu Hause noch in der Schule. Während des letzten Jahres arbeitete ich bei Condiem, einer Frauenberatungsstelle für Emigrantinnen. So begann meine Politisierung. Zum erstenmal sah ich die Emigration in einem grösseren Zusammenhang.

Wie erlebtest du den heissen Sommer 1980?

Ich weiss nicht mehr genau, wie ich zur 80er-Bewegung stieß. Eines Tages ging ich an die Demos und kam mitten ins Geschehen. Im AJZ machte ich bei der Spuntengruppe mit. Das waren unkomplizierte Leute. Das Nötigste für meinen Lebensunterhalt verdiente ich mit Hortvikariaten. Für mich war das AJZ wie ein Familienersatz. Ich kannte die Leute, und die Leute kannten mich. Es war egal, wer du warst, das gefiel mir total. Einmal organisierten wir eine Italowoche mit einem wunderschönen Schlussabend. Wir mussten 240 Portionen Lasagne kochen. Die Aktionshalle war rot-weiss-grün geschmückt. Nach dem Essen wurde der Film «Django» gezeigt. Als die Kamera auf seine stahlblauen Augen zoomte, kreischte die Halle. Es kam mir vor wie in Italien, so heiss war die Stimmung.

Was hatte das AJZ mit Italien zu tun?

Es gab Zweit-Generation-Italiener in der Bewegung. Ich war ja nicht die Einzige. Dann waren da Tessiner, die Verbindungen zu den italienischen Autonomen und zu den roten Universitäten in

Padova und Bologna hatten. Diese Italowoche war ein Gesamtkunstwerk: Essen, Politik, Kultur und Kitsch - alles, was du wolltest! Im AJZ habe ich das Organisieren von solch grossen Anlässen gelernt. Ich stand mitten im Leben, mit allem, was dazu gehört: Liebe und Herzensbrüche, Auseinandersetzungen über Beziehungen, Emanzipation, Unterdrückung, über Politik, Geburtenkontrolle und Ernährung. Es war fantastisch, hier in Zürich diesen grossen Aktionsraum zu haben, etwas machen zu können, das nicht in starren Strukturen abließ, nicht hierarchisch organisiert war und wo schnell auf Veränderungen reagiert werden konnte.



Wurdest du im AJZ mit Problemen konfrontiert?

Als der zweite Umbau kam, begann es zu kriseln. Es gab Konflikte um die Verteilung des Geldes. Man begann sich innerhalb der Umbaugruppe zu bekämpfen. Auch der Drogenraum war für jene Zeit eine Schuhnummer zu gross. Du konntest nicht mehr kontrollieren, was dort drin abging. In der Nacht erlebten wir bedrohliche Situationen. Wenn jemand aufgelöst an die Bar kam und sagte, da draussen sei ein Dealer mit einem Messer, dann sprangen wir alle auf und stellten ihn hinaus.

Als das AJZ zum ersten Mal geschlossen wurde, gingen die Demos und Aktionen wieder los. Auf der Limmatstrasse bauten wir eine Barrikade mit flimmernden Fernsehern. Den Strom bezogen wir aus dem AJZ. Das war eine Provokation. Die Polizei stand ratlos herum. Das Fernsehen war für uns der Inbegriff von Langeweile und allem Kleinkarierten.

Wie seid ihr auf diese Ideen gekommen?

Die Ideen lagen in der Luft. Wir haben daraus etwas gemacht, ohne dass einer davor stand und sagte, das war meine Idee. An den Demos hatte ich Angst vor Gewalt. Anlässlich eines Kinks-Konzerts im Kongresshaus, das wegen der hohen Eintrittspreise gestürmt wurde, kesselte uns die Polizei ein. Wir wurden verhaftet und in Kastenwagen in die Kaserne abtransportiert. Männer und Frauen wurden voneinander getrennt. Wir wurden der Reihe nach verhört, ich immer als Letzte. In einem winzigen Raum flippte ich aus. Ich hatte Platzangst, schrie und polterte an die Tür. Schließlich wurde mein Hausarzt benachrichtigt. Ich erhielt eine Beruhigungsspritze, und eine halbe Stunde später liessen sie mich gehen. Das brachte mir eine Buße wegen Landfriedensbruch ein. Dieses Erlebnis stößt mir selbst nach zwanzig Jahren noch auf, vor allem weil ich Angst hatte, ich

könnte ausgeschafft werden. Ich bin bis heute italienische Staatsangehörige geblieben.



Wie ging es nach der definitiven Schliessung des AJZ weiter?

1982 machte ich beim Houdini mit. Das war eine Kultur- und Aktionsgruppe, die im Kino Walche Konzerte, Theater und Performances veranstaltete. Dann stieg ich bei einem Theaterprojekt ein, dem «Tango Palace». Das war ein Engagement auf Zeit. Ich wusste, ich würde nie Schauspielerin werden, aber ich war am Thema und an der Erfahrung interessiert. Ich hatte Verwandte, die nach Buenos Aires ausgewandert waren und die ich nie kennen gelernt hatte. Das weckte Sehnsüchte in mir, und ich war vom Tango besessen. Beim Stück von J. L. Borges ging es um ein klassisches Macho-Eifersuchtsdrama im Einwanderermilieu von Buenos Aires. Die Premiere der für die damalige Zeit schrägen Inszenierung fand am Theaterspektakel 1983 statt. Wir wurden vom Publikum buchstäblich überrannt und gingen erfolgssicher auf Tournee. So brachten wir den Tango wieder nach Europa, das heisst nach Freiburg i. Br., Hamburg, Köln, Wuppertal, Amsterdam und an den Steirischen Herbst nach Graz. Als wir nach Zürich zurückkamen, hatten wir alle Schulden, weil wir für die große Crew von 17 Leuten falsch kalkuliert hatten. In Amsterdam oder Hamburg konntest du eben nicht denselben Eintrittspreis verlangen wie in Zürich. Zu Hause war tote Hose. Die Bewegung war zerstört, das Houdini gab es nicht mehr, und ich hatte keinen Job. Ich fiel in ein Loch.

Wie hast du dich wieder aufgefangen?

Ich erzählte meinem Arzt von meiner Ratlosigkeit, und dass ich nichts mehr mit mir anfangen könne. Er arbeitete an einem Dokumentarfilm über Depressionen und lud mich zur Mitarbeit ein. Das war eine spannende Erfahrung. Ich erinnere mich noch vor allem an einen Satz: Dass für mich die Bewegung ein Ausstieg aus dieser Gesellschaft war, und ich nicht ein zweites Mal aussteigen konnte. Ich hätte in meinem Zustand durchaus in die Drogen abgleiten können.

Hat dich nicht auch das Theaterprojekt enttäuscht?

Für mich war es zu hierarchisch organisiert. Die künstlerische Leitung und die Stars standen zuoberst, dann kamen die Schauspielerinnen und Schauspieler, zuunterst waren die Techniker. Das

war nicht meine Welt.

Gab es solche Unterschiede auch im AJZ?

Ich hatte zum Beispiel Hemmungen, mit den Frauen vom Frauenzimmer zusammenzuarbeiten, weil ich mich ihnen unterlegen fühlte. Sie wussten mehr als ich. Ähnlich war es in der Kultur- und Pressegruppe. Es waren eben doch nicht alle gleich, es gab durchaus Unterschiede. Alle, die bereits politische Erfahrungen hatten, waren von Anfang an in einer besseren Stellung. Für mich war alles neu und musste erst noch gelernt werden.

Was machst du heute?

Ich bin Mutter von einem neun- und einem dreizehnjährigen Sohn. Seit 1984 bin ich als städtische Gemeinwesenarbeiterin im Kreis 5 in Zürich beschäftigt, einem Stadtteil mit hohem AusländerInnenanteil und vielen sozialen Problemen. Von meinen Erfahrungen während der 80er-Bewegung ist mir vor allem das «öppis durezie» geblieben. Ich lernte, wie man zusammen mit Leuten etwas planen und durchführen kann. Nur musste ich mich noch in Geduld üben. Gemeinwesenarbeit reicht vom Aufbau von soziokulturellen Einrichtungen über Kinderarbeit an der Langstrasse bis hin zur Bereitstellung von Räumen für Gruppen aus dem Quartier, seien es tamilische Eltern, die Sprachkurse für ihre Kinder in ihrer Muttersprache machen, oder Kurdinnen und Kurden, die einen Raum für ihre Volkstanzgruppe suchen.

Neu kommt auf die Gemeinwesenarbeit die Stadtentwicklung in Zürich West zu. Wir versuchen mit am Ball zu bleiben, um die Bedürfnisse der Bevölkerung einzubringen. Damit nicht nur Nutzungsziffern und Maximalrenditen die Planung bestimmen, sondern die Leute in den neuen Siedlungen im ehemaligen Industriequartier sich auch wohl fühlen. Es braucht Angebote für Kinder, Jugendliche und Alte. Diese Bedürfnisse müssen in der Planung frühzeitig berücksichtigt werden. Nicht zuerst Wohnsilos hinstellen und dann fünfzehn Jahre später nach Problemlösungen suchen.

Chronologie: Von der Eröffnung bis zur ersten Schließung des Autonomen Jugendzentrums

28. Juni 1980 Mit einer Vollversammlung und einem Fest wird das autonome Jugendhaus an der Limmatstrasse 18-20 eröffnet. Die dringendsten Renovierungsarbeiten wurden bereits am Vormittag erledigt.

2. Juli 1980 In der Fernsehsendung «Telebühne» soll darüber diskutiert werden, in welchen Fällen Widerstand gegen die Staatsgewalt legitim ist. TeilnehmerInnen sind PolitikerInnen verschiedener Parteien sowie VertreterInnen der wenige Wochen alten Jugendbewegung. Die 10 Jugendlichen machen sich durch fastnächtliche Kostüme bemerkbar sowie durch Johlen, Klatschen, Pfeifen, Seifenblasen und Luftballons. Damit hindern sie vor allem die RepräsentantInnen der Rechten am Reden. Die «Telebühne» wird vorzeitig abgebrochen.

12. Juli 1980 Vor dem AJZ versammeln sich rund 200 Personen, um für die Einstellung der Strafverfahren zu demonstrieren. Der unbewilligte Demonstrationzug wird von der Polizei aufgelöst: Massive Auseinandersetzungen zwischen den Bewegten und der Polizei, die bis am Sonntagmorgen andauern. Mehr als hundert Personen werden verhaftet. In der folgenden Woche wird in den Medien über das polizeiliche Vorgehen heftig diskutiert.

15. Juli 1980 Zu einem Rundtischgespräch am Schweizer Fernsehen DRS mit VertreterInnen des Stadtrates, der Polizei und der SP delegiert die Bewegung zwei VertreterInnen, die sich als Anna und Hans Müller präsentierten. Anstatt, wie erwartet, den Bewegungsstandpunkt zu vertreten,

nehmen diese im Verlaufe des Gesprächs den ins Absurde übersteigerten Gegenstandspunkt eines Durchschnittbürgers aus der «Schweigenden Mehrheit» ein.

17. Juli 1980 Zehn in bekannter Müllerscher Manier aufgemachte Jugendliche laden zu einer Pressekonferenz ins Jugendzentrum - und sagen nichts.

19. Juli 1980 Auf dem Hirschenplatz findet eine behördlich bewilligte Demonstration statt. Die Bewegten protestieren gegen das Vorgehen der Polizei am 12. Juli.

1. August 1980 Das Thema «Einstellung der Strafverfahren» wird von neuem aufgegriffen: Großdemonstration mit rund 4000 Personen.

9. August 1980 Mit einem «Aktionstag für die Pressefreiheit» protestieren die Gruppe TV Zürich des Syndikats Schweizerischer Medienschaffender (SSM) und die Schweizerische Journalisten-Union (SJU) gegen die Druckversuche, die von PolitikerInnen und Wirtschaftskreisen in letzter Zeit auf die Medien ausgeübt werden.

23. August 1980 Von SympathisantInnen der Bewegung wird der «Verein pro AJZ» gegründet, mit dem Ziel, die Zürcher Bewegung finanziell und ideell zu unterstützen.

29. August 1980 Wohnungen der städtischen Siedlung Rebhügel werden besetzt. Noch am selben Tag räumt die Polizei die Häuser.

30. August 1980 Ausschreitungen mit Plünderungen, Sachbeschädigungen und einer Brandstiftung im Raum Bellevue im Anschluss an eine unbewilligte Demonstration von rund 1000 Jugendlichen.

4. September 1980 Um 5.15 Uhr nimmt die Kantons- und Stadtpolizei aufgrund eines Hausdurchsuchungsbefehls der Bezirksanwaltschaft Zürich eine gemeinsame Razzia im Jugendhaus (AJZ) an der Limmatstrasse 18-20 vor. 137 Personen, davon 66 AusländerInnen, werden ins Kripo-Gebäude gebracht. Die Polizei stellt Diebesgut, Betäubungsmittel und Waffen sicher. Die Ergebnisse der Razzia werden als Grund für die sofortige Schliessung des AJZ genannt. Die folgende VV will zwar die Schließung nicht hinnehmen; über das Vorgehen ist sie aber gespalten: Während eine Mehrheit der rund 1500 Anwesenden sich gegen sofortige Auseinandersetzungen ausspricht und für eine Großdemonstration am Samstag plädiert, ist eine militante Minderheit von etwa 200 an der VV nicht erschienen und kämpft vor dem AJZ mit Steinen und Flaschen gegen die sich im AJZ verschanzte Polizei. Heftige Auseinandersetzungen in der Gegend der Bahnhof- und Löwenstrasse.

Chronologie: Der Kampf um die Wiedereröffnung

5. September 1980 In einer ausserordentlichen Sitzung erklärt der Stadtrat, dass er an einer neuen Trägerschaft interessiert ist. Er formuliert neue, restriktivere Bedingungen für eine Wiedereröffnung des AJZ. Der Stadtrat fordert einen Restaurationsbetrieb mit entsprechendem kantonalem Patent und Betriebszeiten, die dem kantonalen Wirtschaftsgesetz entsprechen; eine Schließung von morgens 2 bis 5 Uhr; den Verzicht auf eine Notschlafstelle im Haus.

6. September 1980 Für den Samstag ruft die Bewegung zu einer Großdemonstration auf: «Für die sofortige Wiedereröffnung des AJZ, aber subito, susch tätschts!» Die Menschenansammlung wird von der Polizei aufgelöst. Am frühen Abend versammeln sich rund 2000 Demonstrierende auf dem Hirschenplatz. Sie beschließen, eine unbewilligte Demonstration zur Platzspitzanlage durchzuführen und dort eine VV abzuhalten. Auseinandersetzungen zwischen den Demonstrierenden und der Polizei bis in die frühen Morgenstunden. Mehrere hundert Personen

werden verhaftet.



10. September 1980 Die Bewegung diskutiert das weitere Vorgehen an einer VV im Limmathaus. Rund 2500 Beweigte sowie MedienvertreterInnen aus aller Welt sind anwesend. Man diskutiert über das Thema «neue Trägerschaft», nachdem die SP über das Scheitern der Verhandlungen mit dem Stadtrat berichtet hat. Die SP war nicht bereit gewesen, auf die restriktiveren Bedingungen einzugehen. Für die Bewegten ist klar, dass eine fremde Trägerschaft nur dann akzeptiert wird, wenn diese die Autonomie weiterhin gewährleisten kann. An dieser VV informieren Arbeitsgruppen, die am AJZ-Betrieb beteiligt waren, über ihre konkreten Erfahrungen und leiten daraus Forderungen ab, die für einen zukünftigen reibungslosen Betrieb erfüllt sein müssen: Sie bestehen auf weitere Mittel für zusätzliche Renovierungen und legen einen Arbeitsplan mit 15 Stellen vor.

20. September 1980 Eine bewilligte Demonstration, an der neben Bewegten auch Mitglieder der PDA, SAP und POCH teilnehmen, wird mit rund 8000 TeilnehmerInnen zum eindrucklichen und friedlichen Beweis der anhaltenden Mobilisierungsfähigkeit der Bewegung.

24. September 1980 Die VV der Bewegung fordert in einem Ultimatum die Wiedereröffnung des AJZ für den 1. Oktober.

27. September 1980 Von Seiten der Rechten wird auf dem Münsterhof eine «Landsgemeinde für Recht und Ordnung» organisiert: Von den rund 1000 TeilnehmerInnen gehört ein grosser Teil der Bewegung an.

1. Oktober 1980 Um 20 Uhr läuft das Ultimatum ab, in dem die Zürcher Jugendbewegung den Stadtrat aufgefordert hat, das Autonome Jugendzentrum bedingungslos wieder zu öffnen. An einer VV in der Predigerkirche diskutieren rund 2000 Jugendliche, wie sie ihrer Forderung Nachdruck verleihen könnten. Die strittigen Punkte dieser nun schon seit Wochen dauernden Verhandlungsrunden sind nach wie vor die Notschlafstelle und die Öffnungszeiten. Die Jugendlichen beauftragten den Verein Pro AJZ nur weiterzuverhandeln, wenn zugesichert wird, dass

das AJZ 24 Stunden geöffnet bleibt.

2. Oktober 1980 Rund 200 AnhängerInnen der Zürcher Bewegung für eine Autonomes Jugendzentrum verbrennen während des Abendverkaufs vor dem Globus Zürcher Tageszeitungen, schießen Feuerwerkskörper ab und deponieren im Parterre des Globus eine Stinkbombe. In der Nacht auf den 3. Oktober wird das Holzlager einer Baufirma in Brand gesteckt.

4. Oktober 1980 Mehrere hundert Bewegte demonstrieren vor dem Globus und am Bellevue. Während der Nacht weitere Aktionen mit Sachschaden. 77 Personen werden verhaftet.

5. Oktober 1980 Die Fraumünsterkirche wird von Bewegten besetzt und darauf von der Polizei geräumt. Die bürgerlichen Parteien nehmen die militanten Aktionen vom ersten Oktoberwochenende zum Anlass, den Abbruch der Verhandlungen zu verlangen. Im Zusammenhang mit den Zürcher Unruhen sind von der Bezirksanwaltschaft Zürich (BAZ) in der Zeit vom 30. Mai bis 5. Oktober rund 440 Personen in Strafuntersuchungen einbezogen worden. Die BAZ rechnet mit weiteren 100 Verfahren, die sich gegenwärtig im Stadium polizeilicher Ermittlungen befinden. Hinzu kommen 550 Anzeigen gegen unbekannte Täter. Zu diesen rund 1100 Strafverfahren sind über 100 Untersuchungen hinzuzuzählen, welche die Jugendanwaltschaft eingeleitet hat.

11. Oktober 1980 Auf der Pestalozziwiese findet eine Informationsaktion statt. Die Stadtpolizei lässt die dialogbereiten AJZ-AnhängerInnen, die mit fingierten Auseinandersetzungen ein spontanes Strassentheater mit gemimten PolizistInnen inszenieren, nicht gewähren und verhaftet 144 Personen. Nachdem diese Aktion durch die neue Einkreistaktik der Polizei verhindert worden ist, machen sich in den gemäßigten Kreisen der Bewegung Resignation, Enttäuschung und Verzweiflung breit.

14. Oktober 1980 Bewegte verüben einen Brandanschlag auf eine Baufirma. Es entsteht ein Sachschaden von 2 Millionen Franken.

15. Oktober 1980 An der VV in der Roten Fabrik distanziert sich ein Teil der Bewegten von Gewaltakten, andere sind der Ansicht, dass es keine andere Wahl gäbe. Die Zahl der TeilnehmerInnen an den VVs hat stark abgenommen. Waren im September jeweils weit über tausend Personen anwesend, so sanken die Teilnehmerzahlen im Oktober kontinuierlich und erreichten Ende Oktober kaum noch 500 Beteiligte.

24. Oktober 1980 Die erste Ausgabe einer zweiten Bewegungszeitung - «Eisbrecher» - erscheint in einer Auflage von 10000 Exemplaren.

25. Oktober 1980 Teileröffnung der Roten Fabrik: Aus dem bewilligten Demonstrationzug vom Münsterhof zur Roten Fabrik werden deren zwei: Während sich ein kleiner Teil der Jugendlichen an die bewilligte Route über das General-Guisan-Quai hält, wählen etwa 500 DemonstrantInnen einen Umweg, der vorerst zum Bezirksgebäude und anschließend durch das Engequartier führt; es werden Scheiben eingeschlagen und ein Polizeiauto beschädigt.

31. Oktober 1980 VertreterInnen der vier Organisationen, die in den letzten Wochen mit dem Stadtrat über die Bildung einer neuen Trägerschaft für das AJZ gerungen haben, erklären den Verhandlungsstopp.

1. November 1980 Sachbeschädigungen und Plünderungen in der Zürcher Innenstadt im Anschluss an die Film Premiere von «Züri brännt» in der Roten Fabrik.

12. November 1980 Militante Anhänger der Zürcher Jugendbewegung schlagen in der Zürcher

Innenstadt wahllos Scheiben zahlreicher Geschäftshäuser ein. Ein Aktivist wird von der Polizei verhaftet. Zu den Sachbeschädigungen kam es im Anschluss an die bereits traditionelle Mittwochabend-Vollversammlung der Jugendlichen, die in der Roten Fabrik abgehalten wurde.

15. November 1980 An einem gesamtschweizerischen Aktionstag machen Jugendliche mit Demonstrationen auf ihre Anliegen aufmerksam. In Zürich nehmen etwa 400 Personen in den Anlagen beim Bürkliplatz an einer bewilligten Veranstaltung teil zum Thema «Zürcher Jugendliche und ihre Anliegen». Schon bald zieht eine Demonstration durch die Bahnhofstrasse zum Paradeplatz, wobei mitgebrachter Kehricht verstreut und der Verkehr teilweise behindert wird. In einem Einsatz ohne Tränengas drängen Polizeigrenadiere die Demonstranten in den Raum Bellevue/Limmatquai ab, wo sich erneut stundenlange Krawalle abspielen.

17. November 1980 Auf die Autos von vier Bezirksanwälten werden Brandanschläge verübt.

19. November 1980 Der Stadtrat beschließt die Schließung der Aktionshalle in der Roten Fabrik. In einem Communiqué weist er darauf hin, dass die Halle für Vollversammlungen verwendet wird, nach denen es jeweils zu Ausschreitungen oder massiven Sachbeschädigungen gekommen sei. Rund 300 Jugendliche treffen sich am Abend im Limmathaus, wo sie das Gastrecht einer Versammlung der Gewerkschaft Druck und Papier erhalten.

25. November 1980 Auf das Ferienhaus von Stadträtin Lieberherr wird ein Brandanschlag verübt.

26. November 1980 Der Stadtrat kündigt eine restriktivere Praxis bezüglich der Bewilligung von Demonstrationen an.

28. November 1980 Bewegte stören den ETH-Jubiläums-Fackelzug.

2. Dezember 1980 Erster Krawallprozess: Ein Polizist wird vom Vorwurf der Tötlichkeiten und des Amtsmissbrauchs freigesprochen.

3. Dezember 1980 Rund 100 Jugendliche folgen einem Aufruf, im Kongresshaus eine VV abzuhalten, wo um 20.30 Uhr ein Konzert der «Kinks» beginnen soll. Die Polizei kreist die DemonstrantInnen ein und nimmt knapp die Hälfte der Anwesenden fest. Es kommt zu einer schweren Augenverletzung.

11. Dezember 1980 2000 Personen folgen dem Aufruf des «Eisbrechers», an einer VV im Volkshaus teilzunehmen. Die Ausgangslage für dieses Treffen ist klar: Die Redaktion des «Eisbrechers» hat in der Ausgabe vom 6. Dezember einen Aufruf an «alle Menschen mit gutem Willen» veröffentlicht. Hauptinhalte sind die Forderung nach Öffnung des AJZ für den 24. Dezember sowie die Wiederaufnahme von Verhandlungen des Stadtrats mit einer potentiellen Trägerschaft des AJZ im Januar. Der Stadtrat fühlt sich erpresst und stellt stattdessen über die Vermittlung von KirchenvertreterInnen am 24. Dezember die Roten Fabrik für ein Weihnachtsfest zur Verfügung.

12. Dezember 1980 Silvia Z. übergießt sich am Bellevue mit Benzin und stirbt später an den schweren Brandverletzungen.

13. Dezember 1980 Zwischen 100 und 150 Jugendliche sprengen die Eröffnung der «Kunstszene Zürich 1980». Als Stadtpräsident Sigmund Widmer das Wort ergreifen will, skandieren sie «AJZ, AJZ».

15. Dezember 1980 Die Jungbürgerfeier im Kongresshaus wird von der Bewegung gestört.

17. Dezember 1980 Die VV der Zürcher Jugendbewegung lehnt das Angebot aus kirchlichen Kreisen ab, am 24. Dezember in der Roten Fabrik ein Weihnachtsfest zu organisieren. Die Bewegung beschliesst, am 24. Dezember eine Demonstration unter dem Motto «No AJZ - No Wiehnacht» durchzuführen.

24. Dezember 1980 Es kommt erneut zu schweren Zusammenstössen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei, nachdem Jugendliche versuchten, sich Zugang zum geschlossenen AJZ zu verschaffen.

29. Dezember 1980 Rund 400 Personen versammeln sich an der Beerdigung der 23-jährigen Silvia Z. auf dem Friedhof Manegg. Nach der Beisetzung ziehen rund 300 Personen in einem Schweigemarsch in Richtung Bellevue.



31. Dezember 1980 Etwa 200 KundgebungsteilnehmerInnen versammeln sich gegen 19 Uhr beim Drahtschmidli, um gegen den Teilabbruch des Jugendhauses zu demonstrieren.

14. Januar 1981 Jugendliche der Bewegung kommen an einem SVP-Parteitag zum Thema «Krawalle» zu Wort.

16. Januar 1981 Die Gruppe, welche die Zeitung «Eisbrecher» produziert hat, stellt deren Erscheinen ein. Der «Eisbrecher», der mit seiner zehnten und letzten Nummer eine Auflage von über 20000 Exemplaren erreichte, hat die Anliegen der Bewegung in eine breitere Öffentlichkeit getragen und war in der kurzen Zeitspanne seines Erscheinens zum Begriff geworden. Der «Eisbrecher» wird sofort von einer neuen Zeitung, dem «Brächise», abgelöst.

21. Januar 1981 Leute aus der Bewegung besetzen zwei leerstehende Häuser am Limmatquai und an der Brandschenkestrasse. Diese werden noch am selben Tag geräumt.

24. Januar 1981 Rund 400 Personen lancieren eine Flugblattaktion, nachdem die vom «Komitee für

ein repressionsfreies Zürich» geplante Demonstration vom Stadtrat nicht bewilligt wurde.

28. Januar 1981 Der Stadtrat bildet eine neue Verhandlungsdelegation, bestehend aus den Stadträten Wagner, Kaufmann, Koller und Bryner.

30. Januar 1981 Mit der Begründung, sie enthalte unzüchtige Bilder und rufe zu gesetzeswidrigen Handlungen auf, wird die zweite Nummer des «Brächise» - noch bevor sie in den Verkauf gelangt - von der Polizei beschlagnahmt.

31. Januar 1981 Die TeilnehmerInnen einer unbewilligten Großdemonstration gegen die Justiz und die laufenden Prozesse werden beim Landesmuseum von der Polizei eingekesselt. Rund 700 Personen müssen sich einer Personenkontrolle unterziehen.

4. Februar 1981 Im Volkshaus findet eine grosse VV mit rund 2000 TeilnehmerInnen statt, an der man versucht, sich über die Taktik des weiteren Vorgehens einig zu werden. Die neue Verhandlungsdelegation des Stadtrats wird aufgefordert, direkte Gespräche mit der VV zu führen.

12.-14. Februar 1981 Der Verein Pro AJZ organisiert im Volkshaus ein «Zürcher Tribunal», an dem massive Vorwürfe gegen die Behörden und die Polizei erhoben werden.

18. Februar 1981 Die VV diskutiert die Verhandlungsstrategie. Die einen wollen überhaupt keine Delegation, den andern ist es egal, wie das Jugendhaus «hereingenommen» wird, solange es autonom ist und zu den Bedingungen der Bewegung geöffnet wird. Der Stadtrat erklärt sich bereit, die Liegenschaft Limmatstrasse 18-20 wieder als Versammlungszentrum zu öffnen, falls sich eine geeignete Trägerschaft finden lasse.

Ende Februar 1981 Die Landeskirchen und die Pro Juventute erklären offiziell ihre Bereitschaft, sich an der Schaffung eines zweiten Autonomen Jugendzentrums zu beteiligen.

Anfang März 1981 Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat einen Kredit von 1.8 Mio. Franken zur Instandstellung der Liegenschaft Limmatstrasse 18-20. Damit errichtet der Stadtrat eine zweifache Hürde für die Eröffnung eines zweiten AJZ: Nicht nur muss eine derartige Kreditvorlage vom Gemeinderat beraten und akzeptiert werden, sondern sie ist auch dem Referendum unterworfen.

5. März 1981 In der VV, an der wieder über 1000 TeilnehmerInnen anwesend sind, ist man sich einig, dass es mit den Verhandlungen nicht weitergehen kann wie bisher. Die Stimmung ist aggressiv und unnachgiebig. Eine Großdemonstration soll die Forderung nach der Wiedereröffnung untermauern. Nach der VV zieht ein Teil der Versammelten zur Delegiertenversammlung der Stadtzürcher SP, um von den SP-Stadträten Auskunft über die mit der neuen Kreditvorlage verbundenen Absichten zu bekommen.

7. März 1981 Bewegte stören das nächtliche Fastnachtstreiben: Sachbeschädigungen und Plünderungen, Verkehrsbehinderungen und Beschädigungen an öffentlichen Verkehrsmitteln. Gegen das Modehaus Modissa wird ein Brandanschlag verübt.

18. März 1981 Das Schigu wird von Bewegten besetzt und zum «provisorischen AJZ» erklärt.

21. März 1981 An der bewilligten «Frühlingsdemonstration» nehmen rund 8000 Personen teil. Als der Zug das AJZ erreicht, dringen Tausende in das Areal des AJZ ein, während ein Teil des Zuges seinen Weg Richtung Helvetiaplatz fortsetzt. Am Abend räumt die Polizei das Gelände des AJZ: Gewalttätige Auseinandersetzungen und Sachbeschädigungen in der Gegend des Hauptbahnhofs.



22. März 1981 Das AJZ wird von Bewegten besetzt.

23. März 1981 Die Polizei räumt das Areal ein zweites Mal. VV von rund 100 Bewegten mit anschliessendem Protestzug durch die Innenstadt: massive Zerstörungen.

29. März 1981 Der Stadtrat orientiert über den Vertrag, der mit den Landeskirchen und der Pro Juventute, welche die Trägerschaft für ein Jugendzentrum an der Limmatstrasse 18-20 übernehmen, abgeschlossen wurde.

31. März 1981 Jene Leute in der Bewegung, die sich mit dem Wohnungsproblem befassen, organisieren sich verstärkt und führen eine erste «Wohnungsbesetzer-VV» durch, an der rund 300 Personen teilnehmen. Es werden zwei Häuser besetzt, die umgehend von der Polizei geräumt werden.

1. April 1981 Die «Aktion gegen Wohnungsnot» hält eine Pressekonferenz ab, an der Auszugs-Boykotte angekündigt werden.

2. April 1981 Um ein Referendum über den Beitrag der Stadt zum Umbau des AJZ zu vermeiden, wird die Weisung mit dem Kredit von 1.8 Mio. Franken vom Gemeinderat an den Stadtrat zurückgewiesen.

Gegen die Mühlen des Apparats

Claude Hentz, geboren 1956 in St. Paul, Minnesota, interviewt von Heinz Nigg

Mein Vater war Österreicher und stammte aus einer Familie von Berufsmilitärs. Er studierte Ingenieur. Im Krieg wurde er verletzt und verlor einen Arm. Dank seiner Sprachkenntnisse wurde er während des Kriegs von den Amis als Dolmetscher beschäftigt. Dann arbeitete er ein Leben lang als

Manager für die amerikanische Firma 3M. Meine Mutter kommt aus einer streng katholischen Familie aus dem Wallis und wuchs im Tessin auf. Sie lernte meinen Vater in Zürich kennen, wo sie als kaufmännische Angestellte auf einer Bank arbeitete. Sie heirateten, zogen nach St. Paul, Minnesota, wo sich der Hauptsitz von 3M befindet, und hatten drei Kinder. Mit 27 erkrankte meine Mutter an Krebs, und wir kehrten mit ihr in die Schweiz zurück. Als sie starb, war ich gerade vier Jahre alt. Mein Vater heiratete wieder, und durch ein Entgegenkommen seiner Firma wurde er nach Europa versetzt, zuerst nach Basel, dann nach Lausanne, Wien und zuletzt nach Zürich.



Wie hattest du dich in Zürich eingelebt?

Wir wohnten zuerst in Seebach in einem modernen Wohnblock, umgeben von vielen Genossenschaftshäusern. Das war ein raueres soziales Umfeld als in Wien, wo ich die amerikanische Schule besuchte und ein von Jesuiten geführtes Knabeninternat. Nun musste ich mich wehren, mich prügeln und den Mädchen imponieren. Mit meinem österreichischen Akzent wurde ich als Ausländer angeschaut. Ich machte die fünfte und sechste Primarklasse in Seebach und ging ins Gymnasium Freudenberg. Das war im Jahr 1969 - während einer sehr aufmüpfigen Zeit! Ein Maturand wurde gerade von der Schule geschmissen. Es ging darum, dass sich die Schüler nicht politisch äußern durften - auf Wandzeitungen und in der Schülerzeitung. Auch wenn ich ein scheuer Erstklässler war, spürte ich diesen Nimbus von Frechheit und vom Sich-nicht-Einordnen. Bei den Lehrern hatte es rebellische Geister. Mein Spanischlehrer war zum Beispiel Fritz Zorn, der mit seinem Buch «Mars», einer schonungslosen Abrechnung mit dem Großbürgertum, berühmt wurde.

Wie war das Klima in deiner Familie?

Die Frau hielt die Familie zusammen, und mein Vater brachte das Geld nach Hause. Meinem Vater waren Leistung und Karriere sehr wichtig. Was er von uns im Hause abverlangte, hat er auch selbst erbracht, obwohl ihm ein Arm fehlte. Er machte alles. Es war aber gegenüber uns Kindern nicht fordernd, sondern eher liebevoll. Während der Pubertät wurde es schwierig. Mein zwei Jahre älterer

Bruder hatte überall Lämpen und war von zu Hause ausgerissen. Auch ich zog mit sechzehn von zu Hause aus, weil es immer wieder zu Auseinandersetzungen gekommen war. Meine Eltern fanden für mich ein Zimmer bei einer Schlummermutter mitten in der Stadt. Von dort aus ging ich weiter zur Schule.

Wie war das, so auf dich selbst angewiesen zu sein?

Weil mein Sackgeld nicht reichte, ging ich heimlich auf die Sihlpost als Expressbote arbeiten. Mit dem Velo fuhr ich in der ganzen Stadt herum und verteilte Expressbriefe und Telegramme. Damals bekam man noch einiges Trinkgeld. In die Telegramm-Couverts konntest du hineinblasen und so den Text lesen. Handelte es sich um eine freudige Nachricht, bist du besonders freundlich gewesen. Bei etwas Dramatischem hast du eher eine ernste Miene aufgesetzt. Auf der Sihlpost lernte ich ein lustiges Konglomerat von Leuten kennen. Da hatte es Hippies, Freaks, Studenten und Mittelschüler wie ich. Meine erste grosse Liebe war eine Arbeitskollegin. Sie stand kurz vor der Matur, war also etwas älter als ich. Schon bald lernte ich das Kommuneleben in Zürich kennen. Zusammen mit meiner Freundin und sechs anderen Leuten gründeten wir eine eigene Wohngemeinschaft an der Selnaustrasse. Ich war damals an allem interessiert, was mit neuen Wohnformen zu tun hatte.

Was machtest du nach der Matura?

Ich wollte nicht studieren und fand einen Job als Hauslehrer in der Familie eines Rechtsanwalts. Ich gab den Kindern Nachhilfeunterricht und hütete sie, wenn die Eltern weg waren. Auch machte ich Putzarbeiten. Ich befreundete mich mit dieser Familie, und im Hause dieses Anwalts roch ich zum ersten Mal an der Juristerei. Über gemeinsame Wohn- und Arbeitsprojekte lernte ich später die Leute vom linken Anwaltskollektiv in Zürich kennen und begann dort Anfang 1980 als Sekretär zu arbeiten. Das heisst, ich erledigte anfänglich Schreibearbeiten für die Anwälte. Das Anwaltskollektiv wurde 1975 gegründet und kam mit seiner täglichen Rechtsauskunft einem grossen Bedürfnis entgegen: Für zwanzig Franken konntest du eine Beratung erhalten, häufig haben sie für dich noch einen Brief geschrieben oder ein Telefon gemacht. Das war gegen alle Tarifstrukturen und Konventionen, so dass du möglichst niederschwellig zu deinem Recht kommen konntest.

Wie hast du auf den Ausbruch der Unruhen im Frühjahr 1980 reagiert?

Schon nach der ersten Krawallnacht wurden wir im Anwaltskollektiv damit konfrontiert, dass unzählige Leute verhaftet worden waren. Wir begannen einen Anwaltpool zu organisieren und Anleitungen herauszugeben, wie man sich verhalten soll, wenn man verhaftet wird: Was sind deine Rechte, und wann soll man Aussagen verweigern. Mein Kontakt zur 80er-Bewegung war intensiv. Im Anwaltskollektiv hatten wir noch einen zweiten Stock. Den stellten wir der spontan gebildeten Knastgruppe zur Verfügung. Da war ich von Anfang an dabei. Das war eine spannende und konspirative Tätigkeit. Die Knastgruppe war eine Anlaufstelle für alle, die in die Fänge der Justiz gerieten. Wir bereiteten Strafanzeigen gegen Polizisten vor, die wir bei Übergriffen gegen DemonstrantInnen ertappt hatten.

Welches war die Taktik der Verteidigung, wenn DemonstrantInnen vor dem Richter standen?

Wenn jemand die Aussage verweigerte, hatte die Anklage die Beweislast. Sie musste nachweisen, dass der Angeklagte an einem bestimmten Ort gewesen war. Zeugen mussten aufgeboden werden, um bei einer Gegenüberstellung mit dem Angeklagten und einer Gruppe von ähnlich aussehenden Personen richtig zu tippen. Wenn sie daneben tippten, wurde das Verfahren eingestellt. Der Justizapparat investierte allerdings viel, um die Leute verurteilen zu können.

Wurden bei den Verurteilungen auch mildernde Umstände berücksichtigt?

Wesentlicher war, dass Exponenten der Bewegung und solche, die sich den Strafverfahren

verweigerten, härter bestraft wurden. Es gab etliche, die keine mildernden Umstände für sich geltend machen ließen oder sich den Prozessen gänzlich verweigerten wie der durch seinen Fernsehauftritt als «Herr Müller» bekannt gewordene Aktivist. An ihm wurde ein Exempel statuiert. Als eine der Symbolfiguren der Bewegung deckten sie ihn mit einer Strafe von vierzehn Monaten unbedingt ein.

Welche psychischen Auswirkungen hatten die Strafverfahren auf die Verurteilten?

Es kam ganz drauf an, wie gut jemand in eine Szene eingebettet war. Wenn einer verhaftet wurde, der zum Beispiel in einer Kommune oder in einer Wohngemeinschaft lebte, kümmerten sich die MitbewohnerInnen natürlich um ihn und holten Rechtshilfe. Wenn dann eine wegen eines Vergehens drei oder vier Wochen Gefängnis erhielt, war dies für jemanden aus einer solchen Szene einigermaßen verkraftbar. Ganz anders war das zum Beispiel für einen Lehrling, der bei einer Demonstration mitmachte und verhaftet wurde. Natürlich war er vielleicht auch mit Kollegen dort. Aber den ganzen Konflikt, den er nachher hatte - mit den Eltern, dem Lehrmeister und mit der Frage, wie es für ihn weiterginge -, musste er alleine austragen. Viele, die nicht gut vernetzt waren, sind abgestürzt und aus der Bewegung wieder herausgespült worden. Die haben wirklich einen Schuh voll herausgezogen. Etliche Drogenkarrieren nahmen damals ihren Anfang.

Auch darf man nicht die Wirkung der Untersuchungshaft unterschätzen. Am Anfang der Unruhen, als ich einmal verhaftet wurde, war ich nach zwanzig Stunden wieder draußen. Aber manche saßen viel länger in U-Haft, zwei Wochen und mehr. Das war ein Instrument, um Druck auf die Bewegung zu machen und uns zu verstehen zu geben: Jetzt lassen wir nichts mehr durch.

Wie ging es für dich und das Anwaltskollektiv nach dem Ende der Bewegung weiter?

Gegen tausend Leute wurden allein in Zürich in Strafverfahren verwickelt, kamen also in die Mühlen des Apparats hinein. Viele wurden verurteilt, auch wenn es kleinere Strafen waren. Auch das zeigte seine Wirkung. Charakteristisch für die 80er-Bewegung war ja die Vielfalt der Ausdrucksformen - von militant bis dadaistisch witzig. Jetzt blieben die Fronten verhärtet, und die Militanz durch einzelne Gruppen nahm zu. Es kamen die Winterthurer Prozesse. Da ging es um militante Jugendliche, die durch einen Sprengstoffanschlag auf den Fensterladen von alt Bundesrat Friedrich sowie durch eine Reihe von Brandanschlägen und Sprayereien in der Stadt Winterthur aufgefallen waren. Das ganze Umfeld des harten Kerns wurde eingesackt. Meine Aufgabe war es, Anwälte für diese dreissig Leute aufzubieten und eine Gruppe von betroffenen Eltern zu koordinieren. Mit der Knastgruppe wurde eine Demo organisiert. Das war dringend notwendig, weil in Winterthur die Repression unerbittlich zugeschlagen hatte, ungeachtet des Alters der Verhafteten, ihrer Lebensumstände und ihrer Rolle in dieser Szene. Das Umfeld und die Freundinnen wurden zum Beispiel in Untersuchungshaft gesetzt, um mit Druck Informationen über den harten Kern, die «bösen Buben», zu kriegen. In dieser Situation änderten wir im Anwaltskollektiv unsere Taktik. Es war eine Abkehr vom Klandestinen. Mit Witz stellten wir uns öffentlich hinter die Jugendlichen. Während zehn Tagen kochten wir in einer Szenenbeiz von Winterthur. Das machte Spass und zeigte allen, wie wichtig die Solidarität mit den Anliegen der Jugendlichen war, auch wenn man mit ihrer Politik und ihrem Vorgehen nicht immer einverstanden war. Auch später, bei den Häuserbesetzungen am Stauffacher in Zürich, setzte sich die Abkehr vom Klandestinen zum öffentlich-witzigen Agieren durch.

Wie konntet ihr den Andrang in eurer Rechtsberatung bewältigen?

Wir konnten das alles nicht mehr alleine machen. Wir schufen ein neues Gebilde: den Verein Rechtsauskunftsstelle Anwaltskollektiv. Diese Beratungsstelle gliederten wir aus unserem Kollektiv aus. Sie blieb zwar am gleichen Ort, aber die Arbeit wurde auf mehr Anwältinnen und Anwälte verteilt. Heute sind es etwa siebzig AnwältInnen, die die Rechtsauskunft mit einem monatlichen

Beitrag unterstützen und im Turnus Beratungen erteilen. Zehn Jahre war ich Generalsekretär dieses Vereins, baute ihn auf und aus. Ich machte das sehr gerne, und nebenbei war ich und die Rechtsauskunftsstelle an mehreren politischen Kampagnen beteiligt: gegen den Neubau von Gefängnissen, gegen das Polizeigesetz oder für die Initiative «Rechtsschutz in Strafsachen». Auch initiierten wir das Pikett «Strafverteidigung». Das ist ein Pikettdienst, der im Falle von Verhaftungen Anwälte organisiert. Nach zehn Jahren machte ich einen Unterbruch von einem halben Jahr, fuhr nach Südamerika und lebte auf einem Segelboot, um mir den Kopf zu verlüften. Dann entschloss ich mich, nach so vielen Erfahrungen mit der Justiz neben meiner Arbeit das Jus-Studium nachzuholen und das Anwaltspatent zu erwerben. Seither praktiziere ich als Anwalt im gleichen Umfeld, wo ich nun seit zwanzig Jahren tätig bin, allerdings mit einer neuen Crew. Unser Büro ist vor allem im Strafbereich engagiert. Wir organisieren jährlich einen Strafverteidiger Kongress, um dem gegenwärtigen Rollback im Strafrecht und im Strafvollzugsrecht etwas entgegenzusetzen. Wir sind dagegen, dass gesellschaftliche Probleme primär mit strafrechtlichen Mitteln angegangen werden oder mit dem Mittel der Psychiatrisierung.

Lohnt es sich, gegen Unrecht einzustehen?

Ich komme aus der linken Tradition der siebziger Jahre, angefangen vom Gefängniskritiker Foucault bis hin zur Auseinandersetzung um Baader/Meinhof und RAF. Aus dieser Tradition der radikalen Staatskritik heraus stellt das Strafen im Grunde einen Unsinn dar. Der Repressionsapparat wird immer dann eingesetzt, wenn eigentlich gesellschaftliche Konflikte gelöst werden müssten. Gerade die Achtziger setzten demgegenüber alles auf die Autonomie, das heißt auf das eigene Lösen von Problemen. Der Staat hätte die hohen Kosten der Repression im Drogenbereich durchaus sparen können, wenn dem Experiment der kontrollierten Drogenabgabe im AJZ mehr Beachtung geschenkt worden wäre. Die Idealvorstellungen einer repressionsfreien Gesellschaft liegen heute am Boden. Bis weit in linke und feministische Kreise hat sich das Primat der Strafverfolgung durchgesetzt. Beim Umweltschutz, bei den Sexualstraftätern - überall wird auf Bestrafung gepocht. Mit diesem Selbstverständnis werden wichtige Instrumente der Prävention, des gesellschaftlichen Diskurses und der Selbsthilfe geopfert: in Zürich die Gassenarbeit der ZAGJP, das Frauenhaus, ein Treffpunkt für Kosovo-Albaner usw. Das hat einen grossen Flurschaden verursacht. Die Gesellschaft muss fähig sein, sich zu verändern und neue Ansätze der Konfliktlösung zu finden, ohne auf die repressiven Instrumente zurückzugreifen und im Strafen zu verharren.



Chronologie: Von der zweiten Eröffnung bis zur autonomen Schliessung des AJZ

3. April 1981 Das AJZ wird mit einer VV und einem Fest ein zweites Mal eröffnet.

17. April 1981 In den Parkanlagen am rechten Zürichseeufer werden Baracken errichtet. Die Siedlung Chaotikon soll auf die Wohnungsnot aufmerksam machen.

Während einer Woche leben dort 50 bis 100 Bewegte.

24. April 1981 Das Chaotikon wird durch das Gartenbauamt und die Polizei geräumt: Vergeltungsaktionen auf der Strasse.

27. April 1981 Nur dank massivem Polizeischutz kann das Zürcher Sechseläuten in der gewohnten Form durchgeführt werden. Die Bewegung hat schon seit der Wiedereröffnung des AJZ in ihren Publikationen mit der Störung des Festes gedroht, falls keine Amnestie für alle Angeklagten erlassen werde. Immer wieder versuchen maskierte Jugendliche, den Umzug zu stören und werfen Knall- und Rauchpetarden gegen Pferde und UmzugsteilnehmerInnen.

31. April 1981 Bewegte beginnen mit dem Bau von Neu-Chaotikon auf einer Insel in der Sihl in unmittelbarer Nähe des wiedereröffneten AJZ.

1. Mai 1981 Am Tag der Arbeit stören Bewegte den Umzug der Gewerkschaften. Die abschließende Kundgebung auf dem Münsterhof muss vorzeitig abgebrochen werden, da es zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaftern und Bewegten kommt. Eine Nachdemonstration von rund 500 Bewegten wird von der Polizei aufgelöst.

6. Mai 1981 An der von rund 600 Personen besuchten VV wird versucht, die Ereignisse vom 1. Mai zu verarbeiten, wobei militante Bewegte kritisiert werden. Nach der VV bauen einzelne Bewegte Barrikaden an der Limmatstrasse, andere Bewegungsleute brechen diese sofort wieder ab. Am Abend kommt es zu Handgreiflichkeiten unter den Leuten aus der Bewegung.

Mitte Mai 1981 Die Zeitschrift «Brächise» stellt nach internen Streitigkeiten ihr Erscheinen ein.

19. Mai 1981 Die Polizei räumt Neu-Chaotikon. Aus Protest gegen die Räumung beginnen Bewegte am Abend, den Belag des Busparkplatzes neben dem AJZ mit Pressluftbohrern aufzureissen. Die Polizei greift ein.

23. Mai 1981 Die Bewegung schließt vorübergehend das AJZ: Einerseits als Protest gegen die Inhaftierung von Bewegungsmitgliedern ohne jegliche Rechtsgrundlage, aus Protest gegen die verschärfte Justizrepression und als nachdrückliche Forderung für die sofortige Einstellung aller Strafverfahren; andererseits aber auch als Signal für jene AJZ-BenützerInnen, die das AJZ als «Konsumtempel» und «Obdachlosenasyll» betrachten.

26. Mai 1981 Die VV beschließt, den Betrieb im AJZ besser zu strukturieren und mit Hilfe der Verstärkung der Nachtwache einen Ordnungsdienst zu schaffen, der vor allem gegen HändlerInnen von harten Drogen auftreten kann.

30. Mai 1981 Am Jahrestag des Opernhauskrawalls wird eine «Jubiläums-Demonstration» vor dem durch die Polizei abgesicherten Opernhaus veranstaltet. 150 Bewegte nehmen teil. Das anschließend stattfindende Jubiläumsfest im AJZ wird ein Publikumserfolg: Rund 2000 Personen besuchen das Fest. Am Abend beschädigen einige Bewegte Gebäude, Fahrzeuge und öffentliche Einrichtungen, worauf die Polizei eingreift. In der gleichen Nacht erfolgen verschiedene

Brandstiftungen - unter anderem in einer Lagerhalle einer Baufirma. Schadenssumme: eine Million Franken.

3. Juni 1981 An der VV werden die militanten Bewegten wegen ihrer provokativen Demonstration vom 30. Mai vor dem Opernhaus vehement angegriffen. Eine Aussprache führt nicht zur Einigung. Etwa 50 Mitglieder der Bewegung ziehen nach der VV vors Rathaus, wo sich der Gemeinderat zu einer Nachtsitzung versammelt hat. Danach werden die ParlamentarierInnen mit Schmährufen und Tätlichkeiten empfangen.



11. Juni 1981 Die Polizei räumt das seit dem 18. März besetzte Schigu.

15. Juni 1981 Die Polizei führt im Zürcher AJZ eine Personenkontrolle durch. 12 steckbrieflich gesuchte Personen werden festgenommen.

25. Juni 1981 Bei einer zweiten Personenkontrolle im AJZ werden 107 Personen, die sich nicht ausreichend ausweisen konnten, überprüft. 23 Leuten werden Diebstähle, Betrugsdelikte oder Drohung gegen Beamte vorgeworfen.

26. Juni 1981 Die VV protestiert gegen die Razzien und betont, dass Personenkontrollen dieser Art in Zukunft nicht mehr einfach so hingenommen werden.

9. Juli 1981 Auf die dritte Razzia reagiert die Bewegung mit einer kleinen Demonstration und erheblichen Sachbeschädigungen. Das AJZ wird völlig mit Tränengas eingenebelt.

10. Juli 1981 Scharmützel zwischen Bewegten und der Polizei. Es folgt eine Serie von Brandanschlägen, die grossen Sachschaden verursachen.

1. August 1981 Beweigte versuchen, die offizielle 1. August-Feier zu stören. Sachschäden in der Zürcher Innenstadt.

Ende August 1981 Die verbliebenen politischen AktivistInnen wollen weg von der Hängerszene und der resignierten Atmosphäre im AJZ. Die VV wird in die Rote Fabrik verlegt. Bis Ende August 1981 sind insgesamt fast 4000 Personen im Zusammenhang mit den Jugendunruhen verhaftet und rund 1000 Strafverfahren eingeleitet worden.

Anfang September 1981 Der Arbeitsgruppe «Bau» im AJZ geht das Geld aus. Anfang September steigt die Zahl der obdachlosen Hänger, der Alkohol- und Drogensüchtigen im AJZ erneut sprunghaft an. Aus dem Selbstverwaltungsexperiment wurde ein Sozialasyl, freilich ohne die hierfür erforderlichen Einrichtungen.

8. September 1981 Im AJZ wird die vierte Razzia durchgeführt. Die Bewegten reagieren jedoch kaum darauf.

Herbst 1981 Der Wahlkampf für die Stadt- und Gemeinderatswahlen vom 7. März 1982 beginnt.

1. Oktober 1981 Nach der fünften (und letzten) Razzia im AJZ kommt es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei rund um das AJZ sowie zu verschiedenen Brandanschlägen.



Chronologie: Das Ende des AJZ und der Bewegung

12. Oktober 1981 Eine von rund 400 Leuten besuchte VV hat Verständnis für die bedrängten Arbeitsgruppen und stimmt mit grossem Mehr einer «Entrümpelungs- und Entgiftungsaktion» zu. Das AJZ wird dazu geschlossen. Die Stimmung ist schlecht. An eine umgehende Wiedereröffnung des AJZ denkt niemand mehr, man will sich Zeit lassen.

Anfang November 1981 Leute aus den AJZ-Arbeitsgruppen treffen sich im Beisein der Trägerschaft mit VertreterInnen des Stadtrates und sprechen über das Drogenproblem, die externe Notschlafstelle und Fragen zu den Finanzen.

21. November 1981 Eine von verschiedenen mit der Bewegung sympathisierenden Organisationen angekündigte Demonstration gegen die Repression in Zürich wird verboten und durch die Polizei bereits im Ansatz verhindert.

Dezember 1981 Ein Bewegter, der sich als vierter Kandidat für das Stadtpräsidium beworben hat, stellt zusammen mit seiner Partei «Das nackte Chaos» das Wahlprogramm vor.

Mitte Dezember 1981 Eine VV in der Roten Fabrik beschliesst, das AJZ ab Weihnachten für 14 Tage zu öffnen.

24. Dezember 1981 Die Demonstration an Weihnachten, zu der ein Verein «Demonstration am 24. Dezember 1981» aufgerufen hat, wird nicht bewilligt. Sie findet nicht statt. Stattdessen: Scharmützel zwischen Bewegten und der Polizei. Das AJZ wird mit einer VV und einem Fest für 14 Tage geöffnet. Rund 600 Leute nehmen an der Wiedereröffnung teil.

Ende Dezember 1981 Die Blockierungstaktik der Stadt hat zur Folge, dass den Arbeitsgruppen Ende des Jahres praktisch keine finanziellen Mittel mehr zur Verfügung stehen. Für das kommende Jahr sieht das von der Trägerschaft und den Arbeitsgruppen ausgearbeitete Budget zudem ein hohes Defizit voraus.



Anfang Januar 1982 Der Stadtrat unterbreitet eine Vorlage über 15 Millionen Franken für den Ausbau und Umbau des Jugendhauses Drahtschmidli. Damit soll aus dem 22-jährigen Provisorium Drahtschmidli endlich ein definitives Jugendhaus werden.

Anfang Januar 1982 Nach der 14-tägigen provisorischen Wiedereröffnung diskutieren rund 300 Bewegte an einer VV, ob das AJZ weiterhin geöffnet bleiben soll: Die Fixer und Hänger setzen sich vehement gegen eine Schließung zur Wehr; die meisten Arbeitsgruppen plädieren für die Einstellung des Betriebs.

18. Januar 1982 Eine Wahlveranstaltung des Bürgerblocks im Limmathaus, an der die Probleme im Kreis 5 zur Sprache kommen sollen, wird von Bewegten gestört.

Ende Januar 1982 Die Arbeitsgruppe «Drogen» führt im AJZ eine «Drogenwoche» durch, die viele Interessierte anzieht.

Anfang Februar 1982 Die Trägerschaft fordert vom Stadtrat einen externen Fixer-Raum, für den die «Vereinigung unabhängiger Ärzte» die Verantwortung übernehmen und die Betreuung organisieren

soll. Das Sozialamt verspricht, das Projekt zu prüfen - es geschieht jedoch nichts mehr in dieser Angelegenheit.

5. Februar 1982 Im Dachstock des AJZ wird Feuer gelegt. Verschiedene Räumlichkeiten werden zerstört.

Ende Februar 1982 Die Arbeitsgruppe «Drogen» beschliesst, das AJZ nur noch freitags, samstags und sonntags zu öffnen. An den übrigen Tagen wird das AJZ mit einem Maschendraht umzäunt und bewacht. Drogensüchtige und DealerInnen verunmöglichen jedoch, diesen Beschluss durchzusetzen.

7. März 1982 Die Bürgerlichen gewinnen die Stadtratswahlen. Alle fünf Kandidaten der bürgerlichen Koalition werden gewählt, Stadtpräsident wird Thomas Wagner (FDP). Die Antwort militanter Gruppen: Das Rathaus wird mit Farbe beschmiert, an drei verschiedenen Orten in der Innenstadt wird Feuer gelegt und der Handel an der Börse durch eine Rauchpetarde lahmgelegt.

Mitte März 1982 Die Trägerschaft beschliesst, das AJZ vorübergehend zu schließen. Das Vorhaben lässt sich jedoch nicht durchsetzen.

17. März 1982 Die Trägerschaft gibt auf. Sie löst den Vertrag mit der Stadt Zürich per sofort auf und gibt die Schlüssel für die Gebäude an der Limmatstrasse 18-20 zurück. Noch am selben Tag lässt der Stadtrat das Areal räumen, wobei 118 Personen, die sich noch im AJZ befinden, festgenommen werden. Zur selben Zeit finden in Winterthur die ersten Geschworenengerichtsprozesse gegen Angeklagte aus der Bewegung statt. Während die Justiz mit aller Härte gegen die Angeklagten aus der Bewegung vorgeht, verlaufen die meisten der rund 180 Strafverfahren gegen Polizeibeamte im Sande oder enden mit einem Freispruch.

23. März 1982 Das AJZ wird abgebrochen. Nur noch militante Gruppen reagieren: Ausschreitungen und Sachbeschädigungen in der näheren Umgebung des ehemaligen AJZ.

28. März 1982 Eine Demonstration von rund 1000 Bewegten gegen den Abbruch wird mit Tränengas aufgelöst.



Ausschreitungen gegen die Ausgangssperre in Montreal

Ursprünglich veröffentlicht auf [Montreal Counter Information](#), übersetzt von den Gefährt*innen von [Schwarzer Pfeil](#), bei denen wir uns dafür bedanken, dass wir diesen Beitrag übernehmen können. Sunzi Bingfa



Am Sonntag den 11. April, als Reaktion auf Legaults Wiedereinführung der Ausgangssperre ab 20 Uhr, gingen die Menschen in Montreal auf die Straße, um das Frühlingswetter zu genießen und ihre Wut über diese beschissene Welt auszudrücken, die uns weiterhin unser Leben stiehlt. Ohne eine erklärte politische Absicht wurde in den sozialen Medien dazu aufgerufen, sich im Alten Hafen zu versammeln, um zu feiern und der Ausgangssperre zu trotzen. Einige Anarchist_innen schlossen sich der gemischten Menge an, die hauptsächlich aus jüngeren Menschen bestand, deren größte Gemeinsamkeit die Wut darüber war, dass ihre wenigen Freiheiten von der Regierung weiter beschnitten wurden. Die Atmosphäre vor 20 Uhr war aufgeregt und rau, wobei „Fuck Legault“ der häufigste und lauteste Ruf war. Motorräder ließen ihre Motoren aufheulen, Menschen tanzten, tranken und lachten mit ihren Freund_innen, um den Frühling zu feiern und dieser beschissenen Welt zu trotzen.

Die erste Bullenkutsche, die vorbeifuhr, wurde mit Buhrufen und Mittelfingern empfangen, die zweite mit Eiern, Flaschen und Steinen. Revolte lag in der Luft und wir freuten uns, inmitten eines solchen Spektakels zu sein, besonders nach einem so langen, trostlosen Winter. Als die Ausgangssperre näher rückte, bemerkten wir, dass sich die Bereitschaftspolizei im Osten der Rue de la Commune und Rue St. Paul versammelte. Westlich der Rue de la Commune gab es nur ein paar Streifenwagen. Zu dieser Zeit hielten sie Abstand und beobachteten die Demonstration.

Etwa zur gleichen Zeit trafen „Reporter_innen“ von Rebel Media ein, einer rechtsradikalen Nachrichtenagentur mit Sitz in Toronto. Rebel Media ist bekannt dafür, dass sie Reporter_innen mit Verbindungen zu Stormfront, einer prominenten Neonazi-Webseite, beschäftigt und mit anderen rassistischen, transfeindlichen und rechtsradikalen Persönlichkeiten zusammenarbeiten, sowie einwanderungsfeindliche und COVID-leugnende Verschwörungstheorien verbreiten. Trotz Rebel Medias verzweifeltem Aufmerksamkeitsverhalten sind sie ziemlich obskure Versager, selbst als YouTube-Provokateure (Anmerkung: seit dem 14. April sind sie von YouTube gesperrt). Es war klar, dass die überwiegende Mehrheit der Anwesenden nicht wusste, wer sie sind, daher interagierten leider viele junge Menschen aufgeregt und positiv mit ihnen.

Die Geier von Rebel Media produzierten einen lächerlichen und erbärmlichen Bericht, der die „Antifa“ für die Sachbeschädigungen und Plünderungen in dieser Nacht verantwortlich machte, anstatt zu zeigen, wie ein echter Querschnitt der Menschen in Montreal mit legitimer Wut und dem Wunsch, in einer Welt gehört zu werden, die ihre Stimmen marginalisiert, reagiert.

Wir hatten das Gefühl, dass wir nicht genug Leute hatten, um mit Rebel Media umzugehen und es schien wahrscheinlich, dass die Menge sich auf ihre Seite geschlagen hätte, wenn wir eingegriffen hätten, weil niemand weiß, wer Rebel Media ist, geschweige denn, dass sie benutzt werden, um rechte Propaganda zu machen. Es war eine frustrierende Situation.

Zur gleichen Zeit wurden von kleinen Gruppen innerhalb der Demo Feuer entfacht, die aber von einer scheinbar kleinen, aber organisierten Gruppe weißer Männer gelöscht wurden, die taktische Ausrüstung trugen und Aufnäher, die mit rechten Ideen assoziiert wurden, an ihren Jacken befestigt hatten, von denen einer eine Go-Pro Kamera auf dem Kopf hatte. Man sah sie zeitweise eine Gruppendiskussion führen, bevor sie sich in und um die Demonstration bewegten, um die Menge zu überwachen. Trotz einiger unzusammenhängender Schlägereien und Durcheinander hier und da, war die Stimmung immer noch extrem positiv, die Leute feierten und sangen und feierten, dass sie zusammen auf der Straße waren.

Später fingen größere Gruppen an, noch größere Feuer auf dem Platz zu entfachen, und dieses Mal wurde nicht eingegriffen. Es gab einige Widerstände, als die Cops Tränengas einsetzten und versuchten, die Menge aufzulösen, aber die meisten Leute begannen zu rennen und sich zu zerstreuen, als die Polizei den Platz betrat. Der Westen von St. Laurant war scheinbar frei von Cops und mehrere Gruppen von Menschen begannen autonom Feuer zu legen, zu plündern und Geschäfte und anderes Eigentum zu zerstören, als sie den Platz verließen. Auch wenn wir uns wünschten, dass es länger gedauert hätte, so war es doch ermutigend zu sehen, wie die Menschen in dieser kurzen Zeit zusammenarbeiteten, um sich ein kleines Stück ihres Lebens zurückzuerobern, indem sie die Bougie-Läden im Alten Hafen plünderten und ganz allgemein Scheiße bauten. Ein Stadtbus, der für den Transport von Riot-Cops genutzt wurde, wurde ebenfalls befreit und mit Graffiti beschmiert, während andere in und um ihn herum einen kleinen Sieg feierten, wenn auch nur für eine kurze Minute.



In einem Medienkommentar bezeichnete Bürgermeister Plante die Feiernenden als „dumm“ und weinte über den Schaden, der den kleinen Unternehmen zugefügt wurde, und behauptete, „wir müssen vereint bleiben und zusammenhalten“. Das ist nur das übliche, beschissene liberale Narrativ: Plötzlich „sitzen wir alle in einem Boot“, alle sind als „Bürger_innen“ gleich, wenn es

darum geht, die soziale Ordnung aufrecht zu erhalten. Sie beschönigen die sehr realen Spaltungen innerhalb der Gesellschaft, die durch unterdrückerische Strukturen zusammengehalten werden, durch die die wohlhabende, überwiegend weiße besitzende Klasse die Arbeiter_innenklasse, die Armen und die People of Color ausbeutet.

Gleichzeitig verurteilen linke Identitätspolitiker_innen in den sozialen Medien die Krawalle und behaupten, sie seien dafür verantwortlich, dass diejenigen, die ohnehin schon am meisten gefährdet sind, noch mehr Schaden erleiden. Andere fallen auf das Narrativ der schwer fassbaren „Agitator_innen von außen“, weiße Anarchist_innen, die friedliche Menschenmengen infiltrieren, um Gewalt zu verursachen, herein. Während wir die sehr realen Gefahren anerkennen, denen insbesondere marginalisierte Menschen durch COVID-19 ausgesetzt sind, möchten wir darauf hinweisen, dass es vor allem People of Color waren, die bei diesen Unruhen auftauchten und aus eigener Initiative handelten.

Es ist nicht die Revolte und militante Solidarität auf der Straße, die Schaden anrichtet, sondern die Institutionen und Gesetze, die die kapitalistische Zivilisation regieren. Diese sind es, die uns an beschissene Jobs ketten, bei denen wir am meisten Gefahr laufen, uns COVID-19 einzufangen, die uns schikanieren und ermorden und die ein Wirtschaftssystem schützen, das auf dem Diebstahl von indigenem Land basiert. Wir beschuldigen diese IDPOL-Einflussjungen, den marginalisierten Menschen, die aufgetaucht sind, die Macht wegzunehmen. Wir beschuldigen sie, die Arbeit der Polizei und der Politiker_innen zu machen, indem sie versuchen, die Wut der Randalierenden zu beschwichtigen, zu entfremden und zu delegitimieren.

In den Nächten nach dem 11. April wurde weiterhin zu Demonstrationen aufgerufen. Bislang waren die zweite und dritte Demo um einiges kleiner als die erste und wurden von der Polizei stark unterdrückt. Nichtsdestotrotz, da kein wirkliches Ende der Ausgangssperre in Sicht ist, denken wir, dass es zwingend notwendig ist, den Kampf fortzusetzen. In diesem Sinne sind wir alle zusammen – wir haben eine kämpferische Solidarität mit der Jugend (und anderen), deren Zukunft auch immer düsterer wird.

Es gibt eine Reihe von taktischen Überlegungen, die wir im Lichte der Ereignisse des 11. April in Betracht ziehen möchten. Während die „Friedenspolizist_innen“ in der Lage waren, einzugreifen, als kleinere Gruppen kleinere Feuer entfachten, waren sie dazu nicht in der Lage, als größere Brände entfacht wurden. Und sobald die Menge zerstreut war, waren sie nicht bereit, sich mit Plünderungen oder Vandalismus auseinanderzusetzen. Offensichtlich sind sie relativ schwach, und klein in der Anzahl. Wir glauben aber, dass wenn Anarchist_innen und Antiautoritäre in größerer Zahl auftauchen und gemeinsam handeln würden, wir sie möglicherweise kontrollieren und sogar aus der Menge drängen könnten, wenn sie versuchen würden, die Leute zu beruhigen. Unsere Anzahl wird uns eine größere Legitimität gegenüber anderen Anwesenden verleihen und uns wahrscheinlich erlauben, kritische Gespräche mit ihnen darüber zu führen, wer diese Leute sind und warum wir bestimmte Aktionen verteidigen.

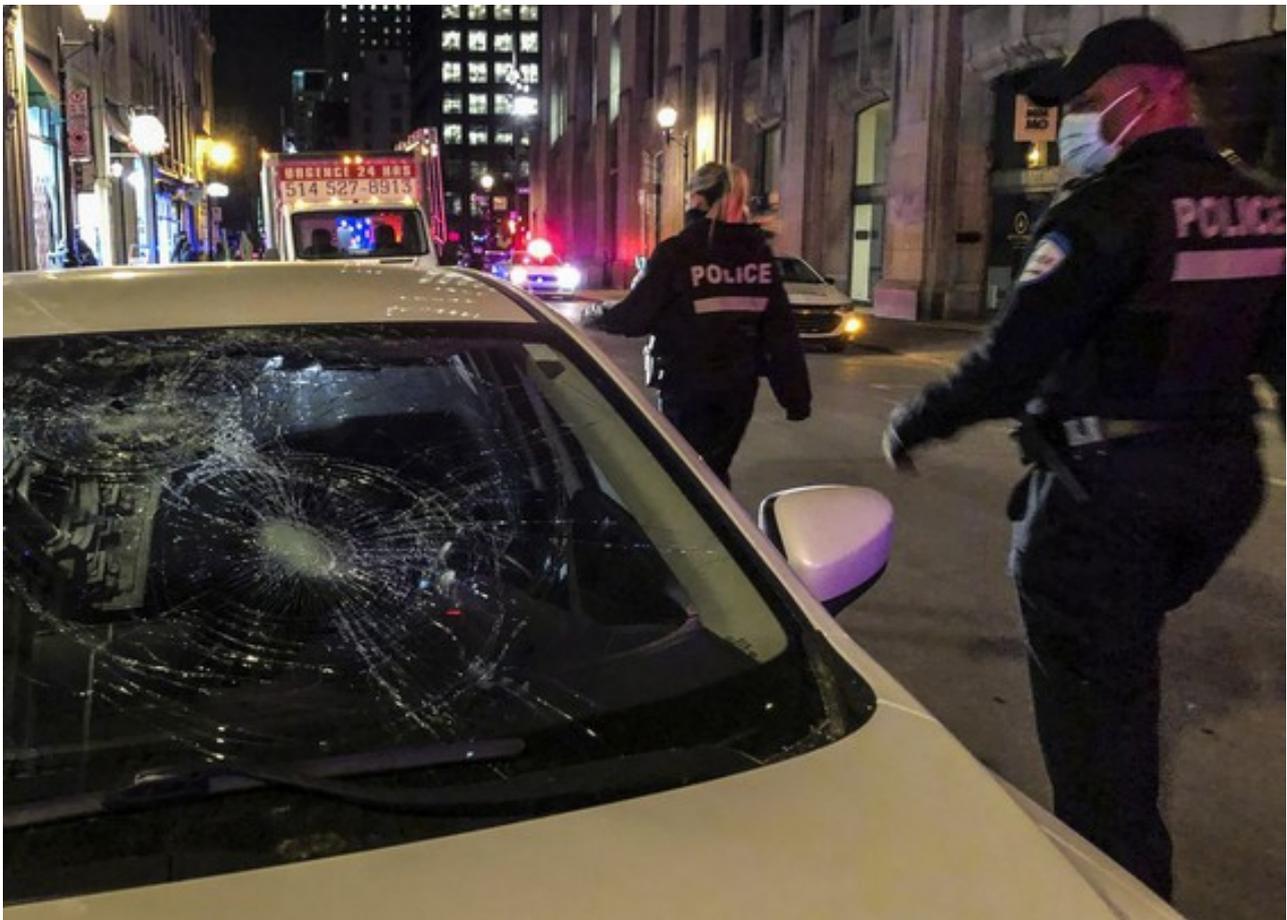
Was die Polizei angeht, so hat sie sich erst auf die Menge eingelassen, als große Feuer entzündet wurden. Wir denken, dass es möglich wäre, die Polizei zuerst anzugreifen, bevor sie eingreift, aber das schien zu diesem Zeitpunkt nicht machbar. Die Wut auf die Polizei wächst und es ist möglich, dass wir zu einem späteren Zeitpunkt zuerst eingreifen können, aber dazu müssten wir auch genügend Leute haben und die Stimmung in der Menge lesen können. Um in diesen Situationen die Straße halten zu können, müssen wir in jedem Fall auch in der Lage sein, uns gegen Dispersionstechniken zu verteidigen. Konkret bedeutet das, dass wir mit Tränengas umgehen müssen, das sich als effektiv erwiesen hat, um Menschenmengen schnell aufzulösen. Es wäre auch von Vorteil, mit Wurfgeschossen ausgerüstet zu sein oder die Möglichkeit zu haben, Pflastersteine etc. zu zerbrechen, um sie den Anwesenden zur Verfügung zu stellen. Wir müssen auch zahlenmäßig in der Lage sein, als eigenständige Gruppe zu agieren, mit Tränengas umzugehen und den Bereitschaftscops ruhig zu widerstehen. Wir glauben, dass dies Vertrauen innerhalb der Menge

aufbauen würde, eine kämpferische Auseinandersetzung mit den Riot-Cops erleichtern und zeigen würde, dass wir uns nicht einfach zurückziehen müssen.

Wir müssen weiterhin den liberalen Narrativen entgegentreten, die darauf abzielen, die Revolte zu pazifizieren, uns von der Straße zu holen und unsere Macht an die Politiker_innen und selbsternannten Expert_innen zurückzugeben. Wir können dies während Demos tun, wenn Pazifist_innen versuchen, gegen Gewalt gegen Polizei und Eigentum zu sprechen und zu handeln, und im Nachhinein, indem wir auf Medienberichten mit unserer eigenen Analyse antworten. Als Anarchist_innen und Antiautoritäre müssen wir bei diesen ungehorsamen Ereignissen präsent sein. Hier bauen wir Kompliz_innenschaft und Affinität mit Rebell_innen außerhalb unserer Kreise auf und führen, wenn möglich, kritische Gespräche mit den Anwesenden über Taktiken und Ziele. Genauso müssen wir in der Lage sein, rechte Gauner und Reaktionäre, die unsere Revolte ausnutzen wollen, zu vertreiben.

Dieser Sommer wird heiß, lasst uns Gas ins Feuer gießen und diese verdammte Gefängniswelt niederbrennen!

***Solidarität mit den Randalierenden und Nachtschwärmer_innen!
Scheiß auf die Ausgangssperre!***



Das nackte Leben und der Impfstoff

Giorgio Agamben

‘Es geht nicht so sehr um die Gesundheit, sondern um ein Leben, das weder gesund noch krank ist, das als solches, weil es potentiell pathogen ist, seiner Freiheiten beraubt und Verboten und Kontrollen aller Art unterworfen werden kann.’ Giorgio Agamben gelingt in wenigen Sätzen in bemerkenswerter Präzision die Skizzierung der Transformation der Welt, die Erschaffung der Dystopie in die wir geworfen und uns ausgeliefert wiederfinden. Und legt uns zugleich die notwendige Radikalität ans Herz, mit der diese Entwicklung auf Entschiedenste bekämpft werden muss. Eine weitere Übersetzung eines Textes, [der am 16. April](#) erschien. Sunzi Bingfa



In meinen bisherigen Beiträgen habe ich mehrfach die Figur des nackten Lebens heraufbeschworen. Es scheint mir in der Tat so zu sein, dass die Epidemie ohne jeden Zweifel zeigt, dass die Menschheit an nichts mehr glaubt, außer an die nackte Existenz, die als solche um jeden Preis erhalten werden soll. Die christliche Religion mit ihren Werken der Liebe und Barmherzigkeit und mit ihrem Glauben bis hin zum Martyrium, die politische Ideologie mit ihrer bedingungslosen Solidarität, selbst der Glaube an Arbeit und Geld scheinen in den Hintergrund zu treten, sobald das nackte Leben bedroht ist, und sei es in Form eines Risikos, dessen statistische Größenordnung flüchtig und bewusst unbestimmt ist.

Es ist an der Zeit, die Bedeutung und den Ursprung dieses Begriffs zu klären. Es ist notwendig, sich daran zu erinnern, dass der Mensch nicht etwas ist, das man ein für alle Mal definieren kann. Vielmehr ist er der Raum einer unablässig aktualisierten historischen Entscheidung, die jedes Mal die Grenze festlegt, die den Menschen vom Tier trennt, das Menschliche im Menschen von dem, was nicht menschlich ist, in ihm und außerhalb von ihm. Als Linnaeus nach einem Merkmal suchte, das den Menschen von den Primaten trennte, musste er zugeben, dass er es nicht kannte, und stellte schließlich neben den Gattungsnamen *homo* nur den alten philosophischen Spruch: *nosce te ipsum*, erkenne dich selbst. Das ist die Bedeutung des Begriffs *sapiens*, die Linnaeus in der zehnten Auflage seines “System der Natur” hinzufügen wird: Der Mensch ist das Tier, das sich selbst als



Mensch erkennen muss, um es zu sein, und das deshalb trennen - entscheiden - muss, was menschlich ist und was nicht.

Das Instrument, durch das diese Entscheidung historisch umgesetzt wird, kann als anthropologische Maschine bezeichnet werden. Die Maschine funktioniert, indem sie das tierische Leben vom Menschen abgrenzt und durch diese Abgrenzung den Menschen produziert. Aber damit die Maschine funktioniert, ist es notwendig, dass die Exklusion auch eine Inklusion ist, dass es zwischen den beiden Polen - dem Tier und dem Menschen - eine Artikulation und eine Schwelle gibt, die sie sowohl trennt als auch verbindet. Diese Artikulation ist das nackte Leben, d.h. ein Leben, das weder richtig tierisch noch richtig menschlich ist, sondern in dem jedes Mal die Entscheidung zwischen dem Menschlichen und dem Nicht-Menschlichen getroffen wird.

Diese Schwelle, die notwendigerweise im Inneren des Menschen verläuft und in ihm das biologische Leben vom sozialen Leben trennt, ist eine Abstraktion und eine Virtualität, aber eine Abstraktion, die real wird, indem sie jedes Mal in konkreten und politisch bestimmten historischen Figuren verkörpert wird: der Sklave, der Barbar, der *homo sacer*, den jeder töten kann, ohne ein Verbrechen zu begehen, in der Antike: der *enfant-sauvage*, der Wolfsmensch und der *homo alalus* als das fehlende Bindeglied zwischen Affe und Mensch zwischen der Aufklärung und dem 19. Jahrhundert. Der Bürger im Ausnahmezustand, der Jude im Lager, der Komatöse in der Reanimationskammer und der zur Organentnahme konservierte Körper im 20. Jahrhundert.

Was ist die Figur des nackten Lebens, um die es heute bei der Bewältigung der Pandemie geht? Es ist nicht so sehr der Kranke, der isoliert und behandelt wird, wie noch nie ein Patient in der Geschichte der Medizin behandelt wurde, es ist vielmehr der Infizierte oder - wie es mit einer widersprüchlichen Formel definiert wird - der asymptomatische Kranke, also etwas, das jeder Mensch quasi ist, auch ohne es zu wissen.

Es geht nicht so sehr um die Gesundheit, sondern um ein Leben, das weder gesund noch krank ist, das als solches, weil es potentiell pathogen ist, seiner Freiheiten beraubt und Verboten und Kontrollen aller Art unterworfen werden kann.

Alle Menschen sind in diesem Sinne quasi asymptomatische Betroffene. Die einzige Identität dieses zwischen Krankheit und Gesundheit schwankenden Lebens ist die des Empfängers der Maske und des Impfstoffs, die wie die Taufe einer neuen Religion die umgekehrte Figur dessen definieren, was einmal Staatsbürgerschaft genannt wurde. Die Taufe ist nicht mehr unauslöschlich, sondern notwendigerweise provisorisch und erneuerbar, denn der neue Bürger, der immer die Urkunde vorlegen muss, hat nicht mehr unveräußerliche und unentscheidbare Rechte, sondern nur noch Pflichten, die unaufhörlich entschieden und aktualisiert werden müssen.





Sūnzǐ Bīngfǎ wird zweiwöchentlich veröffentlicht.

<https://sunzibingfa.noblogs.org/>

孫子兵法

Sūnzǐ Bīngfǎ

Kontakt: Email: sunzi-bingfa@riseup.net

PGP-Key auf Anfrage

Twitter: [@Sunzi_Bingfa](https://twitter.com/Sunzi_Bingfa)